

P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt Wien 40

Stenographisches Protokoll

13. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XI. Gesetzgebungsperiode

Montag, 20. Juni 1966

Tagesordnung

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1966
Spezialdebatte
Gruppe IV: Inneres

Inhalt

Personalien

Krankmeldungen (S. 873)

Ausschüsse

Zuweisung der Regierungsvorlagen 77, 81 und 91
(S. 873)

Regierungsvorlagen

76: Neuerliche Abänderung der Liste XXXII zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (S. 873)

90: Erhöhung von Bezügen der Bediensteten des Dorotheums (S. 873)

Verhandlungen

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (15 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1966 (79 d. B.)

Spezialdebatte

Gruppe IV: Kapitel 9: Inneres

Spezialberichterstatter: Reich (S. 873)

Redner: Czettel (S. 875), Hartl (S. 879), Dr. van Tongel (S. 883), Regensburger (S. 887), Jungwirth (S. 890), Gertrude Wondrack (S. 892), Steininger (S. 895), Ing. Kunst (S. 897), Mondl (S. 901), Dr. Staribacher (S. 904), Mitterer (S. 908) und Zeillinger (S. 916)

Entschließungsanträge Jungwirth, betreffend Anreiz für Polizeidienst (S. 892) sowie Aufstiegsmöglichkeiten (S. 892), und Steininger, betreffend Anschaffungen für Gendarmerie (S. 896) — Ablehnung (S. 920) Annahme der Gruppe IV (S. 920)

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

Vorsitzende: Präsident Dr. Maleta,
Zweiter Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner,
Dritter Präsident Wallner.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Die amtlichen Protokolle der 11. Sitzung des Nationalrates vom 16. Juni und der 12. Sitzung vom 17. Juni 1966 sind in der Kanzlei aufgelegen, unbeanständet geblieben und gelten daher als genehmigt.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Scherrer, Gabriele und Dr. Tull.

Ich gebe bekannt, daß von der Bundesregierung folgende zwei Vorlagen eingelangt sind:

Bundesgesetz, mit dem die Liste XXXII — Österreich zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen neuerlich abgeändert wird (76 der Beilagen);

Bundesgesetz über die Erhöhung von Bezügen der Bediensteten des Dorotheums (90 der Beilagen).

Die Zuweisung werde ich im Sinne des § 41 Abs. 4 Geschäftsordnungsgesetz in der morgigen Sitzung vornehmen.

Die in der Freitagsitzung vom Schriftführer verlesenen eingelangten Regierungsvorlagen weise ich dem Finanz- und Budgetausschuß zu.

Es sind dies:

77 der Beilagen: Abkommen zwischen der Republik Österreich und Irland zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen;

81 der Beilagen: Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Republik Finnland zur Regelung gewisser finanzieller und vermögensrechtlicher Fragen, und

91 der Beilagen: Bundesgesetz, mit dem das Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz neuerlich abgeändert wird.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (15 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1966 (79 der Beilagen)

Spezialdebatte

Gruppe IV

Kapitel 9: Inneres

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zum einzigen Punkt der Tagesordnung: Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1966, Spezialdebatte über die Gruppe IV.

Spezialberichterstatter ist der Abgeordnete Reich. Ich ersuche ihn um seinen Bericht.

Spezialberichterstatter **Reich:** Hohes Haus! Bei Kapitel 9 des Bundesvoranschlages 1966

874

Nationalrat XI. GP. — 13. Sitzung — 20. Juni 1966

Reich

sind für das Bundesministerium für Inneres Ausgaben von insgesamt 2.028.270.000 S vorgesehen. Hievon entfallen auf den Personalaufwand 80 Prozent, das sind 1.623.947.000 S, und auf den Sachaufwand 404.323.000 S.

Die Personalkredite erfuhren gegenüber dem Vorjahr infolge der durchgeföhrten Bezugsverhöhung eine Steigerung um 70.128.000 S.

Die Zahl der Dienstposten ist im gesamten Ressort um 196 geringer als 1965. Derzeit besteht im Sicherheitswach- und Kriminaldienst ein Fehlbestand von zirka 400 Beamten. Auch die Gendarmerie verliert alljährlich eine namhafte Zahl von Beamten.

Für den Sachaufwand stehen dem Bundesministerium für Inneres 404.323.000 S zur Verfügung, das ist um 19.423.000 S mehr als im Jahre 1965.

Hievon entfallen auf den Aufwand bei der Zentralleitung 13.095.000 S und auf die Flugpolizei und den Flugrettungsdienst 7.770.000 S. Der Flugpolizei werden 1966 insgesamt 8 Hubschrauber, 6 zweisitzige Einsatzflugzeuge, 1 Schulflugzeug sowie mehrere Segelflugzeuge zur Verfügung stehen. Hievon wird 1 Hubschrauber neu angeschafft werden.

Im Jahre 1965 wurden 580 Einzeleinsätze aller Art durchgeführt, außerdem 43 Großeinsätze. Besonders hinzzuweisen ist auf die steigende Anzahl an flugpolizeilichen Einsätzen zur Lenkung und Kontrolle der Verkehrsregelung im Raum von Wien, bei diversen Großveranstaltungen, wie Auto- und Motorradrennen, sowie auf der Autobahn, wodurch eine wesentliche Senkung der Anzahl der Unfälle erreicht werden konnte.

Für den Zivilschutz ist im Jahre 1966 ein Betrag von 7.695.000 S vorgesehen.

Für den Entminungsdienst ist ein Kredit von 800.000 S vorgesehen.

Bei Titel 2 ist der Aufwand für die politischen Behörden im Betrag von 5.251.000 S vorgesehen.

Titel 3 enthält die Kredite für die Bundespolizei in der Höhe von insgesamt 163.640.000 S.

Die Ansätze im Verwaltungsaufwand sind um 13.834.000 S höher als im Vorjahr.

Die Anlagekredite sind gegenüber 1965 um 760.000 S erhöht.

Der sinkende Personalstand der Sicherheitswache und die Notwendigkeit, den sicherheits- und verkehrspolizeilichen Einsatz den Erfordernissen anzupassen, lassen es unvermeidlich erscheinen, die Motorisierung und vor allem die technische Ausrüstung auf dem Gebiete des Nachrichtenwesens weiter zu verbessern.

Bei der Bekämpfung des Verbrechertums hatte die Bundespolizei im vergangenen Jahr

bedauerlicherweise ein Todesopfer unter ihren Angehörigen zu beklagen; 24 Beamte erlitten schwere und 232 leichte Verletzungen. Daß nicht mehr Todesopfer zu beklagen sind, ist zweifellos auf den hohen Ausbildungsstand zurückzuführen.

Beim österreichischen Polizeikontingent in Zypern versehen derzeit 18 Polizeibeamte Dienst.

Bei Titel 4 ist der Sachaufwand für die Bundesgendarmerie mit 177.355.000 S präliminiert. Die Bundesgendarmerie hat flächennäßig den größten Teil des Bundesgebietes zu überwachen. Es sind daher auch in diesem Jahr erhebliche Mittel für die Motorisierung und die Verbesserung der technischen Ausrüstung vorgesehen.

Trotz der Personal- und sonstigen Schwierigkeiten hatte die Bundesgendarmerie beachtliche Erfolge zu verzeichnen. So konnten zum Beispiel im Jahre 1965 von 108.681 bekanntgewordenen Kriminalfällen 100.245 — das sind 92 Prozent — geklärt werden.

Seit 1945 wurden 144 Gendarmeriebeamte im Dienst getötet und 1239 schwer verletzt.

Beim österreichischen Polizeikontingent in Zypern versehen derzeit 16 Gendarmeriebeamte Dienst.

Für das Wanderungswesen sind bei Titel 5 258.000 S veranschlagt, bei Titel 6 für die Kriegsgräberfürsorge 3.340.000 S.

Bei Titel 7 sind für die Kosten von Wahlen und für die Wählerrevolten insgesamt 6.621.000 S vorgesehen.

Für die Kennzeichnung der Staatsgrenze sind bei Titel 8 50.000 S vorgesehen.

Die Ausgaben und Einnahmen für die Betreuung der Flüchtlinge sind auch 1966 wieder in zwei Titel getrennt: Titel 9 betrifft die Betreuung der Umsiedler, Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, Titel 10 die Flüchtlingsanstalten als betriebsähnliche Verwaltungszweige. Bei beiden finanziellen Ansätzen ergibt sich gegenüber 1965 eine Ausgabenverminderung in der Höhe von 4.566.000 S.

Seit dem Vorjahr ist ein merkliches Ansteigen des Zustromes an Flüchtlingen zu verzeichnen, der vor allem auf die Liberalisierung des Reiseverkehrs in den östlichen Nachbarstaaten zurückzuföhren sein dürfte. Falls die derzeitige Tendenz weiter anhält, ist mit einem durchschnittlichen Mehrbelag von 500 Flüchtlingen zu rechnen.

Die Gruppe IV des Bundesvoranschlages wurde vom Finanz- und Budgetausschuß am 31. Mai beraten. Ich darf auf den gedruckten Spezialbericht verweisen, der weitere Angaben über die Verwendung der Kredite enthält.

Reich

Bei der Abstimmung über die Gruppe IV am 13. Juni 1966 wurden die Ausgaben- und Einnahmenansätze des Kapitels 9 unverändert mit Stimmenmehrheit angenommen.

Namens des Finanz- und Budgetausschusses stelle ich daher den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 9: Inneres, des Bundesvoranschages für das Jahr 1966 (15 der Beilagen) wird unter Berücksichtigung der Druckfehlerberichtigung, die bereits allen Abgeordneten zugegangen ist, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich bitte das Hohe Haus, in die Spezialdebatte über dieses Kapitel einzugehen.

Präsident: Wir gehen in die Debatte ein. Als erster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Czettel. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Czettel (SPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! In unserer Zeit gewinnen die politischen Sicherheitsbegriffe immer größere Bedeutung. Es ist selbstverständlich, daß im heutigen politischen Leben wirtschaftliche Sicherheit für die Menschen angestrebt wird. Wir Österreicher können feststellen, daß die Arbeitslosenrate in unserem Land nur 2,7 Prozent beträgt — es gibt europäische Länder, in denen sie noch niedriger ist. Es ist selbstverständlich geworden, in den politischen Demokratien soziale Sicherheit für die Menschen anzustreben. Wir haben gehört, daß man in Österreich beabsichtigt, einen Sozialplan ähnlich dem Grünen Plan vorzulegen. Wir freuen uns, daß in unserem Lande die Krankenversicherung zu den Selbstverständlichkeiten gehört und daß wir jetzt auch die Pensionsdynamik haben.

Die modernen Demokratien müssen sich aber über diese beiden bereits gewohnten Sicherheitsbegriffe hinaus auch mit einem nicht neuen, aber doch in seiner Bedeutung sehr wichtigen politischen Sicherheitsbegriff auseinandersetzen, und das ist der Begriff der inneren oder — wie wir in der Amtssprache in Österreich sagen — der öffentlichen Sicherheit. Wie wichtig dieser Begriff der inneren Sicherheit gerade für unser Land ist, mögen Ihnen, meine Damen und Herren, nur einige Zahlen aus der Kriminalstatistik für das Jahr 1964 veranschaulichen. Aus ihr entnehmen wir, daß zum Beispiel in diesem Jahr 44 Mordfälle bekanntgeworden sind, 90 Mordversuche, 20.893 Einbruchsdiebstähle, 6732 Kraftfahrzeugdiebstähle, mehr als 12.000 andere Diebstähle, 405 Raubfälle und 54.416 Vergehen und Übertretungen gegen das Leben und die körperliche Sicherheit.

Wenn man die Bilanz aus dieser Kriminalstatistik zieht — hier meine ich jenen Teil,

der auf Grund des Berichtes des Innenministeriums dem Bericht des Zentralamtes für Statistik beigefügt worden ist —, dann stellt man fest, daß im Jahre 1964 allein durch Interventionen und Amtshandlungen der Sicherheitsbehörden und Organe mehr als 237.800 Straftaten dieser Art bekanntgeworden sind.

Fügt man dieser Zahl die Zahl von etwa 2000 Verkehrstoten in unserem Land hinzu und weiß man besonders aus dem vergangenen Jahr, daß auch Naturkatastrophen Todesopfer fordern können, dann werden Sie mir alle, meine Damen und Herren, recht geben, wenn ich sage, daß es sich nicht nur lohnt, ein politisches Konzept für die Erreichung der wirtschaftlichen Sicherheit unserer Menschen und eine Verbesserung des Konzeptes der sozialen Sicherheit anzustreben, sondern daß es auch wertvoll wäre und wertvoll ist, nun bewußt auch ein Konzept zur Hebung und Stärkung der inneren oder öffentlichen Sicherheit in Österreich anzustreben.

Wir Sozialisten meinen daher, daß die wirtschaftliche, soziale und innere Sicherheit einfach zur politischen Innenarchitektur einer auch vom Volk bewußt bejahten demokratischen Ordnung gehören. Nachdem das Innenressort mehr als 20 Jahre von Sozialisten geführt worden ist und insbesondere in der ersten Zeit nach dem Krieg ein Oskar Helmer so demonstrativ bewiesen hat, wie erfolgreich auch wir ein solches Ziel vom Konzept her anstreben können, meinen wir, daß wir erst recht in der Opposition unser politisches Recht der Gestaltung derartiger Konzepte wahren müssen. Es geht nicht nur darum, daran aktiv teilzunehmen, sondern auch darum, dort, wo nach unserer Meinung gegen unsere Intention und Auffassung der Politik auf diesem Gebiet gehandelt wird, unsere kritische Stimme zu erheben.

Hohes Haus! Es geht im Zusammenhang mit dieser Frage vor allem auch um eine gewisse Rangordnung der politischen Werte in unserem Lande. Ich habe oft gedacht — und wir wollen das auch heute laut aussprechen —, es gehört zur Selbstverständlichkeit auch hier bei den Gesprächen im Nationalrat, daß von hüben und drüben gesagt wird, man müsse für den Fall, daß sich die Republik einmal nach außen hin verteidigen müsse, Vorsorge treffen. Wir meinen, man müsse das österreichische Bundesheer technisch gut unter Wahrung der Sparsamkeit ausbilden und ausrüsten; die anderen meinen, man müsse unbedingt mehr Mittel hergeben. Aber ich glaube, der Grundsatz ist unbestritten, daß sich Österreich für den Fall, daß seine Neutralität und Unabhängigkeit angegriffen wird, verteidigen soll und daß man für diesen Verteidigungsfall Vorsorge treffen muß.

Czettel

Meine Damen und Herren! Wir haben nun bald 2000 Verkehrstote in Österreich. Keiner von uns wünscht sich irgendeinen Verteidigungsfall an unseren Grenzen, bei dem es innerhalb eines Jahres 2000 Tote gäbe. Auf dem Schlachtfeld der inneren Sicherheit — wenn Sie mir diese Formulierung gestatten — haben wir aber den tragischen Zustand, rund 2000 Menschen im Verkehrsgeschehen opfern zu müssen. Es ist nun kurios, daß wir immer wieder fast betteln müssen und betteln mußten, den Organen, die auf diesem Schlachtfeld im Interesse der öffentlichen Sicherheit Österreichs tätig sind, einige Mittel mehr zu geben, sie technisch besser auszurüsten.

Wir haben gerade während der letzten Budgetverhandlungen für dieses nicht als Anliegen der Sozialisten, sondern als Anliegen der Öffentlichkeit gekennzeichnete Projekt überhaupt kein Verständnis gefunden.

Wir sagen daher auch heute wieder das, was wir bisher bei den Budgetverhandlungen festgestellt haben: Natürlich, alles was möglich ist für eine vernünftige, zweckmäßige, wirtschaftlich tragbare Ausrüstung des Bundesheeres, aber in der Rangordnung der politischen Werte, da der Kampf unserer braven Exekutivbeamten gegen die Gefahren, die das Leben und die Sicherheit der Menschen im Inneren bedrohen, nicht weniger Bedeutung hat als eben der Kampf, den vielleicht irgendwann einmal — hoffentlich nicht! — unsere Soldaten bei der Verteidigung unseres Landes führen müssen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wenn man das Budget, das uns nun vorliegt, nach diesem Kriterium beurteilt, dann müssen wir das sagen, was wir auch bei der Behandlung des Budgets gesagt haben, als wir noch in der Regierung waren: Es ist ein Budget, das gerade auf diesem Sektor nicht mehr Mittel für technische Ausrüstung vor sieht, wie einige Redner meiner Fraktion noch im konkreten nachweisen werden, sondern sogar im wesentlichen Kürzungen vor nimmt. Sie haben mit überreilten Kompetenzänderungen, meine Damen und Herren der Mehrheit und vor allem meine Damen und Herren der Bundesregierung, eigentlich Dinge getan, die uns befürchten lassen, daß Sie, wenn Sie überhaupt ein Konzept auf diesem Gebiet entwickeln wollen, eher — wie wir schon bei der Debatte über die Sicherheitsdirektionen, die aufgelöst werden sollten, gesagt haben — geneigt sind, etwas mühselig Aufgebautes zusammenzuschlagen, als etwas aufzubauen.

Ich meine hier, meine Damen und Herren, etwas sehr Wesentliches, etwas, was über die technischen und administrativen Fragen hinaus im Zusammenhang mit dem Innenressort

mehr vom Politisch-Geistigen her eine Rolle spielt. Ich habe mir heute die Mühe genommen, während der Mittagszeit die stenographischen Protokolle über jene Nationalratssitzungen durchzulesen, die nach dem 15. Juli 1927 stattgefunden haben. Nach einem Bericht des damaligen Bundeskanzlers Doktor Seipel haben von hüben und drüben Abgeordnete zu den Ereignissen des Juli 1927 Stellung bezogen. Die Art, wie diese Debatte geführt worden ist, und die Art, wie manche Redner nicht nur das Verhalten der Polizisten, sondern auch das Verhalten jener, die über die bewaffneten Sicherheitsorgane verfügt haben, beurteilt haben, hat mich in der Auffassung bestärkt: Daß es in der Ersten Republik zu einer derart gefährlichen Gegnerschaft zwischen Exekutive und Bevölkerung gekommen ist, das ist weitestgehend auf die Einstellung zurückzuführen, die damals maßgebliche Politiker zu den Aufgaben der Exekutive gehabt haben. Die Diskussion über den Einsatz von Schußwaffen, über den Schußbefehl und über all das, was damals eine große Rolle gespielt haben mag, meine Damen und Herren, das alles hat mir nach dem Studium dieser Protokolle gezeigt, wie glücklich wir sein können, daß in der Zweiten Republik — und wir wollen das für uns in Anspruch nehmen — durch das bewußte Handeln sozialistischer Funktionäre gerade im Innenressort seit 1945 Kräfte am Werk waren, die bestrebt waren, die Sicherheitsexekutive mitten in das Volk hineinzuordnen und dem Volk die Gewißheit zu geben, daß sie im Interesse des Volkes da ist und nicht gegen das Interesse des österreichischen Volkes gerichtet ist.

Wir Sozialisten sagen, wenn wir das Kapitel Inneres behandeln: Röhren Sie an nichts, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, was unter Umständen geeignet sein könnte, diesen Geist zu verändern! Wir sagen auch nochmals hier: Sie haben die Mehrheit und werden manches machen können, über das wir noch konkret sprechen werden. Hüten Sie sich aber, den demokratisch-republikanischen Geist, der seit 1945 in den Exekutivwachekörpern eingezogen ist, auch nur zu lädieren! Wir Sozialisten verbürgen uns, mit aller politischen Kraft, die wir besitzen, dafür einzutreten, daß in Österreich niemals mehr jener Zustand eintritt, daß die Sicherheitsexekutive gegen das arbeitende Volk eingesetzt wird. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Es wird jetzt ein sogenanntes Polizeiorganisationsgesetz von der Mehrheit angekündigt und von der Freiheitlichen Partei verlangt — während der Ausschußdebatte ist ein diesbezüglicher Antrag gestellt worden —, und man hat den Eindruck, das wird ein Wun-

Czettel

dermittel: Wenn wir jetzt ein Polizeiorganisationsgesetz bekommen, dann sind alle Probleme des Polizeiwesens gelöst.

Wir Sozialisten wollen die Mehrheit dieses Hauses aufmerksam machen: Sie haben in den letzten Wochen vielfach — gestatten Sie mir dieses derbe Wort, aber es ist echt — bei der Vorlage von Gesetzen gehudelt. Sie haben uns keine Zeit gelassen, uns mit der Materie genügend auseinanderzusetzen. Sie werden manches auch deshalb ganz allein verantworten müssen. Wir sind der Meinung, die Regierung sollte, bevor sie dem Nationalrat ein seit vielen Jahren in Bearbeitung stehendes Polizeiorganisationsgesetz vorlegt, all die vielen Fragen des Kerns und der Peripherie dieses Problems genügend prüfen. Es wird nämlich darauf ankommen, meine Damen und Herren, daß wir einen Verwaltungszweig, der mit keinem anderen unseres Landes leicht vergleichbar ist, nämlich die Polizeiverwaltung und das Polizeiwesen, in eine Rechtsnorm kleiden, die sich harmonisch in die gesamte Rechtsordnung unseres Staates einordnen läßt. Wir müssen darüber wachen, daß nicht jetzt darangegangen wird, unter der Fahne eines Polizeiorganisationsgesetzes etwas zu machen, was noch zu Metternichs Zeiten üblich war. Ich meine das jetzt gar nicht demagogisch. Aber die Verlockung könnte gegeben sein.

Man kann heute bei der Bundesbahn feststellen, daß die Beamten fast für jeden ihrer Handgriffe eine Reglementierung in irgend einer Dienstvorschrift finden. Es gibt jedoch für die Polizeiorgane nichts, was man als Befugniskatalog qualifizieren könnte. Unsere Gendarmerie- und Polizeiorgane und vielfach auch die Behörden selbst sind ja in vielen Situationen sich selbst überlassen und müssen ihre Tätigkeit auch selbst verantworten. Es geht jetzt der Ruf durch einige Reihen, man möge doch die Tätigkeit der Polizeiorgane genau nach Befugnissen von A bis Z katalogisieren. Das klingt an sich ganz vernünftig, könnte aber die Gefahr mit sich bringen, daß nun die Polizeiorgane Befugnisse erhalten, die ihnen nicht zustehen, weil sie ja vielfach — bei der Gendarmerie fast ausschließlich — nur Vollzugsorgane einer Behörde sind.

Wir meinen daher, daß das Polizeiorganisationsgesetz genügend beraten werden muß, und wir werden es uns nicht nehmen lassen, auf eine uns möglich und gegeben scheinende Art auch an diesen Beratungen teilzunehmen.

Darüber hinaus glauben wir, daß im Zuge einer solchen Ordnung auf dem rechtlichen Sektor vor allem das vielleicht heißeste Gebiet der Innenverwaltung besondere Beachtung

verdient, das ist das Gebiet des staatspolizeilichen Dienstes. Meine Damen und Herren! Wir haben im vergangenen Jahr nicht nur hier im Plenum, sondern auch in der breiten Öffentlichkeit sehr hitzige Auseinandersetzungen gehabt, und viele Staatsbürger haben sich mit Recht gefragt: Was ist denn das, die Staatspolizei? Ich weiß schon, man muß zugeben, daß dann, wenn die begonnenen Reformen auf dem Gebiet des staatspolizeilichen Dienstes nicht bewußt fortgesetzt werden, sondern steckenbleiben, unter Umständen Dinge eintreten können, die durchaus nicht im Interesse der Öffentlichkeit und des österreichischen Volkes liegen. Wir haben im vergangenen Jahr dem Nationalrat einen Bericht der Bundesregierung nicht nur über die damalige Behandlung der sehr umstrittenen staatspolizeilichen Akten, sondern auch über gewisse Ansätze einer Reform übermittelt. Durch das Ende unserer Tätigkeit ist dann diese Vorlage im Verfassungsausschuß nicht mehr behandelt worden. Ich möchte hier nur anregen und anmelden, daß wir dafür eintreten werden: Wenn der Herr Innenminister auf dem Gebiet der Staatspolizei diese begonnene Reform fortsetzen will, dann sollte er die Möglichkeit der Geschäftsordnung in Anspruch nehmen und den Verfassungsausschuß des Nationalrates mit dieser Frage beschäftigen.

Ich möchte nun etwas zur Aktion „Leben hat Vorrang“ sagen. Der Herr Innenminister hat im Budgetausschuß den Eindruck erweckt, er werde diese ganze Aktion jetzt einschlafen lassen. Wir sind im vergangenen Jahr zu der Auffassung gekommen, die beste Möglichkeit, Exekutive und Bevölkerung einander näherzubringen, die beste Möglichkeit, die Bedeutung der inneren Sicherheit auch vom Konzept her im Bewußtsein der Menschen zu heben, wäre jetzt eine Aktion, in der den Menschen demonstrativ die Bedeutung der Tätigkeit unserer Sicherheitsbehörden und -organe vor Augen geführt wird. Wir haben im Einvernehmen mit einer Reihe von Organisationen die Aktion „Leben hat Vorrang“ geschaffen.

Hohes Haus! Es wäre sehr verlockend, von dieser Stelle aus einmal näher zu erklären, von welchen Intentionen diese Aktion getragen war und welche Ziele sie verfolgte. Ich war nur sehr überrascht und möchte das hier ganz hart kritisieren, Herr Innenminister, daß Sie auf Grund einer Anfrage, die Ihnen gestellt worden ist, in der Antwort den Eindruck hinterlassen haben, diese Aktion könnte aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht mehr in dem Umfang durchgeführt werden, in dem sie begonnen worden ist.

Gestatten Sie mir, meine Damen und Herren, weil ich die Lächerlichkeit der Argumentation

Czettel

einfach nicht begreife, einige der Punkte anzuführen, die offenbar die Ursachen dafür sind, daß eine gutgemeinte und relativ doch allmählich ins Denken der Menschen gedrun- gene Aktion abgebremst werden soll.

Da gibt der Innenminister — und es ist gleich, welcher es ist — jenen Staatsbürgern, jenen Verkehrsteilnehmern, jenen Bürgern unseres Landes, die der Exekutive geholfen haben, in Anerkennung vorbildlichen menschlichen Verhaltens im Interesse der öffentlichen Sicherheit ein Anerkennungsschreiben, in dem nichts anderes steht, als in einem gewöhnlich geschriebenen Brief stehen könnte. „Wir danken Ihnen und anerkennen, daß Sie sich würdig verhalten haben.“ Dieses Anerkennungsschreiben — das psychologisch doch nicht unwesentlich ist — mit der Unterschrift des Ministers, verbunden mit einem kleinen Blumenstrauß oder irgendeinem kleinen Geschenk, kann nun der Wachebeamte in der Stadt und der Gendarmeriebeamte auf dem Land jenen Menschen geben, von denen er selbst glaubt, daß sie sich diese Anerkennung verdient haben. Sehen sie, das hat irgendwie den Eindruck hinterlassen, daß unsere Beamten nicht nur strafen, sondern dann, wenn sich Menschen so verhalten haben, daß es im Interesse der Wohlfahrt der anderen liegt, auch würdigen und anerkennen können.

Ja, was kommt da? Ich will jetzt das Land nicht nennen, sonst heißt es gleich, ich hätte eine Aversion gegen dieses Bundesland. Da kommt jetzt ein verfassungsrechtlicher Protest: Der Innenminister könne nicht, so heißt es, Anerkennungsschreiben, Dekrete überreichen. Ich frage Sie, meine Damen und Herren: Besteht ein Unterschied darin, ob ein Minister einen Staatsbürger dann, wenn er glaubt, daß sich der Staatsbürger im Interesse der Öffentlichkeit, im Interesse der Wohlfahrt der Menschen verhalten hat, einen Brief schreibt oder diesen Brief aus Einfachheitsgründen und aus Formgründen drucken läßt? Da besteht doch kein Unterschied. Aber das ist angeblich ein Hindernis. Die Beamten dürfen jetzt wahrscheinlich diese Anerkennungsschreiben nicht mehr verteilen.

Wir haben zweitens gesagt: Wenn schon unsere Wacheorgane auf der Straße Menschen beanstanden müssen, weil sie sich nicht entsprechend den Verkehrsregeln verhalten haben, wenn sie die Menschen also belehren müssen, dann wäre es gut, damit diese Belehrung möglichst effektvoll ist, daß die Wache- und Gendarmeriebeamten in die Tasche greifen und den Verkehrsteilnehmern eine kleine Broschüre mit einem Auszug aus der Straßenverkehrsordnung geben könnten. Kaum war das eingeleitet, sind eine Reihe von Protest-

briefen von Bundeszentralstellen, von Behörden und auch von Landesämtern gekommen mit dem Inhalt, das falle auch nicht in die Kompetenz des Innenministeriums, das sei eine Sache des Vollzuges der Straßenverkehrsordnung, mit diesem Problem hätte das Innenressort nichts zu tun.

Man könnte noch manches hier aufzählen. Ich erzähle Ihnen das deshalb, meine Damen und Herren, weil jetzt der Zeitpunkt gekommen wäre. Ich rufe jetzt um etwas, von dem ich überzeugt bin, daß es notwendig wäre. Sie, meine Damen und Herren der ÖVP, sitzen allein in der Regierung, und Sie haben bewiesen, daß man Sie, wenn Sie wollen, nicht hindern kann, allein zu herrschen. Was läge daran, wenn Sie nun selbst die Initiative ergreifen würden, nachdem das ja bei einem roten Innenminister geschehen ist? Sie könnten nun selbst mit dem Handelsressort, mit den Landesregierungen und mit den übrigen nach dem neuen Kompetenzgesetz mit Verkehrs- und Sicherheitsfragen beschäftigten Ressorts Kontakt aufnehmen. Sie könnten korporativ vom Gesichtspunkt der Straßenverwaltung, des Straßenbaues, der Verkehrserziehung, der Schulverwaltung, der Durchführung der Straßenverkehrsordnung in den Ländern und des Handelsressorts aus der begonnenen Initiative, die doch wirklich dem Leben und der Sicherheit der Menschen dienen soll, etwas machen, fern von der Parteipolitik, etwas, was wir in Österreich so dringend notwendig hätten, Sie könnten nämlich einen breit organisierten Kampf gegen den Verkehrsstod führen, einen breit organisierten Kampf gegen die Gefahren, die 2000 Menschen pro Jahr auf den Straßen das Leben kosten. Anstatt daß Sie aber diese gut gemeinte Initiative fortsetzen, schläfern Sie sie ein, nur weil sie ein Sozialist begonnen hat!

Meine Damen und Herren, begreifen Sie doch, daß wir nicht aus Trotz, weil wir nun nicht mehr in der Regierung sind, an Sie appellieren, sondern aus der Sorge heraus, daß etwas, was wir in 20 Jahren begonnen und durchgeführt haben, mutwillig zerstört wird! Begreifen Sie doch, daß es uns nicht um das parteipolitische Prestige, sondern einfach um die Sorgen geht, die heute tief in allen Bevölkerungsschichten vorhanden sind! Damit könnten Sie beweisen, daß Sie als Regierungspartei nicht nur dort, wo es uns politisch nicht angenehm ist, Ihren Mehrheitstrotz geltend machen, sondern daß Sie dort, wo Sie vor den Augen der Öffentlichkeit zu erkennen geben können, daß es um etwas geht, was die Menschen brauchen, auch das durchführen, was die Opposition fordert.

Czettel

Ich komme daher in meinen einleitenden Betrachtungen, da noch einige meiner Kollegen zu den Detailproblemen Stellung nehmen werden, zu der Schlußfolgerung: Polizeiorganisation — ja, aber das heiße Eisen nicht mutwillig, nicht übereilt anfassen, nicht so, wie es bei Gesetzen der Fall war, die Sie in den letzten Wochen eingebracht haben. Hände weg von dem, was die Staatspolizei bedeutet und was aus der Staatspolizei vielleicht ein Instrument machen könnte, von dem wir in gewissen Zeiten den Eindruck gewonnen haben, daß es den Staat nicht schützt, sondern dem Staat schadet.

Drittens sollten Sie gerade dort, wo die Menschen das Bedürfnis nach innerer Sicherheit haben, auf dem Gebiete des Verkehrstodes, auf dem Gebiet des Katastrophen-schutzes, bei der technischen Ausrüstung der Exekutive, die Initiativen, die wir fordern, durchführen. Schämen Sie sich nicht! Die Menschen wollen nicht nur wirtschaftliche Sicherheit, nicht nur soziale Sicherheit, sie wollen auch die innere öffentliche Sicherheit, und sie wollen zur Wahrung dieser inneren Sicherheit und des inneren Friedens eine Exekutive, die weiß, welche Aufgaben sie in einer freien demokratischen Republik zu erfüllen hat. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Hartl. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Hartl (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mein Vorredner, der Herr Abgeordnete Czettel, hat davon gesprochen, daß es innerhalb der Exekutive, insbesondere in der höheren Führung, verschiedene Auffassungen gibt, wenn ich ihn richtig verstanden habe. Er erwähnte den 15. Juli 1927. Wir wollen, hüben und drüben, diese Zeit nicht mehr herbeisehnen. Wir alle gedenken in diesen Tagen der Toten und der Verletzten, die es damals gab, gleichgültig welche Auffassung sie hatten. Aber, Herr Abgeordneter Czettel, wenn Sie daran denken, daß gerade diese Männer der Exekutive am 15. Juli 1927 — ich bin an diesem Tage als Soldat des ersten Bundesheeres ausgezückt — wirklich aus Not ihre Waffen gebrauchten, und wenn Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, wissen, daß damals 80 Prozent der Wiener Sicherheitswachebeamten sozialistisch organisiert waren, so können Sie daraus ermessen und die Schlußfolgerung ziehen, daß sie ja nicht aus irgendeiner Unbekümmertheit auf ihre Freunde, auf ihre Genossen — seien Sie mir bitte nicht böse, wenn ich das sage — die Waffen gerichtet haben. (*Abg. Czettel: Ich wollte nicht über die damalige Exekutive diskutieren!*) Ich verstehe. Das, Herr

Minister, wollte ich sagen. Wir alle glauben, daß diese Zeiten vom 15. Juli 1927 und vom 12. Februar 1934 der Geschichte angehören und für uns alle nur ein Mahnmal sein sollen, daß solche Dinge nicht mehr vorkommen sollten.

Herr Minister! Sie haben auch vom Polizei-organisationssstatut gesprochen. Ich darf sagen, daß sich die Österreichische Volkspartei mit diesem Problem befaßt, daß wir aber nicht — um Ihre Worte zu gebrauchen — huden werden, sondern eben den Kontakt mit den zuständigen Personen, mit den zuständigen Foren herbeiführen werden.

Wir müssen in der Sorge um die Exekutive feststellen, daß dieser Beruf einer der schwersten, einer jener Berufe ist, die gerade nicht erwünschenswert sind. Die Tatsache — das wurde heute vom Berichterstatter kurz gestreift —, daß in der Zweiten Republik 183 Exekutivbeamte in Ausübung ihres Dienstes gefallen sind, daß über 2000 Exekutivbeamte durch schwere Verletzungen einen schweren Blutzoll geleistet haben, bezeugt, daß dieser Beruf wohl von Menschen erwählt wird, die außer den beruflichen Fortkommensmöglichkeiten auch noch sehen, daß sie eine bestimmte Pflicht gegenüber ihrem Vaterlande zu leisten haben, die sie auch leisten wollen. Gerade diese Blutopfer, gerade dieser Blutzoll, der insbesondere von der Gendarmerie erbracht wurde, die von den 183 Toten allein 144 Tote aufzuweisen hat, beweisen, welche Haltung die Exekutive an den Tag gelegt hat. Sie hat sich immer und überall schützend vor die Menschen gestellt, um Leben und Gut zu schützen. Sie tat alles, um diesen Schutz zu gewährleisten.

Der Beruf eines Exekutivbeamten ist der gefahrvoollste und im Vergleich zu anderen Berufen, die auch Fährnisse und Schwierigkeiten mit sich bringen, schwierig, weil diese Beamten die Gefahr aufsuchen müssen. Diejenigen, die einen anderen Beruf haben, sagen vielleicht: Alles gut und schön, aber ich kann nicht über all diese Dinge so hinweggehen, weil ich eine Familie, weil ich Kinder habe. Der Exekutivbeamte hingegen muß alles tun, um diesen Beruf, den er sich ausgewählt hat, hundertprozentig zu erfüllen.

Nun gibt es auch auf diesem Gebiet verschiedene Biten und Beschwerden. Ich darf Sie bitten, die einzelnen Probleme, die die Wache- und Exekutivbeamten per Saldo gesehen betreffen, wahllos in Empfang zu nehmen.

Zum Beispiel haben Gendarmerie und Sicherheitswache Funkgeräte. Diese Apparaturen, die für diese beiden Wachekörper unbedingt notwendig sind, haben Millionen verschlungen. Es war notwendig, daß sie angeschafft wurden.

Hartl

Daß aber diese beiden Wachekörper mit ihren Funkgeräten untereinander keine Verbindung herstellen konnten, wie man glaubte, das, meine sehr verehrten Frauen und Männer, gibt zu denken, ob man nicht, bevor man so etwas anschafft, auf diese Fragen Rücksicht nehmen sollte.

Meine sehr Verehrten! Das gleiche gilt auch für den Autopark. Die Gendarmerie und die Sicherheitswache haben insgesamt 15 Kraftfahrzeugtypen in Betrieb. Auf Grund dieses Wirrwarrs können wir uns vorstellen, wie es nunmehr um die Verwendung dieser Kraftfahrzeuge bestellt ist. Wir wissen darüber hinaus, daß der Mannschaftstransport nicht so sicher gestellt ist wie der Lastentransport, den ebenfalls die Wachekörper durchzuführen haben. Gerade bei den letztgenannten Typen, den Mannschaftswagen und Lastwagen, ist eine beträchtliche Überalterung vorhanden, die sich selbstverständlich auf den Benzinverbrauch wie auch auf die Ersatzteilbeschaffung auswirkt.

In diesem Zusammenhang möchte ich sagen, daß vor dem Amtsantritt des Ministers Hetzenauer auch Reiseautobusse bestellt wurden. Diese Reiseautobusse, die vielleicht für Funktionäre, für Tagungsteilnehmer, für ausländische Gäste und so weiter von Belang sind, können aber die Mannschaftstransportwagen nicht ersetzen, weil sie leider Gottes, wie es eben bei Autobussen der Fall ist, nur einen einzigen Ein- und Ausstieg, gegebenenfalls einen Notausstieg haben. Ich glaube, wir müßten trachten, daß wir in Hinkunft eine bessere Dotierung bekommen.

Aber auch die Wachebeamten unterstützenden Tankspritzwagen gehören, um die Worte eines alten Wiener Liedes zu gebrauchen, schon längst zum alten Eisen, denn diese Tankspritzwagen könnten heute nicht mehr eingesetzt werden, weil sie selbst eine Gefahr für die Mannschaft mit sich bringen würden und bei eventuellen Ausschreitungen völlig unbrauchbar wären. Es wäre daher angezeigt, daß in Hinkunft auch auf den Motorisierungssektor ein stärkeres Augenmerk gelenkt wird.

Was die Bewaffnung der Exekutive anlangt, so kann gesagt werden, daß sie bei der Sicherheitswache sehr gut ist. Bei der Gendarmerie sind Klagen lautgeworden, weil die Beamten schwere 9 mm-Pistolen erhalten haben. Darauf müßte man bei den nächsten Beschaffungen ein entsprechendes Augenmerk richten.

Die Uniformierung ist ein Anliegen sowohl der Sicherheitswache als auch der Gendarmerie. Hier hat es seit dem Bestand unserer Zweiten Republik immer ein Durcheinander gegeben. In Wien hat es bei der Sicherheitswache seit 1945 acht verschiedene Uniformen gegeben. Sooft jemand irgendwo — sei es im Innen-

ministerium oder nur im Polizeipräsidium — eine Position besetzt hat, ist man mit einer anderen Uniform gekommen. Man würde ja nichts sagen, wenn die Kosten für diese Uniformen, die gekauft werden müssen, vom Staat getragen würden. Die Situation ist aber die, daß der einzelne Wachebeamte seine Uniform auf Grund eines Massapauschales selbst bezahlen muß. Nun war es so, daß man eine Uniform höchstens zwei oder drei Jahre trug, dann kam schon wieder etwas Neues, eine bessere, eine gescheitere, nach Auffassung des Anschaffers vernünftigere Idee, und die neue Uniform lag — zum Leidwesen der Beamten — wieder auf dem Tisch.

Minister Olah hatte seinerzeit gesagt: Gendarmerie und Sicherheitswache erhalten einen einheitlichen Stoff, nur die Embleme werden bei Gendarmerie und Sicherheitswache jeweils anders angebracht. Wir werden so verfahren. — Das Fazit: Auf Grund dieser Mitteilung des Ministers Olah haben die Wachebeamten gesagt: Wir werden ein bißchen mit der Uniformierung warten, denn wenn das alles jetzt wieder gleich wird, dann wissen wir nicht, ob wir eine stahlgraue Uniform bekommen oder, so wie sie die Sicherheitswache hat, eine flaschengrüne Bluse und eine schwarze Hose.

Dann kam Minister Czettel, der gesagt hat: Nein, die Auffassung von Minister Olah ist nichts. Wir bleiben bei verschiedener Farbe und Schnitt für Sicherheitswache und Gendarmerie. — Jetzt haben die Wachebeamten wieder auf das gewartet, was sich an Novitäten, an Neuerungen... (Abg. Dr. van Tongel: Nach dem 6. März nur mehr schwarz!) Nein! Nein! Heiterkeit. — Abg. Peter: Mich wundert es ja, daß die Beamten überhaupt noch angezogen herumgehen! Ich darf sagen, daß von der Ausschreibung der Beschaffung von Uniformsorten bis zur Lieferung 14 bis 16 Monate vergehen. Man kann also nicht so rasch agieren, Herr Dr. van Tongel, wie man gerne möchte. (Abg. Peter: Wie macht es der schwarze Innenminister jetzt besser? — Abg. Czettel: Ja, jetzt werden sie schwarze Uniformen bekommen!) Ja, das wird er wahrscheinlich sowieso tun. (Abg. Dr. Gorbach: Laß dich nicht ein!) Ich glaube, hier müssen wir endlich einmal zur Ruhe kommen. Jene Uniformen sollen nach meiner Auffassung eine so lange Tragzeit haben, solange Österreich zu bestehen hat. (Abg. Peter: Wenn wir schwarz und rot herausnehmen, kommen wir zur Ruhe! — Abg. Dr. Gorbach: Laß dich nicht stören! — Abg. Scheibenreif: Er hat recht: In nichts einzulassen! Darf man nicht?)

Einige Zeitungen haben in den letzten Tagen auch über die Krankheitsfälle in der Exekutive geschrieben. Diese Angelegenheit wurde vorerst durch den Rechnungshof festgestellt. Eine

Hartl

Krankheit trifft den einzelnen auf Grund seiner Konstitution. Es gibt Menschen, die ihr ganzes Leben nicht krank sind, und bei manchem ist es bereits der Windzug, der für ihn etwas besagt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren des Hohen Hauses! Ich darf Ihnen mitteilen, daß vor allem die den Straßendienst versehenden Exekutivbeamten besondere Schwierigkeiten haben, vor allem die starre, ja ich möchte fast sagen, die sture Uniformierungsvorschrift trägt sehr viel zu den Krankheiten bei. Kameraden, Rayonsposten, die auf einem freien, zugigen Gelände — zum Beispiel auf der Reichsbrücke — ihren Dienst versehen, müssen sich genauso nach der Vorschrift halten wie jene Kameraden, die in den Straßen von dichtverbauten Städten ihren Dienst versetzen. Denn es wird angeordnet, ob ein Schal zu tragen ist, es wird allgemein angeordnet, ob ein Mantel, Stiefel und so weiter zu tragen sind. Das trägt mitunter dazu bei, daß da oder dort je nach der Empfindlichkeit verschiedene Krankheiten auftreten.

Dazu gesellt sich noch die Altersschichtung. Ich darf Ihnen sagen, wie es um die Gruppierung der Altersklassen in der Wiener Sicherheitswache bestellt ist: Im Alter unter 20 Jahren stehen 48 Beamte, im Alter von 20 bis 30 Jahren 737. 30 bis 40 Jahre alt sind 1156 Beamte, 40 bis 50 Jahre sind 2360 Beamte alt, 50 bis 60 Jahre 1884 und über 60 Jahre 150. (Abg. Peter: Hoffentlich wird mit der „Aktion 20“ die Polizei jünger!) Daraus, lieber Herr Abgeordneter Peter, zeigt sich, daß gegenwärtig eine Altersschichtung vorhanden ist, angesichts der wir, das Hohe Haus, gesetzgebungsmäßig, darüber hinaus aber auch die verantwortlichen Funktionäre alles zu unternehmen haben, damit diese 6335 Beamten durch jugendliche vermehrt werden. Von diesen Beamten sind 900 Wachebeamte nur mehr innendienstfähig. In diesem Zusammenhang ist die Nachwuchsfrage ein brennendes Problem.

Das gilt nicht ganz für die Sicherheitswache. Es wurde, wie Sie den gestrigen Zeitungen entnehmen konnten, insofern ein Experiment gemacht, als sich in Wien 48 Polizistinnen anschickten, ihren ersten Schritt in die Öffentlichkeit zu tun. Man wird ja sehen, ob dieses Experiment glückt; wir wollen es alle hoffen. Es ist allerdings ein teures Experiment.

All diese Probleme, deren Lösung noch in den Kinderschuhen steckt und erst Anfänge zeigt, müssen uns veranlassen, alles daranzusetzen, um für den Nachwuchs zu sorgen.

Nun zur Schulung des Nachwuchses, zur Schulung der Wachebeamter selbst. Hier wäre es angebracht, Herr Minister, wenn all diese Akten, all diese Vorschriften überprüft würden.

Vielelleicht würde ein Polizeiorganisationsgesetz in diesem Sinne auch regelnd und helfend mit eingreifen, wenn der Schulungsplan überprüft würde.

Ein Sicherheitswachebeamter hat eine zweijährige Schulung durchzumachen. Bei der Gendarmerie genügen 16 Monate. Von der Zollwache, die ja dem Finanzminister untersteht und wo für die Schulung nur sieben Monate notwendig sind, will ich nicht reden. Bei der Justizwache, um den vierten der uniformierten Wachekörper aufzuzählen, genügen drei Monate Ausbildungszeit. Hier müßte man eine echte Werbung durchführen.

Die Presse hat in dieser Richtung manchmal nicht so das geneigte Ohr, und wir finden in den Zeitungen manchmal Nachrichten, die alles andere als glücklich sind.

Ebenso will ich einen Appell an das Fernsehen richten: In manchen Fernsehsendungen kommt die Exekutive sehr schlecht davon beziehungsweise wird sie herabgesetzt.

Auf die von mir kurz skizzierten Arten kann man natürlich eine wachefreundliche Situation innerhalb der Bevölkerung nicht erzeugen. Seinerzeit in der Ersten Republik haben wir vom Bundesheer die Wachewerber erhalten. Inwieweit diese Angelegenheit noch mehr betrieben werden soll, ist nicht bekannt, aber man könnte unter Umständen unter Hinzunahme des § 29 des Wehrgesetzes vielleicht manches erreichen.

Der frühere Herr Innenminister Czettel — er hat es heute schon in seinen Ausführungen erwähnt — hat das Unternehmen „Leben hat Vorrang“ gestartet. Heute, nachdem diese Angelegenheit angelaufen ist und durchgeführt wurde, kann man darüber reden, ob es gut war oder schlecht. (Abg. Czettel: Es sollte doch weitergeführt werden!) Aber ich stimme mit Ihnen überein, daß wir alles zu tun haben, um dem Tod auf der Straße, dem Verkehrsstod das Feld zu nehmen. Nur müßten wir uns vielleicht zusammenfinden und feststellen, ob nicht eine andere Art, als es bisher der Fall war, besser wäre, um diese von uns beiden akzeptierten Dinge zu erreichen.

Sie haben, Herr Minister, im Vorjahr darüber geredet, daß man „Wachelehrlinge“ — so ungefähr habe ich das im Ohr — aufnehmen soll, um einen Nachwuchs heranzubilden. Ich habe bereits im Jahre 1960/61 — vielleicht können Sie sich erinnern — über die sogenannte Kadettenschule gesprochen. Aber hier ist nicht das Wort von Bedeutung, sondern der Inhalt: daß man von Jugend auf Menschen für den Beruf eines Wachebeamten erfassen und ausbilden soll. Wenn wir in diesem Sinne erreichen könnten, daß 16jährige zu uns kommen, daß wir ihnen nicht nur in bezug auf Allgemein-

Hartl

bildung verschiedenes vermitteln können, sondern daß wir ihnen auch Maschinschreiben, Stenographieren — lebensnotwendige Dinge für einen Sicherheitswachebeamten — in vollendeter Form beibringen, ebenso eine Fremdsprache, daß wir diese Kandidaten — mögen sie Lehrlinge oder Kadetten heißen, das ist ganz gleich — auch die Lenkerprüfung machen lassen, dann würden diese Menschen, wenn sie in den Stand eines Wachekörpers eintreten, anderen besoldungsrechtlichen Sätzen entsprechen, weil sie eben die verschiedenen Voraussetzungen für das eine oder das andere erbringen.

Es gibt auch bei den Kriminalbeamten Wünsche. Die Kriminalbeamten haben es mitunter sehr schwer, und man müßte ihren Wünschen, Bitten und Beschwerden recht geben, wenn man daran denkt, daß der Mann, der von der Sicherheitswache oder von der Gendarmerie zu den Kriminalbeamten überstellt wird, beim Eintritt dort erneut eine Schule absolvieren muß. Nach Absolvierung dieser Schule steht er besoldungsrechtlich auf der gleichen Linie wie früher, bevor er Kriminalbeamter wurde.

Ich glaube, man müßte auch hier eine Regelung herbeiführen, die sich mit der Anerkennung der Absolvierung dieses Kurses beschäftigt.

Die Wachebeamten haben aber außer diesen Fragen, die ich skizzierte, noch Wünsche in bezug auf die Neuregelung der Vordienstzeiten, auf das neue Pensionsrecht, man sieht die derzeitige Qualifikation an, das Disziplinarrecht soll anders geregelt werden, wir Wachebeamten sind für die Erstellung eines eigenen Gehaltsschemas, für die Regelung der Dienstzulagen, der Wachezulage sowie auch der Massengebühren. Auch die derzeitige Reisegebührenvorschrift gibt Anlaß für den Wunsch nach einer Neuregelung.

Die Geißel der Menschheit, die Wohnungslosigkeit hat auch Hunderte von Wachebeamten in ganz Österreich betroffen. Hier müßte etwas für die Beamenschaft getan werden. Wir wollen hoffen, daß im Zusammenwirken mit den Gemeinden, mit den Ländern und mit dem Bund eine Regelung getroffen wird.

Aber nicht nur die Wohnungen für die Beamten, sondern auch die Dienststellen müßten mitunter ein bißchen besser ausgestattet werden. Die zweitgrößte Polizeidirektion Österreichs, die Polizeidirektion Graz, ist in einem ehemaligen Palais untergebracht, das im 18. Jahrhundert gebaut wurde. Das Palais wurde später ein Krankenhaus und ist im weiteren Verlauf auch für andere Zwecke verwendet worden. Wenn ich Ihnen sage, daß der derzeitige Aufenthaltsraum der Beamten der

Verkehrsabteilung der ehemalige Sargkeller und Sezierraum war, werden Sie vielleicht darüber lachen, und es ist auch zum Lachen. (*Abg. Dr. Gorbach: Makaber!*) Wir alle wollen uns immer und wieder mit all diesen Dingen befassen. Gepflegte Diensträume zu haben ist auch der Wunsch vieler österreichischer Exekutivbeamter.

Das Personalvertretungsgesetz, das im gegenwärtigen Zeitpunkt zur Verhandlung steht, ist auch ein Wunsch unserer Freunde.

Ich darf auch sagen, daß wir uns seit Jahren bemühen, daß die gesamte österreichische Exekutive unter den Schutz der Genfer Konvention vom 12. August 1949 gestellt wird. Die Genfer Konvention gilt dem Schutz der Zivilbevölkerung. Ich glaube, in dieser Angelegenheit wurde schon sehr viel bei den zuständigen Stellen interveniert, und ich darf hoffen, daß sich sowohl der neue Innenminister als auch der neue Außenminister mit dieser Angelegenheit befassen werden, um dieser Idee zum Durchbruch zu verhelfen.

Namens der Österreichischen Volkspartei darf ich allen Exekutivbeamten für die Arbeit, die sie im letzten Zeitraum geleistet haben, Dank und Anerkennung sagen. Sie haben sich nicht nur als Hüter des Gesetzes bewährt, sondern darüber hinaus alles getan und mitgeholfen, Leben und Gut bei den verschiedenen Einsätzen zu erhalten.

Abschließend darf ich zu einer anderen wichtigen Angelegenheit sprechen, zum Zivilschutz. Über Aufgabe und Zweck des Zivilschutzes brauche ich vor diesem Forum nicht zu sprechen. Was aber erwähnt werden muß, ist die Tatsache, daß bezüglich des Zivilschutzes eine gesetzliche Regelung erfolgen muß. Nur dann, wenn diese vorhanden ist, wird sich die gesamte Aufbauarbeit des Zivilschutzes rasch und positiv gestalten. Jetzt sind es nur die braven Funktionäre des Österreichischen Zivilschutzverbandes, die sich redlich bemühen, den Gedanken dieser Institution in die Bevölkerung zu tragen. Aber ohne gesetzlichen Auftrag und mit wenig Mitteln arbeitet der Österreichische Zivilschutzverband sehr schwer für Österreich. Ich darf daher den Herrn Innenminister bitten, den österreichischen Zivilschutzgedanken zu hegen und zu pflegen.

Meine sehr verehrten Frauen und Männer des Hohen Hauses! Das sind die Wünsche, sind die Anliegen der österreichischen Exekutive, und wenn halbwegs — alles kann nicht getan werden — alles so kommt, wie es heute hier zum Ausdruck gebracht wird, dann können wir darüber hinaus noch mehr mit Dank sagen: Die Exekutive, dein Freund und Helfer! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. van Tongel. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. van Tongel (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die freiheitlichen Abgeordneten können den Budgetansätzen der Gruppe Inneres ebenso wie auch denen der anderen Kapitel nicht zustimmen und werden daher gegen diese Budgetansätze stimmen.

Ich darf im Rahmen einer allgemeinen Übersicht über die Probleme der Gruppe Inneres vielleicht einige Worte zum geltenden Wahlgesetz sagen. Ich möchte es mir versagen, die allgemein notwendige Feststellung hier zu wiederholen, daß unser Wahlgesetz kein gerechtes Wahlrecht ist. Das ist zu wiederholten Malen hier dargelegt worden, stößt aber auf der einen Seite des Hauses auf einen unüberwindlichen Widerstand, auf einen Widerstand, der deshalb begreiflich ist, weil die rechte Seite dieses Hohen Hauses dem Umstand eines ungerechten Wahlrechtes eine ausgesprochene Begünstigung verdankt.

Ich darf aber auf eine Reihe von Unzukämmlichkeiten, die sich gerade während des letzten Wahlganges ergeben haben, zurückkommen und den Herrn Innenminister einladen, diese Unzukämmlichkeiten durch Vorschläge für eine baldige Novellierung der Nationalrats-Wahlordnung zu beseitigen. Vor allem gilt es, den Unfug abzustellen, daß interessierte politische Gruppen sich — ich sage dieses Wort im vollen Bewußtsein dessen, was ich ausspreche — eine politische Gruppe kaufen, um damit Unstimmigkeiten auszulösen. Man kann nämlich jemandem die Kautions bezahlen und ihm auch sonst technische Hilfe leihen und diesen Mann oder eine Gruppe damit erst zu einer wahlwerbenden politischen Gruppe in Österreich aufbauen und gestalten. Es hat sich zum Beispiel — und ich bin sehr dankbar, daß es Abgeordnete der Österreichischen Volkspartei waren, die aufgezeigt haben, welcher Unfug hier mit der Gründung der sogenannten Liberalen Partei vorgenommen wurde — ergeben, daß die Unterschriften, so zum Beispiel in Salzburg, zum Teil gefälscht, zum Teil in bewußter Verkennung, wofür man unterzeichnet, gegeben worden sind. Ich leite aus diesem Vorgang zunächst einmal die Notwendigkeit ab, daß in der Wahlordnung genau vorgesehen wird, wie die Unterschriften auf ihre Echtheit geprüft werden.

Zum zweiten bedarf unsere Wahlordnung einer Bestimmung, daß jeder Wahlberechtigte seine Unterschrift nur für eine wahlwerbende Gruppe abgeben darf. Würde diese Bestimmung, die ja an sich eine Selbstverständlichkeit darstellt, praktisch gehandhabt werden, so

könnte es gar nicht vorkommen, daß Staatsbürger für zwei oder drei wahlwerbende Gruppen ihre Unterschrift unter die Wahlwerberlisten geben.

Zum dritten sollte man durchaus davon absehen, die im Nationalrat vertretenen Parteien dadurch zu molestieren — ich finde gar kein anderes Wort —, daß man ihnen immer wieder vor jeder Wahl vorschreibt, auch sie müßten die notwendige Anzahl von Unterschriften beibringen. Es ist in einer Reihe von Landtagswahlordnungen, so auch in der von Wien, diese Bestimmung schon vorgesehen. Es ist nur eine Schikane für die bestehenden im Nationalrat vertretenen Parteien, wenn sie sich immer wieder dieser Prozedur mit der Besorgung der Unterschriften unterziehen müssen. Es kommt dabei gar nichts heraus als eine Belästigung der Tätigkeit der Parteien und auch der Wähler selbst.

Meine Damen und Herren! Ich darf bei dieser Gelegenheit eine Feststellung wiederholen, die ich im Finanz- und Budgetausschuß getroffen habe: In unserer Bundesverfassung ist verfassungsrechtlich das geltende Wahlrecht für den Nationalrat und für die Landtage als ein Proportionalwahlrecht vorgesehen. Es ist herrschende Lehre, daß eine Änderung dieses Wahlsystems eine Totaländerung der Bundesverfassung bedeuten würde. Selbst wenn es gelänge, hiefür eine Zweidrittelmehrheit zu bekommen, würde eine solche Änderung des Wahlsystems unbedingt eine Volksabstimmung erfordern. Ich darf das in diesem Zusammenhang sagen, weil zweifelsohne auch der Versuch, durch Wahlrechtsvorschläge wenigstens teilweise das Prinzip des Verhältniswahlrechtes zu durchbrechen, schon als Totaländerung der Bundesverfassung gelten würde.

Ein weiteres Problem, meine Damen und Herren, ist das Verkehrsproblem. Es ist sehr dankenswert gewesen, daß der Kollege Mitterer im Finanz- und Budgetausschuß insbesondere die Verkehrsprobleme in der Bundeshauptstadt Wien erwähnt und hier eine Reihe dringend notwendiger Regelungen aufgezeigt hat. Insbesondere ist es notwendig, daß die Sicherheitsorgane angewiesen werden, ihr Hauptaugenmerk auf den fließenden Verkehr zu richten, und nicht etwa ihre Aufgabe darin zu sehen haben, Parksünder aufzuspüren. Es mag für die Staatsfinanzen vielleicht eine Aufbesserung sein, wenn man an einem Vormittag einige hundert Parksünder notiert und dann bestraft, gleichzeitig aber den Parkraum immer mehr einengt und auch immer mehr durch privilegierte Parkverbotschilder für Firmen, Gesellschaften, Behörden und dergleichen noch beschränkt.

Dr. van Tongel

Ich habe in einer Anfrage an den Herrn Innenminister ein motorisiertes Organ der Verkehrspolizei festgestellt, das ich selbst auf einer Hauptstraße in Wien beobachtet habe. Diese „Weiße Maus“ hat, statt — wozu der Beamte eingesetzt ist — den fließenden Verkehr zu kontrollieren, der an dieser Stelle besonders lebhaft, besonders gefährlich und auch dadurch ausgezeichnet ist, daß sich dort die Verkehrsteilnehmer nicht an die Vorschriften halten, sondern durch sinnlose Raserei Passanten gefährden, ja sie geradezu daran hindern, die Straße zu überqueren, eine Viertelstunde lang vor einem Haus, in dem noch dazu ein Mitglied der Bundesregierung wohnt, Parksünder notiert und aufgepaßt, wann diese Parksünder kommen; dabei hat dieser Beamte dem fließenden Verkehr überhaupt kein Augenmerk gewidmet. Ich kann nicht annehmen, meine Damen und Herren, daß dieses Polizeiorgan aus eigenem Antrieb gehandelt hat, sondern es müssen zweifellos entweder klare oder vielleicht mißverständliche Weisungen vorliegen.

Es wurde vor kurzer Zeit in der Presse behauptet, daß die „Aktion scharf“ nicht stimme. Das wurde dann allerdings dementiert, aber dementiert wird in Österreich sehr viel, obwohl es wahr ist. Tatsache ist, daß man immer wieder bemerken kann, daß nicht nur ein einzelner Polizist, sondern meistens sogar zwei die Runde machen. Meist ist der eine ein höherer Beamter und der andere einer mit einem niedrigeren Rang. (*Abg. Hartl: Lehrer und Schüler!*) — Nein, das ist nicht ein Schüler, denn er hat auch zwei Sterne. So weit reichen meine Kenntnisse von den Diensträngen der Polizei auch. Außerdem kenne ich in meinem Wohnbereich, den Sie ja auch kennen, Herr Abgeordneter Hartl, die Herren der Polizei sogar persönlich und mit Namen. Die beiden Organe gehen durch die Straßen und notieren umständlich in langwieriger Amtshandlung „Parksünder“. Zu gleicher Zeit gibt es in der Nähe ein Verkehrschaos, das man auch nicht annähernd charakterisieren kann.

Kollege Mitterer hat aufgezeigt, daß manche Verkehrspolizisten häufig am Straßenrand stehen, sich gar nicht um das kümmern, was auf der Straße vorgeht, sich aber um alle möglichen anderen Dinge kümmern. Ich will den betreffenden Beamten gar nicht den Vorwurf machen, daß sie das aus dienstlicher Nachlässigkeit tun. Hier braucht doch nur von der zuständigen Stelle den Beamten der Auftrag erteilt werden, sich um die Verkehrssicherheit zu kümmern!

Meine Damen und Herren! Wir haben bei jeder Debatte über das Kapitel Inneres die

Notwendigkeit empfunden — auch heute haben meine beiden Vorförder das behandelt —, durch exemplarische und revolutionäre Bestrafungen den Rowdies und Verkehrsverbrechern, die Leben und Sicherheit der Straßenbenutzer gefährden, endlich das Handwerk zu legen.

Es ist statistisch festgestellt, und jeder Kraftfahrer wird Ihnen das bestätigen, daß im allgemeinen hauptsächlich diejenigen zum Handkuß kommen, die schuldlos sind, während in den meisten Fällen die schuldigen Verkehrsverbrecher mit glimpflichen Verletzungen davonkommen. Ich brauche nur auf die in den letzten Wochen erfolgten Vorkommnisse auf den Autobahnen und Bundesstraßen hinzuweisen. Gerade im Zeichen der Aktion „Leben hat Vorrang“ — die zu begrüßen ist, weil sie in einer einprägsamen Form die Bevölkerung auf eine absolute Notwendigkeit hinweist — ist höchst bedauerlicherweise nicht nur die Anzahl der Verkehrsunfälle gestiegen, sondern auch die Schwere der Unfälle hat außerordentlich zugenommen, und es ist ein großer Prozentsatz an Todesfällen zu verzeichnen. Ebenso ist auch immer wieder eine Zunahme der Zahl der alkoholisierten Kraftfahrer festzustellen, ebenso der Zahl der Fahrerfluchtfälle. Ich kann mir nicht vorstellen, daß eine solche Zunahme erfolgen könnte, wenn rigoroser durchgegriffen werden würde.

Ich darf einen Vorschlag wiederholen, den ich schon in der letzten Budgetdebatte gemacht habe. Das Problem der Verkehrssicherheit erfordert weitere, energischere und revolutionärere Lösungen und Maßnahmen als bisher. Denn nach einer gewissen Schockwirkung beim Inkrafttreten der neuen Straßenverkehrsordnung hält der Unfallstod auf unseren Straßen wieder reiche Ernte. Deshalb genügen nicht mehr nur vorbeugende gesetzgeberische Maßnahmen, es muß die Überwachung unserer Straßen und die Strafandrohung verschärft und durch neue Methoden ergänzt werden. Da der Führerscheinentzug und auch die sogenannte Nobelhaft — ich habe gehört, wir werden das vielleicht beim Kapitel Justiz noch einmal zu behandeln haben, daß es eigene Strafanstalten gibt, wo die Verkehrssünder unter besonders günstigen Umständen ihre Strafe verbüßen können —, die Verbüßung einer Haftstrafe nicht genügen, wird man vielleicht zum Entzug des Kraftfahrzeuges, das vom schuldtragenden Verkehrsverbrecher benutzt wurde, kommen müssen. Vielleicht wird das wirken, meine Damen und Herren, denn so wie bisher kann es nicht mehr weitergehen!

Es ist das auch — ich habe das Problem sehr genau verfolgt — eine Gefährdung unseres

Dr. van Tongel

Fremdenverkehrs. Lesen Sie ausländische Zeitungen, und Sie werden feststellen, daß die Kritik — das hat auch der verstorbene Kollege Peter Strasser von der Sozialistischen Partei schon seinerzeit bei der Beratung der Straßenverkehrsordnung festgestellt — in den ausländischen Zeitungen immer wieder hervorhebt, daß die Unsicherheit auf den österreichischen Straßen besonders groß und größer ist als in anderen Staaten. Ich weiß nicht, ob das stimmt, aber zweifellos müßten solche Bemerkungen für uns Veranlassung sein, gerade im Interesse des Fremdenverkehrs hier für Ordnung zu sorgen. Ich habe selbst aus den Veröffentlichungen über Verkehrsunfälle festgestellt, daß gerade ausländische Verkehrsteilnehmer, ausländische Gäste auf unseren Straßen wiederholt zu Schaden gekommen sind, ja in einigen besonders tragischen Fällen sind sogar ganze Familien regelrecht ausgerottet worden, die nach Österreich auf Urlaub gekommen sind und von einem Verkehrsverbrecher in einen Unfall verwickelt wurden.

Ich darf also den Herrn Innenminister bitten, sich etwa für den Herbst doch einige gesetzgeberische Vorschläge zu überlegen, die zu noch drakonischeren Maßnahmen führen, als sie bisher vorgesehen wurden.

In das gleiche Kapitel gehört die allgemeine Unsicherheit, die sich immer mehr breitmacht. Der Herr Abgeordnete Czettel hat heute eine Statistik über die Zunahme der Kriminalität zur Kenntnis gebracht. Sie ist beunruhigend. Ebenso beunruhigend ist, wenn in der Bundeshauptstadt Wien Überfälle im Stadtgebiet stattfinden, die obendrein nicht geahndet werden können. Ich will nicht sagen, daß das die Schuld irgendwelcher Behörden ist, aber zweifellos ist die Unsicherheit auch in den inneren Bezirken Wiens außerordentlich gestiegen. Dabei nimmt der illegale Waffenbesitz immer mehr überhand. Ich habe mir in der vergangenen Gesetzgebungsperiode bei der Beratung des Waffengesetzes erlaubt, darauf hinzuweisen, daß Bestimmungen, die einen illegalen Waffenbesitz erschweren sollten, auf gesetzgeberischer Basis gar keinen Erfolg haben. Ich glaube, auch hier wird man den Besitz, den Erwerb, den Vertrieb, überhaupt alles, was mit illegalem Waffenbesitz zusammenhängt, schärfer ahnden müssen, als es bisher der Fall ist. Wenn man liest, daß sich jemand um 90 S im Hafen von Linz eine Pistole kauft und wenige Minuten später einen Mord begeht, kommt man doch darauf, daß hier etwas geändert werden muß! Denn solche Zustände sind unerträglich.

Meine Damen und Herren! Es ist still geworden um die Aufhebung der Sicherheitsdirektionen. Ich weiß nicht, ob der parlamentari-

sche Zustand, daß nämlich der Unterausschuß blockiert ist, die Ursache dafür ist. Ich möchte aber in diesem Zusammenhang das wiederholen, was wir bei der ersten Lesung des Bundesverfassungsgesetzes über die Aufhebung der Sicherheitsdirektionen gesagt haben. Wir Freiheitliche haben bereits bereit am 7. Dezember 1953 hier folgenden Antrag gestellt, der damals allerdings von beiden Koalitionsparteien niedergestimmt wurde:

1. Die Sicherheitsdirektionen werden aufgehoben, dafür werden aber in den Bundesländern die bestehenden Landesgendarmeriekommanden, ihre Erhebungsabteilungen sowie die Bundespolizeidirektionen oder Kommissariate in einheitliche Sicherheitsbehörden zusammengefaßt, denen auch die Obliegenheiten der bisherigen Sicherheitsdirektionen in den Ländern zu übertragen sind.

Wir haben als dritten Punkt dieses Antrages vorgesehen, daß die bisherigen Rechte und Befugnisse der Organe und Behörden der Landesverwaltung gewahrt bleiben.

Wir haben damals — und auch heute sind wir noch der gleichen Auffassung — diese Regelung für zweckmäßig erachtet, und wir glauben, daß die Aufhebung der Sicherheitsdirektionen, die ihr Entstehen einer autoritären, illegalen und verfassungswidrigen Ära verdanken, nicht länger aufgeschoben werden sollte, daß man aber gleichzeitig zur Bekämpfung der zunehmenden Kriminalität gewisse vereinheitlichende Maßnahmen auf dem Gebiete der Verbrechensbekämpfung einführen sollte.

So möchten wir unsere Anregung auf Schaffung eines einheitlich geführten, mit den modernsten Mitteln ausgestatteten Bundeskriminalamtes im Bereich des Ressorts des Inneren erweitern, damit nicht etwa durch Begrenzungen in den lokalen Zuständigkeiten hier Erschwerungen entstehen. Zwar erscheint dann vor dem Fernsehschirm ein hoher Funktionär der Sicherheitsexekutive und lobt die großartige „Zusammenarbeit“, dieses furchtbare Wort, das überall unwahr ist, wo es gebraucht wird. Wenige Stunden oder Tage später stellt sich heraus, daß das Ergebnis dieser „fruchtbaren Zusammenarbeit“ eine bedauerliche und lächerliche Blamage der Sicherheitsbehörden gewesen ist. Ich darf Sie nur an die Fälle von „Ditti“ und „Hundi“ erinnern, die sich im Bereich von Wien zugetragen haben. Es wäre besser, sich selbst weniger lobend zu erwähnen und weniger von „hervorragender Zusammenarbeit“ der Sicherheitsbehörden zu reden, als durch sachliche Maßnahmen eine einheitliche Führung der Verbrechensbekämpfung sicherzustellen.

Meine Damen und Herren! Ich darf einen Antrag, der vom Herrn Generalberichterstatter

886

Nationalrat XI. GP. — 13. Sitzung — 20. Juni 1966

Dr. van Tongel

zur Ablehnung empfohlen wurde, hier neuerlich stellen, weil ich glaube, daß es höchste Zeit ist, dieses Problem endlich zu regeln.

Seit dem Jahre 1929, seit der Schober'schen Verfassungsreform, ist die Schaffung eines Bundesgesetzes, durch welches die Befugnisse der Sicherheitsbehörden geregelt werden sollen, der österreichischen Bevölkerung verheißen worden. Bis zum heutigen Tage ist dieses Gesetz noch immer nicht geschaffen worden.

Ich habe schon bei der Debatte über die Sicherheitsdirektionen auf einige Grotesken hingewiesen. So ist nach einem Kaiserlichen Erlaß aus der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts die Tätigkeit der Bundespolizeidirektion Wien geregelt; also nicht einmal in einem Gesetz, auch nicht in einer Verordnung, sondern in einem Kaiserlichen Erlaß. Außerdem besteht der Unfug, daß zum Beispiel die Bundespolizeidirektion Wien in gleicher Weise erste und zweite Instanz ist, das heißt, daß also jemand, der von der ersten Instanz zu einer Verwaltungsstrafe verurteilt wird und dagegen rekurriert, wieder vor dieselbe Behörde kommt. Diese Behörde unterstreicht dann womöglich diese Groteske dadurch, daß sie die Strafe verdoppelt oder verdreifacht. Das ist dann der Effekt des Vorhandenseins von zwei Instanzen in einer Behörde, vielleicht sogar in einer Person; das wissen wir nicht.

Ich darf daher den Antrag stellen:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht, dem Nationalrat ehe baldigst den Entwurf eines Bundesgesetzes vorzulegen, durch welches die Befugnisse der Behörden auf dem Gebiete der Allgemeinen Sicherheitspolizei geregelt werden (Polizeiorganisationsgesetz).

Ich darf den Herrn Präsidenten bitten, für diesen Antrag die Unterstützungsfrage zu stellen.

Ich möchte zum Abschluß nur noch einige andere Fragen berühren, zunächst die Frage der Regelung der Rechtsstellung der politischen Parteien. Wir haben gehört, daß der diesbezügliche Bericht des Verfassungsdienstes des Bundeskanzleramtes demnächst in das Hohe Haus kommt. Vielleicht wäre es aber trotzdem zweckmäßig, wenn das Innenressort hier den Abgeordneten oder vielleicht den Klubs Studien darüber zuleiten würde, wie das Problem der rechtlichen Stellung der politischen Parteien in anderen Ländern geregelt ist. Es gibt Länder, wo es bereits moderne Parteiengesetze gibt.

Meine Damen und Herren! Ein weiteres Problem ist das Problem des verfassungsrechtlich geschützten Rechtes der Staatsbürger auf Versammlungsfreiheit. Die Staatsbürger dieser

Republik haben das Recht, sich in legaler Weise zu öffentlichen Kundgebungen zu versammeln, wenn sie die Bestimmungen des Versammlungsgesetzes einhalten. Ich habe — und das muß ich mit Genugtuung feststellen — den Herrn Innenminister Dr. Hetzenauer in der Sitzung des Finanz- und Budgetausschusses am 31. Mai dieses Jahres darüber befragt, ob er bereit sei, dieses Recht bis zum Letzten zu gewährleisten, das heißt, angemeldete und von der Sicherheitsbehörde zur Kenntnis genommene, legale Veranstaltungen legaler, genehmigter Vereinigungen von Staatsbürgern dieser Republik unter allen Umständen in ihrem rechtlichen Bestand und in ihrer zulässigen Abwicklung vor später erfolgenden terroristischen Störungen durch andere Gruppen zu schützen.

Der Herr Innenminister hat erfreulicherweise geantwortet, daß er diese Rechtsauffassung durchaus teile und bereit ist, solche Störungen zu verhindern und die angemeldeten legalen Veranstaltungen zu schützen. Er hat allerdings beigelegt, daß es Aufgabe der Sicherheitsbehörden sein würde, im Verhandlungswege hier Lösungen zu finden. Ich könnte mir folgendes vorstellen: Wenn die störende Gruppe, die Gegengruppe, eine namhafte Organisation ist, wäre eine solche Maßnahme zweckmäßig. Ich darf nur einen Präzedenzfall aus der Ersten Republik erwähnen: jene großen Kundgebungen in Wiener Neustadt von Heimwehr und Republikanischem Schutzbund, die eine Staatsführung damals — ich möchte sagen — in ihrer Gefährlichkeit entschärft hat, indem man die eine Kundgebung am Vormittag, die andere Kundgebung am Nachmittag durchführen ließ und dann beide auch noch durch ein entsprechendes Aufgebot von Sicherheitsorganen räumlich voneinander getrennt hat. Das war eine weise, staatsmännische Lösung eines derartigen Problems. Wenn also, wie gesagt, die zweite Gruppe so stark und so groß ist, sind derartige Besprechungen notwendig. Wenn die zweite Gruppe aber nur aus einigen Leitartiklern oder aus Komitees oder aus zahlmäßig wenig bedeutenden Körperschaften besteht und sich nur durch Vorspiegelung oder Behauptung angeblicher Tendenzen der genehmigten legalen Kundgebung bemerkbar macht und vielleicht über eine starke Pressepublizität verfügt — was ja noch nicht ein Beweis für Stärke ist —, dann scheint mir der Vorgang, Verhandlungen zu führen, nicht unbedingt notwendig oder gar zielführend zu sein.

Ich möchte daher meine Feststellung und die Antwort des Herrn Bundesministers für Inneres vom 31. Mai hier wiederholen und der Hoffnung Ausdruck geben, daß wir demnächst eine Bestätigung dieser Haltung des Innenministers werden verzeichnen können.

Dr. van Tongel

Zuletzt darf ich noch an den Herrn Bundesminister für Inneres die Einladung richten, dem Hohen Hause darüber Mitteilung zu machen, ob er bereit ist, jene Einrichtungen der direkten Demokratie, wie sie unter dem Begriff Volksabstimmung verstanden werden, auszuweiten, etwa in dem Sinne, wie sie das Wahlprogramm der Österreichischen Volkspartei im Jahre 1962 vorgesehen hat. Ich glaube, hier könnte man über die jetzigen Bestimmungen unserer Bundesverfassung hinaus noch Regelungen finden, wobei ich durchaus einräumen möchte, daß bei solchen Volksabstimmungen ein entsprechend fundierter Anlaß, eine entsprechend formulierte Fragenstellung, aber auch ein entsprechendes Quorum der Teilnahme die Gewähr geben muß, daß hier nicht etwa Zufallsmehrheiten eine Entscheidung herbeiführen können. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident: Es liegt der Antrag der Abgeordneten Dr. van Tongel und Genossen vor, den der Antragsteller verlesen hat. Der Antrag ist nicht genügend unterstützt. Ich stelle daher die Unterstützungsfrage und bitte jene Damen und Herren, die den Antrag unterstützen, sich von den Sitzen zu erheben. — Der Antrag ist nicht genügend unterstützt und steht daher nicht in Verhandlung.

Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Regensburger. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Regensburger (ÖVP): Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich befasse mich bei dem zur Beratung stehenden Kapitel mit dem Thema Zivilschutz. Altbundeskanzler Landeshauptmann Figl begrüßte zirka ein halbes Jahr vor seinem Ableben eine Veranstaltung des Österreichischen Zivilschutzverbandes mit folgenden Einleitungssätzen: „Sie haben sich heute zu einer Tagung zusammengefunden, die sich mit Fragen beschäftigen wird, um die leider Gottes noch immer sehr viele Landsleute am liebsten einen weiten Bogen herummachen möchten. Diese nicht sehr positive Einstellung wird nicht verhindern, daß jeder Österreicher heute oder morgen mit dem Problem eines wirksamen, modernen Zivilschutzes konfrontiert werden muß. Sorgen wir dafür, daß es dann nicht zu spät ist und ungeheure Opfer dafür gebracht werden müssen, weil man nicht rechtzeitig entsprechend vorgesorgt hat.“ — Worte, die an aktueller Bedeutung auch heute noch nichts verloren haben.

Wo findet nun die negative Einstellung beziehungsweise abwartende Haltung der österreichischen Bevölkerung im Hinblick auf den Aufbau eines wirksamen Zivilschutzes ihre Begründung? Nach meiner Ansicht erstens in der Meinung, es werde schon nichts passieren. Um diesen Irrtum etwas aufzuklären, darf

ich auf eine Forschungsstudie der Norwegischen Akademie der Wissenschaft hinweisen, durch die der Nachweis erbracht wird, daß in der Welt nur über verhältnismäßig kurze Zeiträume wirklich nichts passierte. Nach der Studie hat es seit 3600 vor Christus bis heute nur 292 Friedensjahre gegeben. Während dieser Zeitperiode von über 5500 Jahren ist es zu 14.531 großen und kleinen Kriegen gekommen, bei denen 3.640.000.000 Menschen ihr Leben lassen mußten. Für die durch Zerstörung entstandenen Kosten könnte man einen goldenen Reifen um die Erdkugel legen, der 156 Meter breit und 10 Meter stark wäre. Seit 650 vor Christus kam es zu 1656 Rüstungswettrennen, von denen nur 16 ohne Krieg endeten.

Zweitens glaubt die Bevölkerung, daß in Anbetracht der verheerenden Wirkung der modernen Waffen sowieso jeder Schutz illusorisch sei. Dieser Meinung sind auch wir geneigt, uns anzuschließen, wenn man liest, daß eine Megatonnen-Bombe eine Fläche von 75 km² vollkommen zerstört und eine 100-Megatonnen-Bombe 30.000 km² zerstört und alle Menschen innerhalb eines Kreises mit einem Radius von 100 km tötet.

Fachleute haben errechnet, daß bei der Explosion einer H-Bombe vom Bikini-Typ über München sich bei mäßigem Westwind, wie er in diesem Gebiet meistens herrscht, das ganze wie eine Zigarette entwickeln würde, die sich über das ganze Alpenvorland und das Donautal bis weit über Wien hinaus erstrecken würde.

Dabei warnen amerikanische Wissenschaftler noch davor, man solle nicht wie gebannt nur auf die nuklearen Möglichkeiten blicken und darob die ebenso großen oder noch größeren Gefahren und Möglichkeiten des biologisch-chemischen Krieges übersehen.

Der Sowjetoberst Milkowitsch äußerte sich anlässlich eines Vortrages an der Moskauer Akademie folgendermaßen: „Aus den Ergebnissen vergleichender Studien über die Verluste durch konventionelle Waffen, Giftstoffe und Atomenergie einerseits und die Verluste durch biologische Waffen andererseits geht hervor, daß ein biologischer Krieg die größte Wirkung haben würde.“

Und daß in einem künftigen Konflikt oder bei einem eventuellen Unglücksfall nicht nur militärische Kräfte in Mitleidenschaft gezogen würden, beweist folgende Tatsache: Während der Anteil der getöteten Zivilbevölkerung an den 9,8 Millionen Toten des ersten Weltkrieges noch 5 Prozent betrug, war er im zweiten Weltkrieg bei 52 Millionen Toten schon 48 Prozent. Im Korea-Krieg waren sogar 84 Prozent der 9,2 Millionen Toten Zivilisten.

Regensburger

Wenn ich vorhin neben „Konflikt“ auch das Wort „Unglücksfall“ gebraucht habe, so meine ich, daß das bloße Vorhandensein von Strahlungsmaterial und biologischen Kampfstoffen unter Umständen schon größte Gefahren in sich bergen kann. So wird von Zeit zu Zeit das Interesse der Öffentlichkeit durch irgendeine Information ganz außerhalb der militärischen Sphäre auf Zusammenhänge gelenkt, die vorerst nicht auf den ersten Blick erkennbar sein mögen, so wenn zum Beispiel ein Wissenschaftler, der in einem Laboratorium des Verteidigungsministeriums arbeitet, an Pest stirbt oder wenn sich aus Prozeßakten, wie es vor zwei Jahren vor einem Basler Gericht der Fall war, ergibt, daß gefährliches radioaktives Material wahrscheinlich sogar im freien Kauf erworben werden kann. Es handelte sich dazumal um ein Quantum von Kobalt 60, das ausgereicht hätte, ein kleineres Land fünf Jahre zu verseuchen.

Selbstverständlich gab es und gibt es auch keinen hundertprozentigen Schutz, und es wird ihn auch in Zukunft sicherlich nicht geben. Aber es gilt immerhin als erwiesen, daß ein Schutz möglich ist.

Im letzten Weltkrieg zeigte sich in Deutschland im Durchschnitt, daß in Städten mit guten Schutzbauvorkehrungen die Verluste während der gesamten Kriegsdauer etwa 1 bis 2 Prozent der Bevölkerung betragen; in Orten mit geringer oder fehlender Vorsorge stieg dieser Prozentsatz bis über 30. Ähnliche Untersuchungen wurden auch für Japan, wo nur mangelhafte Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung getroffen worden waren, durchgeführt. In Japan waren die Vorkehrungen im zweiten Weltkrieg nicht so umfassend wie in Deutschland. Die Gegenüberstellung ergibt infolgedessen, daß es in Deutschland während des zweiten Weltkrieges pro 100-Tonnen-Bombe 36 Tote gegeben hat und in Japan 500 Tote.

Der bekannte Atomwissenschaftler und Konstrukteur der amerikanischen Wasserstoffbombe Teller kommt bei seinen Studien zu dem Ergebnis, daß ohne Schutzbauvorkehrungen schon in den ersten Tagen eines globalen Atomkrieges Millionen Amerikaner ihr Leben lassen müßten. Er bestätigt jedoch gleichzeitig, daß bei Ergreifen ausreichender Schutzmaßnahmen ein Überleben des Großteiles der Bevölkerung selbst in einem totalen Krieg möglich ist.

Im Anschluß an die sogenannte FALLEX 1962 in der Bundesrepublik Deutschland wurden die Verluste ermittelt, die unter der Bevölkerung einer mittleren Stadt entstehen würden, wenn eine Kernwaffe mittlerer Größe, wie in der Übung angenommen wurde, im Stadtzentrum oder am Stadtrand explodierte.

Ohne bauliche Schutzmaßnahmen würden in beiden Fällen mehr als ein Drittel der Landbevölkerung und mehr als vier Fünftel der Stadtbevölkerung zugrunde gehen. Nur bei Grundschutzmaßnahmen, also bei Schutz gegen herabfallende Trümmer oder einstürzende Häuser und gegen radioaktive, chemische und biologische Einwirkungen würden die Verluste unter der Bevölkerung in der Umgebung statt ein Drittel nur noch 10 Prozent betragen. Im Stadtgebiet selbst würden sich die Verluste aber nur geringfügig vermindern, und zwar bei einer Detonation am Stadtrand um etwa 10 bis 20 Prozent, bei einer Detonation in der Stadtmitte nur mehr um etwa 5 Prozent. Stehen aber darüber hinaus im Stadtgebiet verstärkte Schutzräume zur Verfügung, dann würden bei einer Detonation am Stadtrand innerhalb der Stadt praktisch keine Verluste mehr eintreten, während bei einer Detonation in der Stadtmitte immerhin noch eine Verminderung auf weniger als die Hälfte derjenigen Verluste zu erreichen wäre, die bei Beschränkung auf den Grundschatz befürchtet werden müssen.

Drittens steht die Auffassung im Vordergrund, daß wir uns einen sinnvollen Zivilschutz überhaupt nicht leisten könnten. Bei einer Informationstagung für Zivilschutz in Graz wurde das Grundkonzept des Bundesministeriums für Inneres über ein österreichisches Schutzraumprojekt erörtert, wobei die Tatsache zutage trat, daß beim Bau von Schutzräumen statt großer Sammelbunker in den einzelnen Wohnhäusern strahlen- und gasdichte Kellerräume ausgebaut werden sollen und daß sich die Kosten dafür, wenn man einen Fünfjahresplan in Betracht zieht, auf zirka 6 Milliarden Schilling belaufen würden, ein Betrag, den wir sicher in den kommenden Jahren nicht werden aufbringen können.

Der Österreichische Zivilschutzverband verlangt in seinem Grundkonzept zur Frage des Aufbaues und Ausbaues des zivilen Bevölkerungsschutzes mindestens ein Zehntel der Budgetmittel, die für die Landesverteidigung insgesamt ausgegeben werden, also zirka 250 Millionen Schilling pro Jahr, eine Forderung, die doch als real zu bezeichnen ist. Der Budgetvoranschlag 1966 sieht für den Zivilschutz 7.695.000 S vor, also ein Tropfen auf den heißen Stein, zirka 1 S pro Kopf und Nase der Einwohner Österreichs.

Nach einer Statistik des Jahres 1963 geben Belgien pro Kopf 6,50 S, England 26,65, Amerika 45,50, Schweden 50,05, die Schweiz 65, Kanada 71,50 und die Bundesrepublik Deutschland 98,15 S aus.

Was ist aber mit den jetzt vom Bund und den Ländern uns zur Verfügung stehenden

Regensburger

Mitteln im Bereich des Zivilschutzes derzeit möglich? Nach meiner Ansicht:

- a) die Schaffung der gesetzlichen Bestimmungen überhaupt über „Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung“, denn der zivile Bevölkerungsschutz muß bundeseinheitlich aufgebaut werden, wobei die Ausführung der Maßnahmen selbst den Ländern in der Durchführung und in der Vollziehung überantwortet werden muß;
- b) die Aufklärung und die Schulung der Bevölkerung, die auch nicht allzuviel Geldmittel verschlingen würden;
- c) die Organisation des Selbstschutzes in den Wohnstätten und in den lebenswichtigen Betrieben;
- d) Strahlenschutzmaßnahmen;
- e) Erarbeitung von Baurichtlinien und sanitätsdienstlichen Anweisungen;
- f) Haushaltsbevorratung von geeigneten Nahrungsmitteln;
- g) Ausrichtung bestehender Verbände, wie Feuerwehren, Rotes Kreuz, Arbeiter-Samariterbund und so weiter, auf die zusätzlichen Aufgaben aus dem Zivilschutzbereich.

Gerade die Realisierung, das heißt die Zusammenführung und Koordinierung von bereits bestehenden Organisationen, möchte ich besonders unterstreichen. Wenn uns diese Koordinierung gelingt, würden wir sehen, welch gewaltigen Schritt nach vorne im Bereich des Zivilschutzes wir damit getan haben.

Die Feuerwehren in Österreich sind mit einigen zusätzlichen finanziellen Injektionen von Seiten des Bundes in der Lage, den Brandschutz und die Katastrophenhilfe im Rahmen des Zivilschutzes im vollen Umfange zu übernehmen.

Die einzelnen Bundesländer haben in die Feuerwehren über den Weg der Feuerschutzsteuer und in Form von Bedarfzuweisungen bereits enorme Summen investiert. Die Gemeinden Tirols haben in den letzten zwanzig Jahren rund 46 Millionen Schilling in Gerätehäuser investiert und für die Ausrüstung der Feuerwehren mit modernen Fahrzeugen und Geräten zusätzlich weitere rund 48 Millionen Schilling ausgegeben, wobei noch in den letzten zehn Jahren von Seiten des Landesfeuerwehrfonds eine Leistung von insgesamt 33.787.000 S erbracht wurde.

Wenn ich noch einige Zahlen über den Mannschaftsstand und über die Ausrüstung der Feuerwehren Österreichs nach dem Stand vom 30. Oktober 1963 bekanntgebe, werden Sie mir, meine sehr geehrten Damen und Herren, recht geben und mich verstehen, wenn ich behaupte, daß der österreichische Zivilschutz auf dem Sektor Brandschutz und Katastro-

phenhilfe bereits jetzt ein beträchtliches Niveau hat. Es bedarf nur noch einer materiellen Ergänzung und der Koordinierung.

Meine Ausführungen beinhalten auch den Appell an den Herrn Innenminister, die vorhandenen Mittel dort einzusetzen, wo bereits umfangreiche Voraussetzungen bestehen und dadurch der größte Effekt erreicht wird.

Die Feuerwehren in Österreich bestehen aus folgenden Mannschafts- und Materialständen nach dem Stand 30. Oktober 1963: 5093 Feuerwehren gibt es in Österreich, davon sind 4709 Freiwillige Feuerwehren, 378 Betriebsfeuerwehren und 6 Berufsfeuerwehren.

Der Mitgliederstand beträgt 166.000 Mann bei den Freiwilligen Feuerwehren, dazu kommen 11.700 Mann Betriebsfeuerwehr und 1500 Mann Berufsfeuerwehr, also zusammen 179.200 Feuerwehrmänner in Österreich.

An Geräten verfügen diese Feuerwehren über rund 440 Tanklöschfahrzeugen, 3400 sonstige Löschfahrzeuge, 6600 Tragkraftspritzen, 3500 km Druckschläuche, 60 Rüstfahrzeuge, 70 Rüstanhänger, 25 Kranfahrzeuge, 50 Beleuchtungsfahrzeuge, 200 Auspumpgeräte, dazu Zillen, Sturmboote, Schlauchboote, Tauchgeräte, und fast in jedem Bezirk sind jetzt ein oder mehrere Funkgeräte vorhanden.

Wenn nun jemand der Meinung sein sollte, daß die Feuerwehr nur im Brandgeschehen ihren Mann zu stellen vermag, dem führe ich noch einige Leistungen im Zusammenhang mit der Hochwasserkatastrophe 1965 an.

Nach den Erhebungen waren in den Bundesländern Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Tirol und Vorarlberg mehr als 70.000 freiwillige Feuerwehrmänner im Hochwassereinsatz. Ihre Gesamtleistung betrug rund 736.000 unentgeltliche Arbeitsstunden. Die Feuerwehren haben durch ihre Tätigkeit wesentlich zur Verringerung des Schadens beigetragen. Als Beispiel hiefür mögen die in Osttirol vorgenommenen Erhebungen dienen, die allein für dieses Gebiet durch die Feuerwehren verhinderte Schäden im Wert von 180 Millionen Schilling ergaben. Im Burgenland waren 5000 freiwillige Feuerwehrmänner mit 224 Feuerwehrfahrzeugen im Einsatz, wobei 30.000 Arbeitsstunden geleistet wurden. In Kärnten waren es 277 Einsatzstellen mit 4090 freiwilligen Feuerwehrmännern und 58.166 geleisteten Arbeitsstunden. Genau solche und ähnliche Leistungen wurden auch in Niederösterreich erbracht, wo 220 Funkgeräte tätig waren und 200.000 Sandsäcke verlegt wurden, 500 Stück Großvieh evakuiert wurden und durch Feuerwehrmänner 17 Lebens-

Regensburger

rettungen und 5 Totenbergungen durchgeführt wurden. In Tirol waren 131 Feuerwehren im Hochwassereinsatz. Dabei wurden von 6291 freiwilligen Feuerwehrmännern 128.144 Arbeitsstunden geleistet. Davon waren in Nordtirol 90 Feuerwehren und in Osttirol 41 Feuerwehren im Einsatz, wobei die Feuerwehren von Osttirol zwei Todesopfer zu beklagen hatten.

Ich glaube, daß es eine stolze, wenn auch im Zusammenhang mit dem Geschehen manchmal traurige Bilanz ist, und ich danke all denen, die bisher gewillt waren und auch noch in der Zukunft gewillt sind, dort zu helfen, wo Leben, Gesundheit, Hab und Gut in Gefahr stehen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Jungwirth. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Jungwirth (SPÖ):** Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Kollege Hartl hat sich schon in seinen Ausführungen mit dem Personalproblem beschäftigt, und auch ich möchte mich mit diesem für die Exekutive so wichtigen Problem nun kurz auseinandersetzen. Es steht außer Zweifel, nein es ist eine geschichtliche Tatsache, daß die Exekutivbeamten in den schweren Nachkriegsjahren die größten Opfer für die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit und den Wiederaufbau unseres Vaterlandes geleistet haben. Allein 140 Tote und 900 Verletzte sind seit 1945 bei den Gendarmeriebediensteten zu beklagen. Es gibt keinen Berufsstand in Österreich, der so große Opfer für unser Vaterland gebracht hat. (*Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner übernimmt den Vorsitz.*)

Ich muß aber gleichzeitig mit Bedauern feststellen, daß Bundeskanzleramt und Finanzministerium den berechtigten Forderungen der Exekutive bislang nicht das nötige Verständnis entgegengebracht haben. Ich darf daran erinnern, daß man bei Erstellung des Gehaltsgesetzes 1956 die Exekutive in ungerechter Weise in das Schema der allgemeinen Verwaltung eingestuft hat, obwohl hiezu jegliche Vergleichsbasis fehlte. Man hat versucht, mit bescheidenen Zulagen eine Besserstellung zu erreichen. Auch bei den Verhandlungen über das Gehaltsgesetz 1956 war es nicht möglich, die ungerechte und schlechte Bewertung der Dienstleistung vor allem der Eingeteilten zu beseitigen. Minister Czettel hat im vorigen Jahr aus eigener Initiative im Einvernehmen mit dem Finanzministerium für die W 3-Bediensteten zweifelsohne akzeptable Teilfolge erzielen können.

Wir Sozialisten sind der Meinung, daß ein neues Gehaltsgesetz die Aufwertung des Exekutivdienstes bringen müßte. Wir haben

in unseren Nachbarländern Beispiele zur Genüge, die beweisen, daß es möglich war, diese Probleme einer befriedigenden Lösung zuzuführen. Diese Forderung der Exekutivbediensteten ist zweifellos berechtigt, denn allein die schwere Grundausbildung — sie dauert bei der Gendarmerie 16 Monate, bei der Polizei zwei Jahre — erfordert große Konzentration der Beamten, aber auch eine Überwindung dieser jungen Menschen, denn sie sind für diese Zeit kaserniert und können nur jedes zweite Wochenende frei bekommen.

Die strenge Ausbildung ist sicherlich im Interesse dieses wichtigen Zweiges des öffentlichen Dienstes nötig. Wir wissen aber auch auf Grund der Lehrpläne, daß jeder Exekutivbedienstete Jurist und gleichzeitig Spezialist sein muß. Ihm obliegt nicht nur die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, Ruhe und Sicherheit, sondern auch die Mitwirkung und die Erhebung bei allen Verwaltungsakten der Behörden. Jeder einzelne Sicherheitswachebeamte muß in der Lage sein, jedes Straf- oder verwaltungsrechtliche Delikt sofort richtig zu beurteilen. Hierzu kommt noch ein bedeutendes und umfassendes Wissen und eine genaue Kenntnis aller Rechtsvorschriften. Zum Beispiel dient die Anzeige eines Beamten bei jedem Strafverfahren als Hauptbeweismittel bei Gericht.

Gestatten Sie mir, Herr Minister, Ihnen einige vordringliche und berechtigte Wünsche der Gendarmerie und Polizei zur Kenntnis zu bringen und Sie allen Ernstes zu ersuchen, bei den kommenden Verhandlungen mit dem Bundeskanzleramt und dem Finanzministerium auf deren Erfüllung zu drängen.

Als ungerecht empfinden die Exekutivbediensteten, daß man ihnen nicht die Möglichkeit gibt, die im § 33 Abs. 3 des Gehaltsgesetzes festgelegt ist, der lautet: „Für Beamte der Verwendungsgruppen E, D und C kann eine Beförderung in die Dienstklasse III frühestens zwei Jahre vor der Zeitvorrückung in diese Dienstklasse erfolgen.“ Leider müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß es im Exekutivdienst keinen einzigen Beamten gibt, dem man bis jetzt diese gesetzliche Möglichkeit zugesprochen hätte. Höchstens ein halbes Jahr vor der Zeitvorrückung gewährt das Bundeskanzleramt das diesen Bediensteten. Wir verlangen in diesem Falle die Gleichheit vor dem Gesetz gegenüber allen übrigen Bediensteten der öffentlichen Verwaltung.

Das Qualifikationsrecht hat Kollege Hartl bereits angeschnitten. Auch wir sind der Meinung, daß das Qualifikationsrecht, das bereits seit 1914 in Kraft ist, schon längst überholt und nicht mehr zeitgemäß ist. Wunsch der Bediensteten der Exekutive ist: Sofern

Jungwirth

der Beamte, der die Qualifikationen durchführt, eine Verschlechterung der Dienststellung eines Beamten beabsichtigt, sollte er diesen Beamten davon verständigen und ihm in einer angemessenen Frist die Möglichkeit, sich zu bessern, geben.

Auch das Disziplinarstrafrecht müßte einer Änderung unterzogen werden. Es sieht überhaupt keine Tilgung und keine bedingte Verurteilung des Bediensteten vor. Wenn einem Exekutivbediensteten einmal etwas passiert ist, hat er nach 30 Jahren noch immer in seinem Personalakt das Disziplinarverfahren stehen. Jeder andere Rechtsbrecher hat nach einer gewissen Zeit die Möglichkeit der Tilgung seiner Strafe.

Weiters wird gerügt, daß sehr strenge Strafen vor allem mit Vorrückungshemmung und Kürzung bis zu 10 Prozent der Bezüge auf drei Jahre ausgesprochen werden. Ich möchte auch hier die berechtigte Frage stellen: Was müßte ein Privater verbrochen haben, um von einem ordentlichen Gericht zu so einer harten Strafe verurteilt zu werden?

Herr Kollege Hartl hat auf das Massapauschale verwiesen. Aber ich glaube, Herr Kollege Hartl, das Problem ist nicht allein damit zu lösen, daß man die Exekutivbediensteten in eine gemeinsame Uniform steckt. Das Problem liegt beim Finanzministerium, wo man sich seit Jahren vehement weigert, das Massapauschale zu erhöhen. Auch hier haben wir für die erste Zeit, Herr Minister — und ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen —, eine Mindestforderung, die analog der Forderung der zeitverpflichteten Soldaten des Bundesheeres vorgeht. Diese bekommen zum Unterschied von den Exekutivbeamten die Uniform umsonst, aber außerdem noch jährlich — man nennt es so schön — eine Forterhaltungsgebühr im Betrag von 2000 S. Den Exekutivbediensteten gibt man ein Massapauschale und ein Kleideräquivalent von 1293 S, und er muß sich außerdem seine Uniform noch selbst kaufen. Ich glaube, diese bescheidene Forderung, Herr Innenminister, wäre sicherlich gerechtfertigt und bei den nächsten Budgetverhandlungen ins Auge zu fassen.

Noch eine Bitte an Sie, Herr Minister, und ich hoffe, daß das Sozialprogramm, das Ihr Vorgänger Innenminister Czettel den öffentlich Bediensteten für das Jahr 1966 gegeben hat, nicht dasselbe Schicksal und Los erfährt wie die Aktion „Leben hat Vorrang“. Denn hier, glaube ich, ist zweifelsohne die Möglichkeit gegeben, im Rahmen der finanziellen Mittel des Innenministeriums Beträge für dieses Sozialprogramm bereitzustellen.

Der erste wichtige Punkt dieses Sozialprogramms ist die Wohnbauförderung. Auch hier, Herr Minister, habe ich einen konkreten und, wie ich glaube, konstruktiven Vorschlag. Es existiert ein Fonds, der sich Stadtweiterungsfonds nennt, der aus den Verkäufen von Häusern gespeist wird und dessen Stiftung besagt, daß diese Mittel wiederum zum Bau von Wohnungen für die Exekutivbediensteten bereitgestellt werden sollen. Ich bitte Sie daher, Herr Minister, mit dem Herrn Finanzminister in Verbindung zu treten und dafür Sorge zu tragen, daß diese 20 Millionen Schilling aus dem Stadtweiterungsfonds herausgenommen und für den Bau von Wohnungen bereitgestellt werden.

Auch die Kulturförderung nach diesem Sozialprogramm ist eine unbedingte Notwendigkeit. Ihre Weiterführung ist sicherlich zu erwägen. Bildungsbelohnungen in der Höhe von 500 bis 2000 S sollen ab 1. Jänner 1966 den Bediensteten bezahlt werden, die sich bereit erklären, die Matura, die Beamtenmatura, die Verwaltungsdienstprüfung B und C und so weiter, zu machen. Wie notwendig das ist, beweist die Mitteilung, die mir gemacht wurde, daß es bei der Bundespolizeidirektion Wien nur einen einzigen Vollmaturanten gibt. Hier wäre die Grundlage einer Nachwuchsförderung dieser Bediensteten gegeben. Wir bitten Sie, Herr Minister, zu prüfen, ob es nicht möglich wäre, bis zur Erstellung eines neuen Gehaltsgesetzes für die W 3-Bediensteten — ein erster Anfang wurde, wie ich bereits erwähnt habe, gemacht — dieser Tatsache durch eine Erschwerniszulage im Sinne des § 19 Abs. 2 Gehaltsgesetz 1956 analog den Bestimmungen der Erschwerniszulage für Stenotypistinnen Rechnung zu tragen.

Und nun zu einem äußerst wichtigen Problem — auch Kollege Hartl hat kurz darauf hingewiesen —, wie es nun einmal bei der Exekutive das Nachwuchsproblem ist. Die Zahlen, die genannt wurden, geben uns zu denken und lassen uns dieses Problem äußerst ernst und dringlich erscheinen. Wir wissen, daß die Sicherheitswache Wien zurzeit einen Fehlbestand von 600 Bediensteten hat. Gegenüber dem Jahre 1947 weist dieser Exekutivkörper einen Fehlbestand von 1900 auf. Trotzdem fühlt sich das Bundeskanzleramt jedes Jahr bemüßigt, Dienstposten zu streichen mit der Begründung, daß man ohnedies keine Bediensteten bekommt. Wir wissen, daß nur 15 Prozent dieser Bediensteten weniger als 30 Jahre alt sind, jeder vierte Polizeibeamte in Wien hat ein Alter zwischen 52 und 60 Jahren. Bei der Kriminalpolizei sieht es nicht besser aus. Hier sind 53 Prozent der Bediensteten über 50 Jahre alt. Es ist

Jungwirth

äußerst bedauerlich, daß es bisher trotz verschiedener Werbeaktionen nicht gelungen ist, die Jugendlichen, die sich zur Grundausbildung bereit erklärt hatten, auch zu halten, denn von 30 in diese Grundschulen Eingerückten schieden jedesmal wieder 15 aus.

In diesem Zusammenhang, Herr Minister, möchte ich gleich einen Entschließungsantrag vorlegen. Herr Kollege Hartl, Sie haben ähnliche Gedanken entwickelt, Sie können sich diesem Antrag, der Sofortmaßnahmen beinhaltet, anschließen, um den jungen Menschen vielleicht doch mehr Anreiz zu geben, in diesen öffentlichen Dienst einzutreten. Der Antrag lautet:

„Das Nachwuchsproblem bei Gendarmerie und Polizei gibt zu ernsten Besorgnissen Anlaß. Allein im Bereich der Polizeidirektion Wien ist trotz bisherigen Werbeaktionen ein Fehlbestand von 600 Bediensteten zu verzeichnen. Um diesen Dienst attraktiver und anziehender zu gestalten, sind Sofortmaßnahmen ein unbedingtes Erfordernis, sollte nicht die öffentliche Sicherheit in einem Maße gefährdet werden, das nicht mehr zu verantworten wäre.“

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher den nachfolgenden

Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Bundesminister für Inneres wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß

1. im Sinne des Wehrgesetzes 1955 § 29 Abs. 2 lit. a Absolventen der zweijährigen Schule für den provisorischen Gendarmerie- und Polizeidienst von der Ableistung des ordentlichen Präsenzdienstes befreit werden.“ Denn sie genießen ja in dieser Zeit eine ausreichende, auch waffliche Grundausbildung. „Diese Befreiung vom ordentlichen Präsenzdienst soll nur dann gelten, wenn sich die Absolventen zum Eintritt in den Gendarmerie- oder Polizeidienst verpflichten.“

2. — das wurde von den jungen Menschen auch nicht für gerecht befunden — „Gleichzeitig sollen Mittel bereitgestellt werden, um den Besuchern dieser Grundschulen die kostenlose Beistellung von Quartier und Verpflegung zu gewährleisten.“

Auch eine gewisse Lockerung der Kasernierung wäre ins Auge zu fassen. Vielleicht ist es dann möglich, mit diesen sicherlich tauglichen Mitteln den zu ernster Besorgnis Anlaß gebenden Fehlbestand abzudecken.

Ich erlaube mir aber, im Namen meiner Fraktion noch einen zweiten Entschließungsantrag, betreffend die Erleichterung des Zuganges zum Chargenkurs für dienstführende Beamte der

Wachkörper der Sicherheitswache und die Vermehrung der Dienstposten in W 2, einzubringen. Wir wissen, Herr Minister, daß Bedienstete, die den Willen und auch das Zeug dazu haben, diese Chargenschule zu besuchen, jahrelang warten müssen, bis sie endlich darankommen. Denn es können nur so viele darankommen, als jeweils leitende Posten freiwerden. Auch hier haben wir uns erlaubt, einen Entschließungsantrag einzubringen. Ich bitte wiederum den Kollegen Hartl, dem ja das Problem sicherlich vertraut sein wird, sich diesem Antrag anzuschließen. Der Antrag lautet:

Der Bundesminister für Inneres wird ersucht:

1. Den Zugang zum Chargenkurs für dienstführende Beamte unabhängig von der augenblicklich vorhandenen Anzahl von Dienstposten in W 2 für alle hiefür geeigneten Beamten zu eröffnen und

2. bei den kommenden Verhandlungen für die Erstellung des Dienstpostenplanes dafür zu sorgen, daß die Anzahl der Dienstposten in W 2 systematisch derart erhöht wird, daß in Zukunft jeder Beamte der Wachkörper der Sicherheitsexekutive unabhängig von seiner Dienstverwendung dann in die Verwendungsgruppe W 2 aufsteigen kann, wenn er auf Grund seines Dienstalters, seines Dienstrangalters, seiner Dienstbeschreibung und der erfolgreichen Absolvierung der Chargenschule die Voraussetzungen hiefür erfüllt hat.

Den dienstführenden Beamten soll eine ausreichende Zulage gewährt werden.

Ich bitte das Hohe Haus, auch diesem Antrag zuzustimmen.

Vom Können und Fachwissen, von der Gewissenhaftigkeit und vom Pflichtbewußtsein der Exekutivbeamten hängt jährlich das Schicksal vieler tausender Menschen unserer Republik ab. Dafür gebührt zweifelsohne ihnen allen unser aufrichtiger Dank. Aber Dank allein genügt in diesem Falle nicht. Wir wissen alle, daß ein zufriedener Exekutivwachkörper der beste Garant für die Aufrechterhaltung der inneren Ruhe, Ordnung und Sicherheit ist. Da dieses Budget auf dem Personalsektor unseren Intentionen nicht entspricht, lehnen wir es ab. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dipl.-Ing Waldbauer: Die beiden Entschließungsanträge des Herrn Abgeordneten Jungwirth sind genügend unterstützt und stehen zur Debatte.

Als nächstem Redner erteile ich der Frau Abgeordneten Wondrack das Wort.

Abgeordnete Gertrude Wondrack (SPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich

Gertrude Wondrack

muß Ihre Aufmerksamkeit nun auf ein anderes Gebiet lenken, und zwar auf die Preisentwicklung in den letzten Wochen. Hier hat sich etwas breitgemacht, das in der Bevölkerung mit Recht Unruhe hervorruft. Es genügt uns nicht, wenn der Herr Landwirtschaftsminister hier versichert hat, daß der Bedarf ausreichend gesichert sei, und wenn gesagt wird, daß der Herr Innenminister alles prüfen und vorkehren wird, um diese vor allem für die arbeitenden Menschen, für die Pensionisten und Rentner dieses Landes so bedauerliche Entwicklung abzustoppen.

Ich werde Ihnen einige Beispiele davon bringen, was sich auf dem Preissektor getan hat. Ich werde nicht von den Preisen für die „Gustostüberln“, wie sie im Volksmund genannt werden, sprechen, sondern ich werde Ihnen einige Beispiele von solchen Nahrungsmitteln bringen, die bestimmt nicht für sich in Anspruch nehmen können, daß sie für verwöhnte Gau men gedacht sind.

So ist beispielsweise der Preis für Kraut und Erdäpfel von 1958 bis 1966 um 216 Prozent gestiegen, von 1964 bis 1966 allein um 50 Prozent. Das sind wahrlich keine Nahrungsmittel, von denen man sagen könnte, daß sie kein Essen für die arbeitenden Menschen sind. (Abg. Lola Solar: *Da war noch ein anderer Innenminister!*)

Nun möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf den Fleischsektor lenken. Der Fleischpreis hat gerade in der letzten Zeit wieder eine Entwicklung genommen, die zu großer Aufregung Anlaß gegeben hat. Wir haben heute vormittag eine Sitzung gehabt, wo Vertreter aus ganz Österreich anwesend waren, und ich kann Ihnen gar nicht schildern, wie sehr die Arbeitnehmer gerade aus dem westlichsten Bundesland darüber ungehalten sind, daß ihre Preise immer mehr davonlaufen. Wir lesen es ja auch in den Zeitungen.

Ich möchte hier auch eine Fleischsorte herausgreifen, von der man so gerne behauptet, daß sie heute nicht mehr gekauft wird: das viel-gelästerte Bauchfleisch. Der Preis für Bauchfleisch ist von 1964 bis 1966 um 21,3 Prozent gestiegen, aber allein von der 23. auf die 24. Woche dieses Jahres ist eine Preissteigerung von 5,6 Prozent eingetreten, obwohl gleichzeitig der Lebendviehpreis, zwar nur um ein paar Groschen, aber immerhin, im gleichen Zeitraum um 49 Groschen pro Kilogramm gesunken ist.

Wenn ich mir nun vorstelle, daß eine Hausfrau für ihre Familie ein Menü herstellt — das ist bestimmt etwas, was man in Österreich ganz gern isst —, das aus Bauchfleisch, Kraut und Erdäpfeln besteht, dann hat sie für dieses Menü im März 1966 im Vergleich zum März

1958 um rund 33 Prozent und im Vergleich zum März 1964 um 14,5 Prozent mehr zu zahlen.

Ich möchte auch dem Hohen Haus mitteilen, daß wir nicht einmal genug von diesem gelästerten Bauchfleisch in unserem Lande erzeugen, daß sogar noch jährlich — wie die Fachleute uns versichern — hunderte Tonnen eingeführt werden müssen. (Abg. Minkowitsch: *Bauchfleisch?*) Man sagt so gern, daß wir Haushfrauen nur nach den Gustostüberln greifen. Man vergißt aber, daß Österreich ein Fremdenverkehrsland ist und daß es manchmal besonderer Protektion bedarf, um überhaupt ein solches besonderes Stück beim Fleischhauer zu bekommen. Diese Gustostüberln bekommen die Hotels und das Gastgewerbe, denn es gehört auch mit zum Fremdenverkehr, daß wir unseren Gästen das Beste bieten.

Ich möchte nun noch einen Blick auf die Preisentwicklung beim Rindfleisch werfen, nicht beim Lungenbraten, sondern bei den besonderen Stüberln, bei den sogenannten teuren ... (Abg. Minkowitsch: *Eine Zwischenfrage: Was verstehen Sie unter Gustostüberln?*) Nicht Vorderes, sondern Hinteres, Sie wissen es ohnehin. (Abg. Minkowitsch: *Bitte, ganz konkret!*) Ich darf Ihnen sagen, daß wir Lungenbraten in Wien sehr schwer bekommen. (Abg. Minkowitsch: *Man braucht besondere Beziehungen, um ihn zu bekommen? Aber wo!*) Da muß man wirklich beim Fleischhauer schon ganz besonders gut angeschrieben sein. Man muß den Lungenbraten vorher bestellen, weil man ihn im freien Handel meistens gar nicht bekommt.

Aber nun ein paar Worte zum Rindfleisch. Und auch hier ist nicht der Lungenbraten, sondern Vorderes mit Zuwaage vom März 1958 bis März 1966 um 36,3 Prozent gestiegen. Allein von der 23. auf die 24. Woche wurden die unteren Preise, also die Mindestpreise, um 6 bis 10,5 Prozent erhöht. Nun können Sie sagen: Aber es gibt ja auch noch andere Fleischwaren, die man im Haushalt verwenden kann, um eine Mahlzeit herzustellen. Wenn ich im Handbuch der Arbeiterkammer nachsehe, das hier ja einige Male zitiert wurde — ich glaube, vom Herrn Abgeordneten Machunze —, dann kann ich feststellen, daß beispielsweise auch die Preise der Innereien von 1958 bis 1965 um 35,5 Prozent gestiegen sind.

Sie werden sich fragen, warum ich gerade die Preise der Jahre 1958 und 1965 vergleiche. Ich tue dies deshalb, weil der Herr Präsident Wallner hier von dieser Stelle aus Vergleiche angestellt hat zwischen der Bezahlung von Professionistenstunden in den Jahren 1958 und 1965. Ich möchte feststellen, daß er

894

Nationalrat XI. GP. — 13. Sitzung — 20. Juni 1966

Gertrude Wondrack

dankenswerterweise selbst gesagt hat, daß nicht alles, was als Professionistenstunde verrechnet ist, wirklich Lohn ist, sondern daß in diesem Betrag auch noch alles mögliche andere enthalten ist, auch der Anteil, der dem Meister und dem Arbeitgeber zusteht. Das alles ist auch in dem Entgelt für diese Stunde enthalten. Es geht den Arbeitern vielfach so, wie es den Bauern geht. Sie stellen fest, daß sie manches verrechnen müssen, daß manches der Kunde bezahlen muß, was ihnen selber nicht zugute kommt.

Ich möchte mir bei dieser Gelegenheit einen kleinen Ausflug auf den Lohnsektor erlauben. Ich habe vor noch nicht allzu langer Zeit als Beisitzer bei einem Arbeitsgericht fungiert. Damals war eine Verhandlung für eine Heimarbeiterin anhängig. Der Richter hat damals dieser Frau gesagt: Ich verstehe nicht, daß Sie in diesem Beruf um diesen Lohn noch arbeiten. Ergreifen Sie doch einen anderen Beruf, denn es ist nicht zu fassen, daß es heute noch Menschen gibt, die um diesen Lohn ihre Arbeit verrichten.

Ich war heute vormittag — wie ich Ihnen gesagt habe — bei einer Sitzung, in der über Lohnabschlüsse berichtet wurde, die für die Jahre 1966 und 1967 von der Gewerkschaft abgeschlossen werden. Ich darf Ihnen einige Lohnsätze zitieren: Handstrickerin: Stundenlohn bis 1. September 1966 5 S, ab 1. September 1966 5,60 S; Maschinstrickerin — es handelt sich hier um Heimarbeiterinnenlöhne —: bis 1. September 1966 6 S, ab 1. September 1966 6,70 S. Die für die österreichische Wirtschaft berühmten Petitpoint-Stickerinnen, die die wunderschönen Taschen erzeugen, die wir in den Auslagen bewundern, bekommen eine 12prozentige Lohnerhöhung und werden ab 1. September 1966 einen Stundenlohn von 4,50 S haben.

Im Waldviertel gibt es einen eigenen Heimarbeitszweig, der seit 1960 eine 106prozentige Lohnsteigerung zu verzeichnen hat. Dieser Zweig wird noch eine 11prozentige Lohnerhöhung dazubekommen, und zwar ab 1. Juni 1967. Dann ist der Stundenverdienst — Sie werden es nicht glauben — 2 S. Das sind die Handzirknöpferzeiger. (*Abg. Dr. Mussil: Dann sollen sie halt weggehen!*) Ja, meine sehr Verehrten, das kann man vielleicht von hier aus sehr leicht sagen, aber wenn sie im Waldviertel ihre Heimat haben und nicht mobil sind, das heißt, nicht ihren Heimatort und ihre nähere Umgebung verlassen können, dann sind sie eben darauf angewiesen.

Ich wollte Ihnen das nicht als ein Beispiel für alle geben, aber ich wollte die Aufmerksamkeit des Hohen Hauses doch darauf lenken (*Abg. Lola Solar: Wo ist denn das im Wald-*

viertel? Sie müssen konkret sagen, wo das ist!), daß es in unserem Lande auch solche Lohnempfänger noch immer gibt. Daß wir sie nicht als das Beispiel anführen, das mögen Sie daraus entnehmen, daß wir so nicht die niedersten und die ... (*Abg. Gram: Da soll die Gewerkschaft etwas machen!*) Es sitzt in Ihrer Reihe auch ein Kollege, den ich als Zeugen anrufen werde. Er wird mir das bestätigen. Hier muß man sehr behutsam sein, denn man muß auch wissen, daß man gerade den Ärmsten der Armen diesen Verdienst nicht wegnehmen kann. Aber wir müssen in unserer Einstellung im gesamten wissen, daß es so etwas auch in unserem Wohlfahrtsstaate Österreich heute noch gibt und daß deshalb die Preisentwicklung ein besonderes Kapitel in unserem Lande ist.

Ich möchte Ihnen aus unseren Berufszweigen sagen, daß es in unserem Land noch immer Nettoverdienste von 1400 und 2000 S für Betriebsarbeiter für vollen Einsatz bei Prämien und Akkordlöhnen gibt. (*Unruhe bei ÖVP und SPÖ.*) Ja, ich weiß, das löst Debatten aus, aber Sie können sich die Unterlagen jederzeit von der zuständigen Gewerkschaft der Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter beschaffen. Es sind in Ihren eigenen Reihen Kollegen, die sogar selbst einmal in dieser Funktion gearbeitet haben. Ich möchte hier vor allem auch die Frau Sozialminister als Zeugin aufrufen, die Ihnen das vollinhaltlich bestätigen wird.

Wenn also auf dem Preissektor etwas geschieht, dann trifft es gerade diese Gruppen besonders hart. Sie können uns glauben, daß wir als Arbeitnehmer an stabilen Preisen besonders interessiert sind, denn die Lohnempfänger und die Pensionisten hinken immer hinten nach, und es dauert immer lange, bis sie das wettgemacht haben, was sie auf dem Preissektor verloren haben. Diese Entwertung unserer Währung trifft vor allem die kleinen Leute, auch die kleinen Sparer, die es trotz der Bankzinsen hinnehmen müssen, daß ihre sauer verdienten und sauer ersparten Groschen jährlich an Wert verlieren. Der einfache Mensch draußen sagt sich: Da stimmt doch etwas nicht.

Wenn wir von Preisen sprechen, dann möchte ich Ihnen sagen, daß es auch die Landwirtschaft nicht versteht, wie es in unserem Lande zugeht, daß sie selber für ihre so schwere Arbeit, die mit viel Risiko verbunden ist, nur so bescheidene Preise erzielt. Ich darf hier für mich persönlich sagen: Ich kenne diese Arbeit, die Eltern meiner Mutter sind aus Niederösterreich, meine Mutter ist dort aufgewachsen, und ich habe meine Kindheit immer wieder draußen auf dem Lande verbracht. Ich weiß, wie schwer es ist, bis aus

Gertrude Wondrack

den Saaten wirklich Lebensmittel werden. Wie soll es der Landwirt verstehen, daß er für die Produkte seines Fleißes oft einen wahrlich sehr bescheidenen Preis erhält? Ich denke an den Salatpreis. Der Bauer hat für ein Häuptel 30 Groschen erhalten zu einem Zeitpunkt, wo der Konsument noch 1,50 S und 2 S bezahlen mußte. Und dann muß er noch lesen, daß das Ergebnis seines Fleißes vernichtet wird! Heuer war es Salat, ein anderes Mal ist es etwas anderes.

Aber unsere Landwirte, unsere Bauern sehen auch, wenn sie beispielsweise einmal zur Messe kommen, welche Preise wir für die Ware bezahlen. Dann vergleichen sie und stellen fest, daß sie bei Schweinen einen Lebendviehpreis von 15 bis 16 S pro Kilogramm bekommen, während wir Konsumenten 60, 64 und 65 S bezahlen müssen.

Es wäre so schön, wenn die Bauern und die Konsumenten einander ein bißchen näher kämen! (*Beifall des Abg. Ing. K. Hofstetter.*)

— *Abg. Kern:* Das wäre sehr begrüßenswert! *Da sind wir ganz Ihrer Meinung, Frau Kollegin!* Ich kann dem Herrn Landeshauptmann Dr. Hartmann nur beipflichten, der als Generalanwalt der Genossenschaften den Ausbau der vertikalen Integration bis zum Konsumenten verlangt hat.

Ich möchte gleich feststellen, daß ich volles Verständnis für die Aufgabe des Handels habe und daß dem Handel die Leistungen auch honoriert werden sollen. Der Handel sollte aber auch die Aufgabe übernehmen, den Erzeuger über den zu erwartenden Bedarf zu informieren, den Absatz zu sichern, damit uns solche Exzesse der Vernichtung von Lebensmitteln, die uns alle besonders hart treffen, in Zukunft erspart bleiben. Wir finden in keinem Teil der Bevölkerung Verständnis, wenn wir eine solche Wirtschaft betreiben, denn, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind in Österreich nicht reich genug, um uns das leisten zu können. Wir sollten unsere größte und wichtigste Aufgabe darin sehen, daß wir die von uns erzeugten Güter bestmöglich verbrauchen und dem Konsumenten zuführen. (*Abg. Dr. Mussil:* Die Konsumvereine sind um keinen Groschen billiger!) Wenn Sie sagen, die Konsumvereine sind nicht billiger, dann könnte ich genauso feststellen, daß gerade in der Salatmisere die Konsumvereine eine sehr dankenswerte Aufgabe übernommen haben. (*Beifall bei der SPÖ.*) Sie waren nämlich die einzigen, die zu diesem Zeitpunkt zwei Häuptel Salat um 90 Groschen verkauft haben, zu einem Zeitpunkt, wo leider — leider, muß ich sagen — der Handel nicht diese Aufgabe gesehen hat.

Ich habe, wie ich begonnen habe, gehört, daß sich der Innenminister nicht ganz zuständig fühlt, und wir haben auch schon einige Male gehört, daß der Landwirtschaftsminister und daß andere Ressorts zuständig seien, daß man die Kompetenzen geändert hat. Ich darf Ihnen sagen: Uns hier in diesem Haus können Sie sicherlich sagen: Das fällt nicht in jene Kompetenz, und das fällt nicht in diese Kompetenz. Aber dem Konsumenten draußen wird es ziemlich egal sein, in wessen Kompetenz diese Fragen fallen. Der Konsument wird fragen: Was geschieht auf diesem Sektor? Ich muß, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, auf einen Wahlschlager Ihrer Partei hinweisen; Sie haben nämlich im Jahre 1962 erklärt: Seit die Sozialisten stärker sind, steigen die Preise! Ich muß sagen: Die Preise sind zu keinem Zeitpunkt stärker gestiegen als in den Jahren 1965 und 1966, und wir Sozialisten mußten im Jahre 1965 jenes Budget ablehnen, das noch weitere Preisauftriebstenzen gebracht hätte.

Nun wird allerdings dieses preisseigernde Budget über die Bühne gehen, und es wird höchste Zeit, daß Sie erkennen, daß die Bevölkerung draußen nicht fragen wird, in wessen Kompetenz, in welche Ministerkompetenz diese Angelegenheit fällt. Die österreichische Bevölkerung wird sich sagen: Der Herr Bundeskanzler hat sehr schöne Reden gehalten. Er wird dafür verantwortlich sein. Sollte er sich als nicht zuständig erklären, dann werden Sie, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, als Österreichische Volkspartei für diese Preisentwicklung letzten Endes die Verantwortung allein tragen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbauer: Als nächster Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Steininger das Wort. (*Abg. Doktor Gorbach:* Das ist ein lustiger Kampl! Scharf, Steininger? — *Abg. Steininger:* Werden wir sehen!)

Abgeordneter Steininger (SPÖ): Hohes Haus! Bei Kapitel 9, Inneres, sieht man laut Teilheft, daß im Voranschlag für das Jahr 1966 gegenüber dem Jahr 1965 Kürzungen vorgenommen wurden, so zum Beispiel beim Flugrettungsdienst, beim Zivilschutz und ganz besonders bei der Bundespolizei und bei der Bundesgendarmerie.

Der Dienst der Bundesgendarmerie und der Bundespolizei wird daher nach diesem Budget nicht mehr so exakt ausgeführt werden können wie in den vergangenen Jahren. Der Dienst bei der Exekutive wird daher für den einzelnen Beamten wesentlich erschwert werden.

Steininger

Lassen Sie mich zum Beispiel aus der Vielfalt des Gendarmeriedienstes nur die wichtigsten Daten aufzeigen. In einem Jahr wurden 107.567 Anzeigen wegen Verbrechen, Vergehen und Übertretungen gemacht. 277.579 Anzeigen wegen Verwaltungsübertretungen wurden ebenfalls getätig. Über Aufforderung der Gerichte wurden 169.412 und über Auftrag der Verwaltungsbehörden 1.206.932 Amtshandlungen durchgeführt.

Man könnte, meine sehr geehrten Damen und Herren, noch weiter fortfahren, aber schon aus diesen Zahlen ist zu ersehen, welche gewaltige Aufgabe das österreichische Gendarmeriekorps in einem Jahr geleistet hat. Dies war nur möglich, weil in den vergangenen Jahren die Beamten auch mit den nötigen technischen Hilfsmitteln ausgerüstet wurden. So betrug der Stand der Kraftfahrzeuge bei der Bundesgendarmerie per 31. Dezember 1965 1774. Dazu kamen noch 1866 Motorfahrräder und 46 Motorboote. Im Jahre 1965 wurden 90 Funkpatrouillenwagen der Type VW 1500, 34 VW-Exportlimousinen, 18 VW-Kleintransporter, 5 VW-Pritschenwagen, 30 Steyr-Puch 700 und 1 PKW Fiat 1100 beschafft.

In Österreich sind aber ungefähr 600 Gendarmeriedienstposten noch nicht mit Kraftfahrzeugen ausgestattet. Eine Erweiterung des Motorisierungsstandes ist aber nach diesem Budget 1966 nicht möglich.

Ich möchte auf den Funkpatrouillendienst hinweisen. Auf diese Tätigkeit der Gendarmerie und Polizei, die sehr verantwortungsvoll ist, muß man hinweisen, denn dadurch wurde gerade auf dem Gebiete der Verkehrssicherheit sehr viel Unheil abgewendet.

Um den Dienst der Bundesgendarmerie und der Bundespolizei noch schlagkräftiger zu machen, hat der frühere Innenminister Czettel ein Kraftfahrzeuganschaffungsprogramm für die Jahre bis 1968 ausarbeiten lassen. In diesem Programm war der Ausbau der Endstufe des Patrouillendienstes vorgesehen — hiezu waren noch 70 VW 1500 Variant erforderlich —, zweitens die Ausstattung von Gendarmerieposten mit Patrouillenwagen. Die größeren Gendarmerieposten, es sind etwa 100, sollten noch mit dem VW 1200 ausgerüstet werden. Für die alpinen Einsatztruppen bestand noch ein Bedarf von 28 Kraftfahrzeugen. Es waren aber auch noch 6 geländegängige Funkkommandowagen mit entsprechender Ausrüstung erforderlich. Weiters würden auch die Autobahnaußendienste der Verkehrsabteilung für ihren Dienst noch Kraftfahrzeuge benötigen.

Es ergibt sich daraus, daß nach diesem Plan in der Zeit von 1966 bis 1968 folgende Beträge im Budget bereitgestellt werden

sollten: als jährliche Erneuerungsrate 12 Millionen Schilling, als jährliche Anschaffungsrate 5 Millionen Schilling, das ergibt als Gesamtrate 17 Millionen Schilling.

Aber nicht nur der Kfz-Stand ist zu erneuern und zu vergrößern, auch die technische Erneuerung, die Vermehrung der Zahl der Funkgeräte für Polizei und Gendarmerie ist unbedingt erforderlich. Es war vorgesehen, 100 mobile und 100 stationäre UKW-Funkgeräte anzuschaffen, 100 Verstärker für 100 VW-Variant; eine Funksprechvermittlung, Fernsprechanlagen und 5 Notstromaggregate sollen dazu beschafft werden.

Die Ausstattung der Gendarmerie und der Polizei mit Kraftfahrzeugen wird hier in diesem Hohen Hause wohl niemand verneinen.

Wir verlangen mit Recht von unserer Exekutive, daß sie nicht nur für Ruhe und Ordnung sorgt, wir verlangen auch, daß sie in Katastrophenfällen — hier möchte ich ganz besonders die Hochwasserkatastrophen anführen — schnellstens an Ort und Stelle ist und der Bevölkerung Hilfe leistet.

Ich frage nun, Herr Minister: Wie sollen unsere Gendarmerie- und Polizeibeamten ihren schweren Dienst ordnungsgemäß verrichten, wenn man ihnen durch Nichtbereitstellung der erforderlichen technischen Mittel die Möglichkeit dazu nimmt? Wenn das Gendarmerie- und Polizeikorps nicht ausreichend mit technischen Mitteln versorgt wird, so wird die Arbeitskraft des Beamten auch nicht rationell eingesetzt.

Bei einer größeren Technisierung bei Gendarmerie und Polizei könnte man auch daran gehen, die Wochenarbeitszeit der Beamten zu reduzieren. Auch die Beamten der Exekutive, Herr Minister, haben ein Recht darauf, daß ihre Arbeitszeit so wie in den anderen Berufen verringert wird. Das ist aber nur möglich, wenn eine noch bessere technische Ausrüstung vorhanden ist. Bessere Arbeitsbedingungen werden aber auch für junge Menschen den Dienst bei der Exekutive anziehender machen.

Der vorliegende Budgetentwurf zeigt aber, daß eine große Summe dem Sparstift zum Opfer gefallen ist. Es kann also die weitere Technisierung nicht mehr so fortgesetzt werden wie bisher.

Meine Damen und Herren! Ich erlaube mir, dem Hohen Hause einen Entschließungsantrag vorzulegen, und ersuche Sie, auch diesem Antrag Ihre Zustimmung zu erteilen.

Der Entschließungsantrag lautet:

Der frühere Bundesminister für Inneres hat im Jahre 1965 ein Anschaffungsprogramm für Kraftfahrzeuge und Nachrichten-

Steininger

wesen für die Bundesgendarmerie für die Zeit von 1966 bis 1968 ausarbeiten lassen. Dieses Programm sah im Interesse der Öffentlichkeit, aber auch im Interesse der Polizei- und Gendarmeriebeamten den Ausbau der Motorisierung und des Fernmeldewesens vor.

Im einzelnen waren für diesen Zeitraum folgende wichtige Anschaffungen geplant:

- 70 VW-1500-Variant,
- 100 VW-1200,
- 50 Steyr-Puch 700 C,
- 28 Steyr-Puch-Haflinger Geländewagen,
- 6 Volvo-Laplander, Funkkommando-wagen, hiezu Funk- und sonstige Aus-rüstung,
- 6 Steyr-Fiat 2300 Station,
- 3 VW-Kleintransporter,
- 13 VW-Kleintransporter.

Die unterzeichneten Abgeordneten sind der Meinung, daß diese Initiative im Interesse der öffentlichen Sicherheit fortgesetzt werden müßte, und stellen daher nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Bundesminister für Inneres wird aufgefordert, das Anschaffungsprogramm für Kraftfahrzeuge und Nachrichtenwesen der Bundesgendarmerie in vollem Umfang for-zuzsetzen.

Hohes Haus! Ich kann und will die Debatte über das Kapitel Inneres nicht vorübergehen lassen, ohne in aller Ruhe ein paar Feststel-lungen zu einer unerfreulichen Angelegenheit zu machen.

Ich habe im Finanzausschuß den Herrn Bun-desminister Hetzenauer über die Ausstellung eines Reisepasses für Otto Habsburg befragt. Der Herr Bundesminister hat darauf geant-wortet, daß er in dieser Angelegenheit in den nächsten Tagen eine Entscheidung treffen werde.

Diese Auskunft war in zweifacher Hinsicht unrichtig:

Erstens wurde diese Entscheidung nicht in den „nächsten Tagen“ gefällt, sondern der Rechtsvertreter Otto Habsburgs war schon wenige Stunden später im Besitz des vom Innenminister ausgestellten Reisepasses.

Zweitens hat der Herr Bundesminister für Inneres, wie Bundeskanzler Klaus in Beant-wortung einer dringlichen Anfrage zugeben mußte, den Ministerrat schon viele Tage vorher über die Absichten bezüglich Otto Habsburg in Kenntnis gesetzt.

Den Nationalrat irrezuführen, Hohes Haus, ist ein schweres Delikt, auf das die Öffentliche-

keit mit Recht sehr empfindlich reagiert hat. Der Herr Bundesminister für Inneres möge sich nicht wundern, daß er bei der sozialisti-schen Opposition durch seine Haltung jede Glaubwürdigkeit und jeden Kredit verloren hat. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Im übrigen ist auch der Widerspruch zwi-schen den Ausführungen des Herrn Finanz-ministers und des Herrn Bundeskanzlers zur Vermögensfrage sehr unbefriedigend. Während der Herr Finanzminister in einer offiziellen Erklärung feststellte, daß Otto Habsburg keinerlei Ansprüche auf Vermögenswerte be-sitze, erklärte der Herr Bundeskanzler hier im Hohen Haus, daß über allfällige Vermögens-ansprüche Otto Habsburgs die Gerichte zu ent-scheiden haben. (*Abg. Mitterer: Wo ist da ein Widerspruch?*) Ziehen Sie, meine Damen und Herren, nicht aus der Tatsache, daß die Sozialisten trotz des herausfordernden Verhal-tens des Herrn Innenministers in der Habsburg-Frage um äußerste Disziplin und Zurück-haltung bemüht waren, den falschen und ver-hängnisvollen Schluß, daß sich die Regierung auf diesem Gebiete alles erlauben kann und auf die Sorgen, auf die Bedenken und auf die Gefühle der arbeitenden Menschen in keiner Weise Rücksicht zu nehmen braucht!

Meine Damen und Herren! Ich komme nun zum Schluß. Das Kapitel Inneres zeigt, wie ich ausgeführt habe, daß es gerade in den wichtigsten Teilen eine Kürzung ertragen mußte, daß zum Beispiel bei Gendarmerie und Polizei — wie ich ebenfalls ausgeführt habe — der Dienst nicht mehr so exakt durchgeführt werden kann, für die Beamten wesentlich schwieriger wird. Und dies alles zum Nachteil der Bevölkerung Österreichs!

Daher kann unsere Fraktion diesem Kapitel die Zustimmung nicht geben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbunner: Der Ent-schließungsantrag des Herrn Abgeordneten Steininger ist genügend unterstützt und steht zur Debatte.

Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Kunst das Wort.

Abgeordneter Ing. Kunst (SPÖ): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Her-ren! Gestatten Sie, daß ich, bevor ich mich der Gruppe IV zuwende, eine Richtigstellung vornehme. Die beiden Tiroler Abgeordneten Leitner und Regensburger haben mich anläßlich der letzten Haussitzung einer unrichtigen Äußerung bezichtigt. Ich stelle fest, daß ich diese Äußerungen, die die beiden Abgeordneten erwähnt haben, nicht getan habe. Ich weiß nicht, was sie dazu verleitet hat, diesem Haus gegenüber eine solche Äußerung in dieser Form

Ing. Kunst

abzugeben. Ich kann mir das nur so erklären, daß die Herren Abgeordneten entweder nicht in der Lage sind, einen klaren Zwischenruf, den (*auf die Tische der Stenographen zeigend*) unsere Korrespondenten, die meine Heimatsprache nicht so gut verstehen, voll und ganz mitbekommen haben, aufnehmen und verarbeiten konnten, zu verstehen, dann sind sie aber als Abgeordnete zu bedauern. Sollte aber diese Äußerung bewußt eine Verdrehung meines Zwischenrufes und daher eine Verleumdung darstellen, so möchte ich mich ganz energisch dagegen verwahren. Ich möchte sagen: Falls die Herren Abgeordneten vielleicht in Tirol bei irgendwelchen Tagungen diese Äußerung wiederholen sollten, würde ich mich genötigt sehen, sie einer Lüge zu bezichtigen.

Ich hoffe, daß damit diese Angelegenheit erledigt ist und daß ich mich nun dem Kapitel selbst zuwenden kann. (*Abg. Dr. van Tongel: Können Sie diesen Zwischenruf auf deutsch wiederholen anstatt in der Heimatsprache, damit ihn die Andersgläubigen auch verstehen? — Heiterkeit.*)

Der Innenminister ist nicht nur zuständig für die Sicherheit des einzelnen Staatsbürgers, sondern gleichzeitig auch die oberste Preisbehörde. Die Preise sind aber in diesem Staat, in der ganzen Wirtschaft und in der Welt einer der wichtigsten Faktoren. Sie bestimmen nicht nur den Lebensstandard und beeinflussen die Währung, sondern sie sind auch für die Vollbeschäftigung außerordentlich wichtig.

Die Österreichische Volkspartei hat anlässlich der Wahl den Wählern versprochen, daß sie für die Schilling-Stabilität und für die Erhaltung der Kaufkraft des Schillings eintritt. Dazu muß ich als sozialistischer Abgeordneter sagen: Die Worte hört' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube! (*Abg. Prinke: Das hat schon ein anderer gesagt!*) Sicher hat das ein anderer gesagt, aber es trifft da ganz besonders zu.

Ich beneide den Herrn Innenminister nicht um sein Ressort. Er ist mir als Gewerkschaftsfunktionär im Lande Tirol gut bekannt und hat sehr häufig mit mir und anderen Funktionären des Landes bei der Landesregierung vorgesprochen, damit Maßnahmen ergriffen werden, um Preiserhöhungen aufzufangen und überhöhte Preise zurückzuführen. Er wird es jetzt als zuständiger Minister außerordentlich schwierig haben, den Wählern klarzumachen, daß die ÖVP für die Kaufkraft des Schillings ist. Denn er hat ja selbst so wie die anderen Mitglieder der christlichen Gewerkschaftsfaktion und als Abgeordneter hier in diesem Hause für die Erhöhung des Benzinpreises, des Dieselölpreises, des Heizölpreises, der Personen- und Frachttarife bei der Bahn mitstimmen müssen

und hat dadurch zum Ausdruck gebracht, daß die Österreichische Volkspartei den Spitzenreiter unter den Preiserhöhern darstellt.

Ich möchte sagen: Sie werden es schwieriger haben, es dem ÖAAB klarzumachen, daß es nicht leicht ist, Ihre Fraktionskollegen im Wirtschaftsbund dazu zu bringen, eine vernünftige Wirtschaftspolitik in diesem Lande zu betreiben, die nicht nur für Sie allein als eine Personengruppe gilt, sondern auf das ganze Volk ausgerichtet ist.

Die Demokratisierung in der Wirtschaft ist bei weitem nicht so weit fortgeschritten, wie wir Konsumenten und Arbeitnehmer uns das vorstellen. In der Preisgestaltung hat die breite Masse des Volkes, haben die Konsumenten — dazu zähle ich vor allem auch die Bauern — fast überhaupt kein Mitspracherecht. Die Versuche der Sozialisten, unsere Wirtschaft für den großen Wirtschaftsraum vorzubereiten und ihr die Möglichkeit dazu zu geben, sind meistens nur spärlich befolgt worden. Alle Vorschläge und alle Maßnahmen, die wir ergriffen haben, wurden nicht so durchgeführt, wie wir uns das denken.

Ich möchte Sie an die kritische Zeit unter Präsident Böhm erinnern, wo es die sozialistische Fraktion und der ganze Gewerkschaftsbund waren, welche die Lohn-Preis-Abkommen abgeschlossen haben. Es war wohl so, daß die Vereinbarung unterschrieben wurde, aber die Tinte war noch gar nicht trocken, dann sind die Preise davongeeilt, und die Gewerkschaft mußte sehen, wie sie für die Arbeitnehmer einen Ausgleich erkämpft. Später hat man dann die Paritätische Kommission, die Lohnunterkommission geschaffen, und man war dafür, daß die Wirtschaft eine vernünftige Preisgestaltung macht, damit die Unternehmer langfristig investieren können und wir uns gegen die große, schwere Konkurrenz im Ausland durchsetzen.

All diese Maßnahmen hat der Wirtschaftsbund nicht in der Form eingehalten, wie wir uns das als Sozialpartner vorstellen. Sie haben die Möglichkeit, die Preise nach oben allein zu gestalten, mit allen Mitteln ausgenützt, und es müßte daher dazu kommen, daß wir die sogenannte freie Marktwirtschaft in Österreich endlich einmal einführen, von der die Herren der ÖVP soviel reden. (*Abg. Altenburger: Aber in der Preisunterkommission sitzt unser Kollege Staribacher!*)

Es müßte zum Beispiel das Rabattgesetz beseitigt werden, das die freie Konkurrenz gar nicht zuläßt. Sie alle, meine Abgeordneten, wissen ja: Wenn heute ein Händler eine vernünftige Wirtschaftspolitik macht und sagt: Ich verzichte auf einen Teil meines übertrieben großen Gewinnes (*Heiterkeit bei der ÖVP*), und

Ing. Kunst

er gibt mehr als 3 Prozent Rabatt, kann er von seinem Kollegen wegen unlauteren Wettbewerbes angezeigt werden. Er kann dann dafür sogar noch bestraft werden. Und Sie alle wissen ja, daß man sehr leicht beim Einkauf von elektrischen Artikeln 30 bis 35 Prozent bekommt und daß man auch bei anderen Dingen ganz gewaltige Rabatte bekommen kann, wenn man diese Möglichkeiten hat.

Ich möchte dazu sagen: Diese Art der Wirtschaftspolitik, die wir hier betreiben, ist nicht richtig! Es müßte daher zu einer Demokratisierung der Wirtschaft kommen, in der die Konsumenten ein größeres Mitspracherecht bekommen.

Die Preisgestaltung ist wirtschaftlich gesehen aber auch sehr entscheidend für unsere devisenbringenden Betriebe. Ich möchte dabei auf das Kapitel Fremdenverkehr kommen und muß feststellen, daß wir Tiroler stolz sind, daß wir in einem so schönen, netten Land wohnen und daß so viele Ausländer nach Österreich und ganz besonders nach Tirol kommen und daß wir in der Lage sind, auf diese Art und Weise die passive Handelsbilanz durch die Einnahmen aus dem Fremdenverkehr wieder besser zu gestalten. Es ist ja bekannt, daß wir zirka 40 Prozent der gesamten Deviseneinnahmen in Tirol erbringen. Wenn aber die Preisgestaltung in den Tiroler Fremdenverkehrsbetrieben so anhält, wie sie derzeit ist, dann habe ich ernste Bedenken, daß einmal dieser Fremdenzustrom nach Tirol versiegen wird. Es ist beschämend, wenn wir im vergangenen Jahr feststellen mußten, daß aus einem Tal Omnibusse mit Plakaten weggefahren sind: „Nie wieder Zillertal! Nie wieder Tirol!“ Es soll eine Mahnung sein, die Preisgestaltung im Fremdenverkehrssektor nicht zu übertreiben, da wir sonst gesamtvolkswirtschaftlich großen Schaden erleiden können.

Und nun zum Kapitel Landwirtschaft. Wir Sozialisten sind Freunde der Bauern (*demonstrative Bravorufe und Heiterkeit bei der ÖVP*), und wir haben das bewiesen, indem wir immer dafür eingetreten sind (*Abg. Minkowitsch: Dann können Sie mit uns das Landwirtschaftsgesetz verlängern!*), daß man den Bauern aus Budgetmitteln Milliardenbeträge zur Förderung der Landwirtschaft und zur Stützung der Preise auch im Interesse der Konsumenten gewährt. (*Abg. Kern: Auch im Interesse der Konsumenten! So ist es!*) Nicht einverstanden sind wir Sozialisten und, ich glaube, damit das ganze Volk, in welcher Form diese Milliardenbeträge verwendet werden. (*Beifall bei der SPÖ*.) Niemand würde es verstehen, daß wir in Österreich den Klein- und Mittelbauern verhältnismäßig geringe Subventionen für Getreide und Milch geben (*Abg. Kern: Das sind keine Subventionen, das sind Stützungen,*

Herr Kollege!) und daß wir auf der anderen Seite hunderte Millionen Schilling verwenden, die Überproduktion an Butter und an Getreide anders zu gestalten. (*Abg. Kern: Jetzt wird es wieder fad!*) Es wird Ihnen fad, meine Herren Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei, aber die Wähler wissen genauest, um was es geht! (*Abg. Kern: Ja eben, darum haben sie ja so gewählt! — Heiterkeit und demonstrativer Beifall bei der ÖVP*.) Sie mögen es als langweilig empfinden, daß tausende Kilogramm Butter um 20 S ins Ausland verkauft werden und daß hunderte Millionen Schilling zur Stützung solcher Exporte verwendet werden müssen, während die österreichischen Hausfrauen die Butter um 40 S kaufen müssen. (*Abg. Kern: Herr Kollege! Fragen Sie einmal oben bei den Steyr-Werken, wie das mit den Steyr-Traktoren ist, was die Bauern für einen Steyr-Traktor in Österreich bezahlen müssen und wie teuer ein Steyr-Traktor ins Ausland verkauft wird! Dasselbe wäre ungefähr auch am Beispiel Stickstoffwerke zu erfragen!* — *Ruf bei der SPÖ: Aber die kriegen keine Subvention!* — *Abg. Czettel: Das war schon ein Zwischenroman!*)

Die Steyr-Werke, meine Herren Abgeordneten, bekommen keine Subvention vom Staat! Sie bekommen eine Exportförderungszulage, wenn sie exportieren wie jeder andere Wirtschaftszweig. (*Abg. Tödling: Das ist keine Subvention?*) Die Exportförderungszulage kriegen die Exporteure außerdem noch, wenn sie exportieren. (*Abg. Tödling: Und was ist mit dem Zollschatz?*)

Aber die andere Frage: Getreide. Auch hier kann es niemand verstehen, weder der Bauer noch der Konsument, daß man das Getreide subventioniert und daß man die Überproduktion von tausenden Tonnen dann dazu verwendet, sie mit Chemikalien zu verseuchen und als Kraftfutter den Bauern zu geben oder sie mit den Ostblockländern gegen anderes Kraftfutter auszutauschen. Dafür haben wir Sozialisten kein Verständnis, und die falsche Verwendung dieser Gelder müßte geändert werden. (*Abg. Kern: Eine Verseuchung ist das?* — *Abg. Steiner: Die Bauern werden verseucht?*) Das ist eine Verseuchung, wenn man Lebensmittel durch Chemikalien dem menschlichen Genuss entzieht. (*Abg. Dr. Gorbach: Diese Auslegung stimmt nicht ganz!*)

Ich möchte dann im weiteren zu dem Problem Handelsspannen Stellung nehmen und möchte sagen, daß in Österreich sehr viel zu ändern wäre. Gerade seitdem Sie die Wahlschlacht gewonnen haben, stellen wir fest und stellen alle Hausfrauen fest, daß täglich immer mehr Artikel teurer werden. Der Großhandel nützt die Situation nach den Wahlen zu seinen

900

Nationalrat XI. GP. — 13. Sitzung — 20. Juni 1966

Ing. Kunst

Zwecken in einer Form aus, die volkswirtschaftlich auf das schärfste zu verurteilen ist. (*Abg. Staudinger: Welcher Großhandel?*) Meine Kollegin hat bereits erwähnt, daß der Großhandel zum Beispiel zehntausende Köpfe Salat angekauft und den Bauern dafür nur 10 Groschen gegeben hat und diese Fuhren dann sofort auf den Misthaufen gebracht hat, damit er den Salatpreis hoch gestalten kann. (*Abg. Mayr: War das die GÖC?*) In derselben Zeit hat in Tirol das Häuptel Salat 3,50 S gekostet (*Hört! Hört!-Rufe bei der SPÖ*), als der Produzent von seinem Großabnehmer 10 Groschen erhalten hat. Solche Methoden sind auf das schärfste zu verurteilen.

Es ist bekannt, daß der Zwischenhandel in einer Form auftritt, die zu verwerfen ist. Wir Sozialisten sind für eine gerechte Verteilung, und wir erkennen die Funktion des Handels richtig an zwischen Produzenten und Konsumenten. Wir wehren uns aber ganz energisch dagegen, daß dieser Zwischenhandel immer mehr und mehr aufgebläht wird und damit nicht nur preissteigernd wirkt, sondern auch eine Gefährdung unserer Arbeitsplätze darstellt. (*Abg. Staudinger: Herr Kollege Kunst! Sie haben eine Ahnung vom Markt! Kommen Sie nachher zu mir, unterhalten wir uns ein bissel darüber!*) Ich werde mich nicht privat mit Ihnen unterhalten, sondern hier in diesem Hohen Haus, in dem die ganze Bevölkerung Österreichs ab und zu die Möglichkeit hat, zuzuhören. Da ist die Unterhaltung wesentlich interessanter. (*Abg. Mayr: Ich hätte eine Frage: Ist der Konsum billiger als alle anderen Unternehmungen? — Abg. Czettel: Natürlich!*)

Bezüglich der Fleischpreise möchte ich auch etwas sagen. Seit Jahren ist es bekannt, daß der Bauer für seine harte Arbeit — er muß ja, bis er so ein Vieh verkaufen kann, sich zwei Jahre lang plagen, wenn er das Glück hat, daß ihn nicht eine Krankheit letzten Endes um den ganzen Erfolg bringt — bisher als Produzent kaum mehr erhalten hat. Was aber der Konsument zu zahlen hat, das ist unerhört, und das beträgt ein Hundertfaches von dem, was man den Bauern gibt. (*Abg. Mitterer: Übergetitelt „Bauernfängerei“!*) Wir im Tirol haben ganz besonders darunter zu leiden. Wir haben viele Fremde und spüren daher diese Preisgestaltung am meisten. Wenn bei uns ein Kilogramm Schnitzelfleisch bereits den Preis von 90 S erreicht hat, so werden wir, wie man aus der gestrigen Zeitung entnehmen konnte, nur mehr von den Vorarlbergern, die bereits 100 S pro Kilogramm zahlen müssen, übertroffen. Ich kann feststellen, daß wir in Tirol „olympische“ Preise haben.

Dabei ist es nicht nur so, daß die Gusto-stückeLn allein teurer geworden sind, sondern

alle Sorten Fleisch sind teurer geworden, aber auch die Wurst ist teurer geworden. Dabei hat aber die Qualität nicht zugenommen, sondern sie ist wesentlich schlechter geworden. (*Zwischenruf des Abg. Dipl.-Ing. Hämmerle.*) Die Metzger sind allmählich daraufgekommen, daß es ja gar nicht festgelegt ist, was man in die Würste überhaupt hineingeben muß, und wenn man jetzt zum Beispiel bei uns ein Würstel isst, dann braucht man gar kein Brot mehr dazu zu essen, denn da ist soviel Mehl und sind soviel andere Zutaten drinnen, daß sich das komplett erübrigts. (*Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Dr. Gorbach: Jetzt sag nur noch, daß du kein Bier brauchst, weil soviel Wasser drin ist! — Heiterkeit bei der ÖVP.*) Meine Herren, wenn die Konsumenten wüßten, wieviel Blutplasma und andere Mittel man in die Würste hineingeben kann und wie reichlich man davon Gebrauch macht, dann wären sie erschüttert.

Aber auch die Hartwürste haben sich bei uns geändert. Früher war es üblich, daß ein Bergsteiger in Tirol sich einen Landjäger gekauft hat, mit dem im Rucksack er dann stundenlang in der Sonne gegangen ist und sich gefreut hat, wenn er dann plötzlich bei einer Rast diesen Landjäger herausgenommen hat, wenn er hineingebissen hat, und er hat einen guten, harten Landjäger gehabt, der gekracht hat, wenn man hineingebissen hat. Will man heute so einen Landjäger essen und tut man ihn aus dem Rucksack raus, dann ist er eine runde Wurscht, weil die Rindsfetten inzwischen geronnen ist, und es sind soviel Flaxen und soviel andere scharfe (*Abg. Dr. Gorbach: Ingredienzen!*) Gewürze drin, daß man gar nicht mehr spürt, was da drinnen ist.

Wenn man zum Beispiel eine Schinkenwurst kauft, dann kauft man eigentlich im Prinzip eine Extrawurst, bei der als „Sondermeldung“ so ein Stückele Schinken als Ader durch die Wurst wandert. Das ist die Qualität, mit der man heute versucht, den Konsumenten zu übertölpeln. (*Abg. Dr. Gorbach: Kauft im Konsum!*)

Meine Damen und Herren! Ich bin der Meinung, daß wir uns in Österreich diese Sprünge nicht leisten können. (*Ruf bei der ÖVP: Hendel essen!*) Wir Sozialisten haben immer gesamtvolkswirtschaftlich das nötige Verständnis aufgebracht. Wir haben diese Wirtschaft nach dem zweiten Weltkrieg aus den Trümmern aufgebaut (*Zwischenruf bei der ÖVP: Ihr!*) und hatten in der damaligen Zeit den Mut gehabt, den Arbeitnehmern zu sagen: Trotz Hunger, schlechter Wohnverhältnisse und schlechter Bekleidung müssen wir auf unseren gerechten Lohnanteil verzichten,

Ing. Kunst

damit die von den Bomben zerstörten und von den Besatzungstruppen ausgeplünderten Betriebe wieder aufgebaut werden können. Wir haben dem Handel die Möglichkeit großer Gewinnspannen gegeben, weil er bei seinem kleinen Umsatz die leeren Lagerhallen füllen mußte. Es ist aber bekannt, daß in unserer Wirtschaft jährlich über 50 Milliarden Schilling investiert werden, von denen man in der Diskussion über Lohn und Preis überhaupt nicht spricht, obwohl diese vielen Milliarden letzten Endes doch eine gewaltige Vermehrung des Gewinnes, des Besitzes der einzelnen Unternehmer darstellen. (*Ruf bei der ÖVP: Gewinn und Vermögen! — Abg. Kulhanek: Jetzt wird bald das Traummännlein kommen! — Heiterkeit.*) Ich möchte Sie bitten: Wenn Sie in den Zeitungen und Diskussionen soviel reden, man kann die Forderungen der Arbeitnehmer nur auf die Produktivität abstimmen, denken Sie an jene Zeit zurück, in der die Produktivität um 100 und mehr Prozent gestiegen ist! Damals haben Sie gesagt: Ihr müßt trotzdem auf euren berechtigten Lohnanteil verzichten. Jetzt erwarten wir in der Situation, in der die Wirtschaft sich nicht mehr so rasch aufwärtsentwickelt, daß die Herren des Wirtschaftsbundes in der ÖVP auch eine vernünftige Wirtschaftspolitik machen und nun auf einen Teil dieser überberechneten großen Gewinne (*Heiterkeit bei der ÖVP*) zugunsten der Gesamtwirtschaft verzichten.

Ich möchte daher an Sie alle, meine Abgeordneten, den Appell richten, mit den Sozialisten für eine vernünftige Preisgestaltung zum Wohle der ganzen Bevölkerung in Österreich zu wirken. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Peter: Ökonomierat wird er, aber Kommerzialrat nicht! — Heiterkeit.*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Als nächster Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Mondl das Wort.

Abgeordneter Mondl (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Gestatten Sie mir, daß auch ich mich im Zusammenhang mit dem § 3 mit dem Zivilschutz in Österreich beschäftige.

Wer die Höhe der zur Verfügung stehenden Mittel, nämlich 7,695.000 S., betrachtet, der erblickt darin eher einen Anerkennungsbetrag als eine echte Dotierung dieses umfangreichen Aufgabengebietes. Schon am vergangenen Mittwoch wurde beim Kapitel Landesverteidigung von der allumfassenden Landesverteidigung gesprochen; sie umfaßt die militärische, die wirtschaftliche, die geistige und auch die zivile Landesverteidigung. Von allen Rednern wurde die Notwendigkeit der Landesverteidigung anerkannt. Gemeinsame Landesvertei-

digung — ja, nur wie diese Landesverteidigung aufgebaut und gestaltet werden soll, darüber herrschte geteilte Meinung.

Genauso ist es auch mit dem Aufgaben-gebiet Zivilschutz, der mit dem Ministerratsbeschuß vom 20. Februar 1962 im Zusammenhang des Aufbaues einer allumfassenden Landesverteidigung unter Koordinierung des Bundesministeriums für Landesverteidigung dem Bundesministerium für Inneres zugewiesen wurde.

Der Zivilschutz ist keine österreichische Erfindung; davon wurde heute schon gesprochen. Er hat auch mit dem Luftschutz seligen Angedenkens nicht viel zu tun. Der Zivilschutz ist in allen zivilisierten Ländern der Erde ein Begriff und wird in diesen Ländern mit großer Konsequenz, aber auch mit großer Gründlichkeit ausgebaut. Davon, meine sehr geehrten Damen und Herren, konnte ich mich anläßlich der Studienreise, an der teilzunehmen ich die Ehre hatte, selbst überzeugen.

Wir besuchten die Schweiz und Bundesdeutschland, wir besuchten aber auch Dänemark, Schweden und Finnland. Überall konnten wir uns durch eingehende Besichtigungen und Befragungen überzeugen, wie umfassend ausgebaut der Zivilschutz in diesen Ländern ist.

Nun gut, man wird sagen: Schweiz und Schweden, seit vielen Jahrzehnten neutrale Länder, in keinen Krieg verwickelt, die können sich das leisten. Aber wir? — Über uns ist zum großen Teil die Kriegsfurie hinweggegangen. Wir mußten nicht nur ungeheure Aufbauleistungen vollbringen, sondern auch gewaltige Reparationsleistungen zahlen. Dem wäre zum Beispiel entgegenzuhalten, daß Finnland im zweiten Weltkrieg sehr strapaziert wurde, bevölkerungsmäßig kleiner ist als Österreich, auch Reparationsleistungen zahlen mußte und doch über einen sehr gut ausgebauten Zivilschutz verfügt.

Diese Staaten haben auch ihre budgetären Sorgen und haben sicherlich nicht die Absicht, ihre Gelder zu vergeuden. Sie stehen aber auf dem Standpunkt, daß seit dem zweiten Weltkrieg, an dessen Schluß lauthals und meiner Meinung nach sehr übereilig der ewige Friede proklamiert wurde, über 40 kriegerische Auseinandersetzungen stattgefunden haben, ohne daß es zum totalen Atomkrieg gekommen wäre.

Der Hauptleidtragende bei diesen militärischen Auseinandersetzungen war und ist jeweils die schutzlose Zivilbevölkerung, vor allem aber sind es Frauen und Kinder. So war es im Koreakrieg, und so können wir es derzeit täglich am Fernsehschirm aus-

Mondl

Vietnam sehen und miterleben. Was vor kurzem in Korea und an vielen anderen Punkten der Erde war, was sich derzeit in Vietnam abspielt, kann vielleicht schon morgen in Europa sein, und es würde genügen, wenn wir nur am Rande davon betroffen werden. Wir haben ja vor einiger Zeit erst zwei Flamm-punkte in Europa erlebt: Budapest und Berlin. Wir müssen uns loslösen von dem Gedanken, daß jede militärische Auseinandersetzung in Europa nur ein totaler Atomkrieg wäre.

Aus diesem und noch vielen anderen Gründen stehen die anderen Länder auf dem Standpunkt, daß ein wirkungsvoller Zivilschutz sinnvoll ist, daß eine entsprechende Vorsorge unbedingt notwendig ist und daß Helfen in allen Fällen gelernt sein muß, wobei gewisse atomare Gefahren mit einkalkuliert werden müssen. Man braucht dabei nicht immer gleich an eine Atombombe zu denken.

Wir haben erst vor kurzem in der Zeitung gelesen, daß auch in der Schulkasse mit derartigen Gefahren zu rechnen ist. So lesen wir von Wiener Neustadt: „Dem 40jährigen Physiker fiel bei der Vorführung einer radioaktiven Kapsel ein etwa stecknadelkopfgroßes Radioisotop 226, wie es im Physikunterricht zum Sichtbarmachen von radioaktiven Strahlen in einer Nebelkammer verwendet wird, aus dem Glasrohr. Zum erstenmal in der Geschichte der Freiwilligen Feuerwehr Niederösterreichs gab es Strahlenschutzalarm.“ Doch man war gewappnet. Was wäre gewesen, wenn man nicht gewappnet gewesen wäre?

Es wurde uns in diesen von uns besuchten Ländern auch mitgeteilt — und wir konnten es überall sehr anschaulich sehen —, daß die Problematik des Zivilschutzes sehr vielfältig ist.

Der Herr Abgeordnete Ing. Scheibengraf hat es auch in der Budgetdebatte im Jahre 1964 zum Teil ausgesprochen: Man darf einerseits die Bevölkerung nicht durch Verniedlichung einlullen, andererseits wäre es aber unverantwortlich, die Bevölkerung durch eine wirkungsvolle Schockpropaganda in eine Panikstimmung zu versetzen. Schon in der Aufklärung allein muß das richtige Maß gefunden werden, damit die Menschen nicht in Angst und Schrecken versetzt werden, daß aber doch die Bereitschaft zum Selbstschutz geweckt wird.

Selbstschutz, Zivilschutz, nicht nur gegen alle Gefahren einer kriegerischen Auseinandersetzung, in die wir niemals verwickelt werden wollen, sondern auch gegen alle Gefahren, die unser modernes, hochtechnisiertes Zeitalter mit sich bringt, aber auch gegen alle Naturkatastrophen, die trotz höchster technischer Entwicklung, wie es zum Beispiel

eine „weiche Landung“ auf dem Mond ist, die wir vor kurzem miterleben durften, nicht verhindert werden können.

Ein großer Teil der derzeit neugierig nutzlos herumstehenden Zuschauer, die allen einsatzwilligen und -bereiten Kräften ein Hindernis sind, müssen als freiwillige Helfer für zukünftige katastrophale Ereignisse gewonnen werden. Nur dann, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn die breite Masse der Bevölkerung für den Selbstschutzgedanken gewonnen werden kann, wird der Zivilschutz in der Durchführung wirkungsvoll sein.

Wie beschämend war es, als wir vor kurzem in der Zeitung lesen und im Radio hören mußten, daß ein Teil der Exekutive Zell am See dazu eingesetzt werden mußte, um die Zuschauer, die Photographen und sonstige fernzuhalten, die die tatsächlichen Einsatzkräfte in der Arbeit behinderten.

Aber nicht nur in der Aufklärung muß das richtige Maß gefunden werden, auch bei den übrigen Vorsorgen auf dem Gebiete des Zivilschutzes — sie wurden heute schon aufgezählt, und ich brauche darauf nicht näher einzugehen — muß das richtige Maß gefunden werden, denn alle Vorsorgen kosten Geld und legen den damit Befassten Lasten auf, die natürlich freiwillig von niemandem geleistet werden wollen.

Der Zivilschutz in Österreich wurde nicht erst mit dem Ministerratsbeschuß vom 20. Februar 1962 aus der Taufe gehoben, nein, mit den Problemen des Zivilschutzes befaßt man sich in Österreich schon seit dem Jahre 1956; leider — und das kann ich aus Erfahrung sagen — mit sehr geringem Erfolg. Die Ursache dieses geringen Erfolges ist darin zu suchen, daß dieser Komplex des Zivilschutzes in der Verfassung nicht verankert ist. Die Kompetenzen überschneiden sich ohne gesetzliche Regelung auf Grund unserer föderalistischen Staatsform mehrfach und können durch keine Rechtsanalysen und auch nicht im Planungsstab „Z“ entflochten werden. Jeder beteiligte Partner beharrt auf seiner bisherigen Kompetenz und ist ohne Gegenleistung nicht bereit, nur das Geringste an Kompetenzen freiwillig aufzugeben.

Dies wurde vor allem anlässlich der Zivilschutzenquete am 7. Dezember 1961 ganz besonders unter Beweis gestellt. An dieser Enquete nahmen die Bundesministerien für Inneres, Landesverteidigung, Land- und Forstwirtschaft, die Landeshauptleute, Vertreter des Bundes und der Länder, des Österreichischen Städtebundes und des Österreichischen Gemeindebundes teil. In dieser Enquete

Mondl

wurde nach längerer Verhandlung vom Herrn Landeshauptmann Dr. Gleißner beantragt, daß die Erörterung der Rechtslage und der Entwurf von Gesetzen auf ein Jahr zurückzustellen seien, um allen Beteiligten die Möglichkeit zu geben, vorerst praktische Erfahrungen zu sammeln. Und in diesem Zustand des praktischen Sammelns der Erfahrungen befinden wir uns heute im Jahre 1966 noch immer. Daran konnten der Planungsstab und auch die 18 Arbeitsausschüsse zwecks Bearbeitung von Einzelfragen nichts ändern.

Wir Sozialisten sind im Prinzip für einen wirkungsvollen Zivilschutz in Österreich. Wir sind aber der Meinung, daß dieser Komplex in der Verfassung verankert gehört, wobei ein allumfassendes Zivilschutzgesetz eine weitere Voraussetzung wäre. In diesem Gesetz sollten dem Bund folgende drei Kompetenzen vorbehalten bleiben: Strahlenschutz, Alarmerierung und Selbstschutz. Wir sind der Meinung, daß diese drei Aufgabengebiete dem Bund vorbehalten bleiben müssen und daß die damit im Zusammenhang stehenden Maßnahmen auch bundeseinheitlich durchgeführt werden müssen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir vom Zivilschutz sprechen, denken wir nicht nur an ähnliche Maßnahmen und reden wir nicht nur von ähnlichen Maßnahmen des Luftschatzes der Vergangenheit, sondern sprechen wir und befassen wir uns, und zwar sehr eingehend, mit dem zivilen Bevölkerungsschutz, mit dem allumfassenden Zivilschutz, mit inbegriffen der Katastrophenschutz. Machen wir doch in Österreich nicht den gleichen Fehler, den man in Bundesdeutschland gemacht hat! Mit großen Kosten hat man den „Bundesluftschutzverband“ aufgebaut, bis man nach mehr als zehnjähriger Auf- und Ausbauarbeit festgestellt hat, daß die Konzeption, diesen Verband gänzlich auf Schutz vor konventionellen und atomaren Waffenwirkungen auszurichten, bei der Masse der Bevölkerung überhaupt nicht ankam.

Erst nach der großen Flutkatastrophe in Hamburg vollzog sich die große Wende. Das Aufgabengebiet wurde erweitert, der Name wurde geändert. Schutz vor allen Gefahren, die Gut und Leben der Bevölkerung bedrohen!, so lautete nun die Konzeption, und diese Konzeption wurde auch von der Bevölkerung verstanden.

Wir sind in Österreich neben den Gefahren, die die Technisierung mit sich bringt, ständig von Naturkatastrophen größeren und kleineren Ausmaßes bedroht. Ganz besonders darf ich in Erinnerung rufen die Überschwemmung im Raume von Haugsdorf in Niederösterreich,

die Überschwemmungen in Kärnten und Osttirol, die Schlammkatastrophe in Köflach und in jüngster Zeit die Unwetterkatastrophe in Zell am See. Vor allem die Kärntner und Osttiroler Naturkatastrophen haben gezeigt, daß es einem einzelnen Bundesland nicht immer möglich ist, von sich aus, mit eigener Kraft mit den Ereignissen fertig zu werden. Es mangelte an Koordinierung, es mangelte an der notwendigen technischen Ausrüstung, und es mangelte an vielem mehr.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube daher, daß man aus solchen bösen Erfahrungen lernen sollte. Bei der Lösung des allumfassenden Bevölkerungsschutzkomplexes sollte man sich dieser schlechten Erfahrungen erinnern, und es sollte auch auf diesem Gebiet eine allseits befriedigende Vorsorge getroffen werden.

Es wurde heute schon betont, daß die Freiwilligen Feuerwehren, die Berufsfeuerwehren, das Rote Kreuz, die Samariterverbände in den Bundesländern sowie der Österreichische Zivilschutzverband in dankenswerter Weise rechtzeitig erkannt haben, wie groß diese Gefahren sind, die uns hier bedrohen. Vor allem die Feuerwehren versuchen immer mehr, ihre technische Ausrüstung darauf auszurichten, neben ihrer ursächlichen Hauptaufgabe, nämlich Brände zu bekämpfen, neue Aufgaben — Hilfeleistungen bei Katastrophenfällen — zu erfüllen.

Die Leistungen, die in diesem Zusammenhang von den Feuerwehren Österreichs in jüngster Zeit vollbracht wurden, wurden bereits im Detail aufgezeigt und können nicht genug hervorgehoben werden. Welch großartige Leistungen, welch ein Geist! 70.000 Freiwillige Feuerwehrmänner haben 736.000 unentgeltliche Arbeitsstunden geleistet! Sie mußten dabei 4 Tote und 22 Verletzte beklagen.

Auch ich erlaube mir, werte Damen und Herren des Hohen Hauses, der Feuerwehr, dem Roten Kreuz, den Samariterverbänden und der Exekutive ebenfalls für ihre gewaltigen Einsatzleistungen den Dank und die Anerkennung auszusprechen! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Aber auch die Feuerwehren haben im Zusammenhang mit diesen neuen Aufgabengebieten ihre Sorgen. Die dazu notwendigen technischen Ausrüstungen kosten Geld, und die Kosten können von den Gemeinden und Ländern nicht allein getragen werden. Das Innenministerium hat zwar helfend eingegriffen, doch waren die Mittel und die Möglichkeiten, die dafür zur Verfügung standen, nur sehr gering.

Auch die seit einem Jahrhundert überlieferte Organisationsform entspricht nicht den nun-

904

Nationalrat XI. GP. — 13. Sitzung — 20. Juni 1966

Mondl

mehr erforderlichen überörtlichen Einsatznotwendigkeiten. Eine Änderung wäre dringend notwendig, wobei vom Freiwilligenprinzip — und das betone ich ganz eindeutig — nicht abgewichen werden darf!

Auch hier konnte vom Innenministerium im Zusammenhang mit der heute schon mehrfach zitierten Aktion „Leben hat Vorrang“ die Bildung einer wichtigen Einrichtung vorbereitet werden. Unter Wahrung der Länderkompetenzen sollte ein „Katastrophenger“ gebildet werden, in dem alle mit Bevölkerungsschutz und Vorsorgemaßnahmen befaßten Verbände, wie Österreichischer Zivilschutzverband, Feuerwehr, Rotes Kreuz, Samariterverbände und andere unter Mithilfe der Behörde vertreten sind, um die Katastrophenschutzmaßnahmen möglichst bundeseinheitlich zu koordinieren und großräumige Einsätze zentral zu leiten.

Eine weitere, immer größer werdende Gefahr darf ich dem Hohen Hause ebenfalls aufzeigen: die immer mehr und mehr zunehmenden Tankerunfälle. Die sogenannten „Rollenden Bomben“ müssen wirkungsvoll entschärft werden. Nicht die Gefahr der Explosion und die damit verbundene Brandgefahr sind die Hauptursache der Besorgnis, nein, die Gefahr der Grundwasserverseuchung ist noch viel größer. Um diese Grundwasserverseuchung wirkungsvoll bekämpfen zu können, wären Ölschutzfahrzeuge dringend notwendig; nicht einige wenige im Lande verteilt, sondern eine Vielzahl technisch gut ausgerüsteter Fahrzeuge mit dem notwendigen Personal wäre erforderlich. 91 Tankerunfälle im Jahre 1965! Ich glaube, daß wir allein dieser einen Zahl entnehmen können, wie gefährlich diese Giganten der Landstraße sind und daß ausrüstungsmäßig Vorsorge zur wirkungsvollen Behebung derartiger Unfallschäden sofort getroffen werden müßte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe versucht, die Problematik im Gesamtkomplex des zivilen Bevölkerungsschutzes in Österreich aufzuzeigen. Seit nunmehr zehn Jahren befindet sich der Zivilschutz in Österreich im Experimentierstadium. So lobenswert es ist, daß viele Kräfte in Österreich wirksam sind, sei es in den derzeit mit zuständigen Ministerien, Landesregierungen sowie in den damit befaßten Verbänden und Vereinen, um diesen großen Komplex des zivilen Bevölkerungsschutzes in Österreich auf- und auszubauen, wird es doch nur Stückwerk bleiben und ein kostenverursachendes Mehrfachexperimentieren und ein Mehrfachausrüsten sein, solange wir uns nicht entschließen können, dafür eine allumfassende gesetzliche Regelung zu finden. Vom Burgenland bis

Vorarlberg muß eine einheitliche Lösung gefunden werden.

Nur wenn jede Ebene — der Bund, die Länder und die Gemeinden — weiß, zu welcher organisatorischen Maßnahme, zu welcher Vorsorge sie verpflichtet ist, und die dazu notwendigen finanziellen Voraussetzungen getroffen werden, wird dieses Aufgabengebiet befriedigend gelöst werden können. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Als nächster Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Staribacher das Wort.

Abgeordneter Dr. Staribacher (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Bevor ich auf den Vorschlag eingehe, den wir von der Arbeiterkammer dem Herrn Innenminister erstattet haben, um ihm eine wirksamere Kontrolle der Preisüberwachung zu ermöglichen, möchte ich doch ganz kurz auf einige Bemerkungen eingehen, die einige der Vorredner gemacht haben und die insbesondere von seiten der ÖVP zu Zwischenrufen geführt haben.

Die Zeiten sind vorüber, in denen der sozialistische Innenminister an allem schuld war. Ich habe heute vormittag einen Bauern getroffen — ich werde seinen Namen nicht nennen, sonst hat er vielleicht Schwierigkeiten, aber ich kann Ihnen den Namen nachher sagen —, einen großen Kartoffelbauern. Er hat mir gesagt: Mein Gott, wir haben geglaubt, jetzt wird's besser werden, aber das, was wir heuer mitmachen, geht auf „ka Kuhhaut“.

Er sagt, er bekommt für seine Kartoffeln jetzt sage und schreibe 60 Groschen. Der Herr Präsident Wallner hat das vorige Woche im Viehverkehrsfonds schon angeprangert. Ich darf Sie daran erinnern, was die Kartoffeln auf dem Wiener Naschmarkt und bei den Lebensmittelhändlern in den Bezirken kosten. Ich rede jetzt gar nicht von den westlichen Gebieten, wo sie noch viel, viel teurer sind. Was sie hier kosten, ist das Dreifache und noch viel mehr.

Als der Innenminister ein Sozialist war, hat man den Händlern gesagt: Der will euch ja nur einsperren, das ist sozusagen seine Funktion und seine Aufgabe. Daher war der sozialistische Innenminister schuld, wenn auf diesem Sektor nicht Ruhe und Ordnung war. Ich darf den Herrn Bundeskanzler, der auch im Hause ist, daran erinnern, daß wir uns im Wahlkampf sehr deutlich über diese Frage auseinandergesetzt haben. Der Herr Bundeskanzler hat den Konsumenten nämlich erklärt: Für die oberste Preisbehörde ist der Herr Innenminister zuständig. Wenn er nichts getan hat, so liegt mehr oder minder die Schuld bei ihm. (*Abg. Mitterer: Aber das*

Dr. Staribacher

Match war damals 1 : 0 für den Bundeskanzler!
 Nein, es war nicht ganz 1 : 0 für den Bundeskanzler. (*Abg. Mitterer: 2 : 0!*) 2 : 0, 3 : 0, 4 : 0! Damals konnten Sie das der Bevölkerung noch erklären. Jetzt haben Sie es schwer, Herr Abgeordneter Mitterer und Herr Bundeskanzler, denn jetzt liegt die Verantwortung eindeutig nur bei ÖVP-Ministern. (*Lebhafte Zustimmung bei der SPÖ.*) Aber wir haben schon erfahren, wie das jetzt gehandhabt wird, meine Damen und Herren, und so geht es eben nicht!

Als wir in der Fragestunde den Herrn Landwirtschaftsminister befragt haben, hat er gesagt: Es tut mir leid! Keine Kompetenz! Dafür nicht zuständig! — Das hat nicht ganz gestimmt. — Jetzt ist auch der Herr Landwirtschaftsminister da —: Sie haben schon eine Kompetenz, Sie wollen sie nur nicht nützen und sagen sich: Geben wir den Ball — in diesem Fall könnte man sagen: den Häuptelsalat — an den Innenminister weiter! (*Abg. Dr. Pittermann: Die Erdäpfel!*) Oder die Erdäpfel. Der Herr Innenminister wieder hat gesagt: Leider, da kann man nichts machen. — Als man dann den Herrn Handelsminister fragte, hat er gesagt: Ich habe alles getan.

Immer hat jeder Minister, der nach dem neuen Kompetenzgesetz zuständig wäre, das Ihnen ja die endgültige Lösung bringen sollte, versucht, den Ball weiterzugeben. Ich frage Sie daher, Herr Abgeordneter Mitterer, wie das Match ausgehen wird, wenn Sie das der Bevölkerung nicht erklären können, denn ich sage Ihnen: Es gibt Dinge, die eben niemand verstehen kann.

Es wird oft bei uns im Gewerkschaftsbund gesagt — die Kollegen der christlichen Fraktion werden mir das bestätigen —: Warum verlangt der Gewerkschaftsbund nicht einmal einen Käuferstreik? Warum sagen wir nicht einmal der Bevölkerung, wenn das Gemüse so teuer ist: Kauft das nicht! — Wir sind da sehr zurückhaltend, wir wissen: Wenn etwas verdorbt, dann sind gerade die, die die Ware erzeugen, und die, die sie verkaufen .. (*Abg. Kulhanek: Das sind dann die Bösen!*) Nein, das ist keine Bosheit, Herr Abgeordneter Kulhanek. Seien Sie vorsichtig! Vielleicht wird der Gewerkschaftsbund das einmal machen, aber kommen Sie dann nicht und sagen Sie: Es ist Schuld des Gewerkschaftsbundes, daß die Ware verdorben ist. Sie haben uns jetzt gezeigt, wie Sie das machen: Sie kaufen dem Produzenten die Ware nicht mehr ab, die Ware muß daher auf den Komposthaufen kommen. Da kann der Herr Innenminister dann nicht uns die Schuld geben und sagen, daß er davon nichts weiß, denn das hat man in der Bevölkerung sehr, sehr abfällig vermerkt.

Ich glaube daher, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei: Hier müßte grundlegend Wandel geschaffen werden. Meine Kollegin und Parteifreundin Wondrack hat Ihnen, weil Sie immer über die „Gustostückln“ gesprochen haben, ein Menü aufgezählt, von dem man wahrlich sagen kann, daß es ein „Baraberessen“ ist, wenn Sie mir diesen alten Ausdruck noch gestatten. Was war darauf Ihr Zwischenruf? Sie, Herr Abgeordneter Minkowitsch, haben in einem Zwischenruf gefragt: „Was verstehen Sie denn unter Gustostückln?“ (*Abg. Minkowitsch: Ganz recht!*) Sie wissen sehr genau, was Sie und was wir unter Gustostückln verstehen. (*Abg. Minkowitsch: Aber die Frau Wondrack nicht!*) Aber ja, die hat es auch gewußt, aber sie hat Ihnen einmal den Beweis erbracht, daß nicht nur die Gustostückln, sondern das gesamte Fleisch so hohe Preise erreicht hat, daß sie niemand mehr verantworten kann. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Und was hat der Herr Innenminister getan? Er hat gesagt, wir sollen uns im Unterausschuß der Paritätischen Kommission damit beschäftigen. Wir haben es getan, und dann hat der Vertreter der Landwirtschaft erklärt: Über die Erzeugerpreise wollen wir nicht reden, die sind ohnehin nicht gestiegen. — Das stimmt nicht ganz. Wir werden uns neuerlich — der Herr Innenminister wünscht das — mit diesem Problem beschäftigen, und ich hoffe, daß die Landwirtschaft dann sagen wird, welche Preise sie erwartet und verlangt. Aber dann wird es Ihre Aufgabe sein, den Konsumenten klarzumachen, warum es zu diesen Preissteigerungen gekommen ist.

Es spricht sich so leicht: 1 kg Fleisch kostet 100 S. Ich will jetzt gar nicht von den Löhnen reden. (*Ruf bei der ÖVP: Wodenn?*) Wodenn? Ich würde Ihnen empfehlen: Fragen Sie in Vorarlberg, was man dort für 1 kg Fleisch zahlt. Fragen Sie nur, ich gebe Ihnen einen Tip: Es ist einmal schon in der Paritätischen Kommission besprochen worden. Darauf hat man uns als sogenannte Preisspione zum Einkaufen geschickt. Lassen Sie sich von der Landwirtschaftskammer und von der Handelskammer berichten. Die Kollegen sind dort sehr, sehr schlecht weggekommen. Ich lade Sie herzlichst ein: Wenn Sie die Preise, die wir Ihnen und dem Herrn Innenminister mitgeteilt haben, bezweifeln, gehen wir heute oder morgen einkaufen. Wenn wir die von uns genannten Preise erreichen, dann zahlen Sie die Rechnung, wenn wir sie nicht erreichen, bin ich gerne bereit, sie Ihnen zu bezahlen. Ich rate Ihnen gleich jetzt: Nehmen Sie viel Geld mit!

Aber reden wir nicht von den 100 S, reden wir von den Preisen, die wir hier in Wien

Dr. Staribacher

haben! (Abg. Lola Solar: *Das Schnitzelfleisch und das Kälberne kostet in Mödling 80 S!*) Sehr gut! Reden wir von den Preisen, die in Wien verlangt werden. (Abg. Lola Solar: *In Mödling ist es nicht billiger!*) Wir haben in Wien und in Niederösterreich noch niedrigere Preise. Gehen wir, Frau Abgeordnete Solar, von den 80 S aus. Ich will jetzt nicht die Löhne ... (Abg. Lola Solar: *Das kälberne Schnitzelfleisch ist das teuerste Fleisch!*) Gut, gut. Gehen wir, wenn Sie wollen, vom Preis für Schweinsschnitzel aus. Sie werden mir den Preis von 60 S zugeben, auch 65 S und 70 S. (Abg. Mitterer: *Bleiben wir bei 40 S!*) Das Fleisch um 40 S bringen Sie mir, Herr Abgeordneter Mitterer! Da gehe ich gerne mit Ihnen einkaufen!

Bleiben wir bei den 60 oder 70 S, und stellen wir die Preise den Löhnen gegenüber, nicht nur denen, von denen die Frau Abgeordnete Wondrack gesprochen hat, sondern auch den anderen Löhnen, die bezahlt werden. Dann kommen Sie zu einem Vergleich, der untragbar ist. Jetzt kommt Ihr Zwischenruf: Ja, das Fleisch! (Abg. Mitterer: *Ich habe gar nichts gerufen, was wollen Sie?*) Zuerst! (Zwischenruf des Abg. Mitterer.) Sie können sich da nicht herausarbeiten, Herr Abgeordneter Mitterer, denn es ist schon so, daß Ihr Zwischenruf: Ja, das ist nur das Fleisch!, dann gekommen ist.

Die Kollegin Wondrack hat Ihnen genau auseinandergesetzt, daß es sich hier um Kraut, um Kartoffeln und dergleichen handelt. (Zwischenrufe bei der ÖVP.) Ja, voriges Jahr, Herr Abgeordneter Schlager, war eine Mißernte. Zugegeben. Aber wie erklären Sie denn jetzt die Differenzen zwischen den Erzeuger- und den Verbraucherpreisen? Da kommen wir jetzt dorthin, was Herr Landeshauptmann Hartmann die vertikale Integration genannt hat. Da hat Herr Direktor Mussil ganz bescheiden und leise einen Zwischenruf gemacht (Abg. Dr. Mussil: *Ganz laut, lieber Freund!*): Jetzt wird's gefährlich! Aber nicht für uns, denn wir haben das Genossenschaftsproblem nicht, Sie haben das Genossenschaftsproblem! (Abg. Dr. Mussil: *Deswegen verkaufen die Konsumvereine um keinen Groschen billiger!*) Herr Abgeordneter! Kommen Sie nicht mit der Konsumgenossenschaft. Ich sage Ihnen noch einmal: Wir haben das Genossenschaftsproblem nicht, aber Sie haben es, und Sie werden es lösen müssen. Sie werden sich dabei sehr anstrengen müssen! (Abg. Mayr: *Konsum und GöC sind genauso teuer!*)

Ich glaube, daß der Herr Innenminister Möglichkeiten haben müßte, wirksamer in das Preisgeschehen einzugreifen. Daher haben die Arbeiterkammer und der Gewerkschafts-

bund entsprechende Vorschläge gemacht. (Abg. Glaser: *Ein kriegswirtschaftliches Ermächtigungsgesetz?*) Nein, Herr Abgeordneter Glaser, jetzt waren Sie zu früh mit Ihrem Zwischenruf. Wir haben ihm kein kriegswirtschaftliches Ermächtigungsgesetz vorgeschlagen, wir haben nur vorgeschlagen, er sollte in dem Preisregelungsgesetz eine Bestimmung haben, die er heute zwar auch schon hat, die aber nicht wirksam werden kann. Ich werde Ihnen dann gleich sagen, warum.

Wir waren uns im Jahre 1962 — oder nachher, ich weiß nicht mehr genau, wann es gewesen ist; es war aber noch in der Koalitionszeit — einig, daß es dringend notwendig wäre, daß der Innenminister gewisse Ermächtigungen bekommen sollte. Ich gebe zu: Damals war es noch ein sozialistischer Innenminister, daher kam es von Ihnen nur sehr, sehr vorsichtig zu diesem berühmten § 3 a des Preisregelungsgesetzes, der vorgesehen hat, daß der Bundesminister für Inneres die Preise für sechs Monate festsetzen kann, wenn übereinstimmend von der Bundeswirtschaftskammer, Landwirtschaftskammer und Arbeiterkammer sowie vom Gewerkschaftsbund festgestellt wird, daß sich jemand nicht an die Spielregeln der Paritätischen Kommission hält, wenn es also zu Preiserhöhungen kommt, ohne daß die Paritätische Kommission befaßt wird.

Diese Bestimmung hat sich leider als unzweckmäßig erwiesen, weil die Übereinstimmung bis jetzt nie erzielt werden konnte. Nicht deshalb, weil ohne Zustimmung der Paritätischen Kommission etwa keine Preiserhöhungen vorgenommen worden wären, sondern ganz im Gegenteil: Wir beschäftigen uns immer wieder in den Unterausschüssen der Paritätischen Kommission mit der Tatsache, daß es Unternehmer gibt, die sich nicht an die Spielregeln der Paritätischen Kommission, nicht an die Vereinbarungen halten. Aber gerade diese, wie Sie sagen würden, „schwarzen Schafe“ bleiben ungeschoren, es kann ihnen nichts geschehen. Deshalb haben wir vorgeschlagen, der Innenminister sollte in Zukunft auf Grund der Preisregelungsgesetznovelle 1966 — eine solche steht ja zur Diskussion —, wenn es zu Preiserhöhungen kommt, ohne daß die Paritätische Kommission damit befaßt wurde, eine Preisregelung festsetzen können — ich sage ausdrücklich „können“ und nicht „müssen“ —, wenn die mit der Preisregelung betrauten Behörden oder die Interessenvertretungen ihm eine solche Mitteilung machen.

Hohes Haus! Wir glauben, daß das eine der wichtigsten Voraussetzungen wäre, um dieser Preisentwicklung Einhalt zu gebieten, denn, wie der Kammeramtsdirektor Dr. Leo

Dr. Staribacher

Müller von der Landwirtschaftskammer immer sagt, es muß einmal diese „Rute im Fenster“ wirksam werden. Es muß einmal in Österreich eine bessere Preisdisziplin Platz greifen. Es geht nicht an, meine Herren von der Österreichischen Volkspartei, daß Sie sich immer wieder auf die Mißernten ausreden. Ich weiß nicht, auf was sonst noch alles. Ein Teil Ihrer Gründe stimmt, ein anderer stimmt nicht, das wissen Sie selbst sehr genau. Es muß also Vorsorge getroffen werden, dieser Preisentwicklung endlich einmal Einhalt zu gebieten.

Ich möchte nur nebenbei noch bemerken, daß wir von der Arbeiterkammer und vom Gewerkschaftsbund es sehr bedauert haben — wir haben ja diese Beschlüsse dort einstimmig gefaßt —, daß der Herr Innenminister infolge der Raschheit der Arbeit nicht auf die Vorschläge, die wir ihm unterbreitet haben, gewartet hat. Wir hoffen aber, daß sie trotzdem Berücksichtigung finden werden.

Ich will jetzt nicht wieder auf die Diskussion eingehen, was die Opposition tun soll und was sie nicht tun soll. Eines müssen wir auf alle Fälle feststellen: Sie regen sich auf — mit Recht oder Unrecht, will ich jetzt gar nicht ausführen —, wenn mein Kollege Gratz hier erklärt, nach seiner Meinung oder nach unserer Meinung sei das eine schlechte Regierung. Sie sagen, es sei die beste Regierung. Es wird sich mit der Zeit erst herausstellen, für wen.

Sie schreiben heute in der „Volkszeitung“: „Quatschbude?“, und es wird gesagt, der Herr Abgeordnete Withalm habe es gar nicht so gemeint, das müsse ein Hörfehler gewesen sein. Und dann wird gefordert, man solle mit zündenden Ideen die Regierung zu einem geistigen Wettstreit herausfordern. Ich hoffe nur, daß der Herr Innenminister auf unsere Vorschläge heute Antwort geben wird. Der Herr Verkehrsminister und der Herr Unterrichtsminister haben es unterlassen, auf die Vorschläge, die hier gemacht wurden, irgend eine Antwort zu geben. (Abg. Glaser: *Jahrelang haben sie nicht geantwortet, die Beantwortung ist im Ausschuß erfolgt!*) Hier im Hohen Haus, Herr Kollege Glaser, wollen wir die Antwort. (*Weitere Zwischenrufe.*) Das weiß ich nicht. Es bleibt der Bevölkerung überlassen, das zu überprüfen. Das weitere wird man noch sehen.

Sie haben in dem Artikel behauptet, im amerikanischen Senat wird, wenn eine Filibuster-Rede gestartet wird, die Bibel vorgelesen. Sie hätten daher erwartet, daß von uns das „Kapital“ zitiert wird. Ich kann nur immer wieder sagen: eine Auffassung,

die schon mehr als merkwürdig ist. (Abg. Rosa Jochmann: *Ja, das kann man sagen!*)

Alle Redner, die hier gesprochen haben, haben ihre Meinung zu Problemen der verstaatlichten Industrie, des Verkehrs und der Industrie dargelegt. Natürlich waren ihre Ausführungen länger, und unsere Fraktion, das gebe ich zu, stellt dazu viel mehr Redner im Parlament. Ich war schon im Haus, als die Landwirtschaft, wozu Sie viel mehr Debatteredner stellen, bis halb 11 Uhr abend ihre Wünsche, ihre Beschwerden und ihre Vorschläge vorgebracht hat. (Ruf: *Ja, in der Koalitionsregierung!* — Abg. Prinke: *Im Ausschuß!*) Auch hier, Herr Abgeordneter Prinke. Das können wir nachprüfen. Ich kann mich noch gut an die letzte Rede des Kollegen Leitner erinnern, wo er zum Schluß gemeint hat: Aber, meine Herren, streiten wir nicht, gehen wir auf ein Flascherl! — Können Sie sich noch erinnern, Herr Abgeordneter? (*Heiterkeit.*)

Wir haben Ihnen geduldig zugehört, weil wir der Meinung waren, das sind Ihre Probleme, die Sie uns und der Bevölkerung dargelegt haben. (Abg. Dr. Withalm: *Wir haben Ihnen auch geduldig zugehört!*) Vielleicht haben Sie geduldig zugehört. Ich habe aber nicht ganz den Eindruck gehabt, daß Sie geduldig zugehört haben. Die letzten Äußerungen, die Sie gemacht haben, Herr Abgeordneter Withalm, waren schon nicht mehr geduldig. (Ruf bei der ÖVP: *Die sind von Ihnen gekommen!*) Denn, daß man einfach sagt: Wenn Sie mehr Redner schicken, dann werden wir eben weniger reden!, gewissermaßen: Ihr könnt reden, soviel ihr wollt, wir werden uns mit euch nicht an diesem Pult auseinandersetzen ... (Abg. Dr. Withalm: *Das habe ich damit nicht gesagt!*) Dann bin ich ja sehr beruhigt. Wenn Sie das nicht so gemeint haben, wie ich es gehört habe, wenn Sie sich mit uns auseinandersetzen, dann wird es sicher in diesem Hause wieder zu dem kommen, was in jeder anderen westlichen Demokratie, in jedem westlichen Parlament üblich ist, daß man sich nämlich auch andere Meinungen anhört. Dann, das wissen wir ohnehin, wird abgestimmt. (Abg. Doktor Withalm: *Ganz meine Meinung!*) Dann werden wir sehen, wie Sie Ihre Politik draußen vertreten und wie Sie sie verteidigen können.

Wir wollen nur hoffen, daß Sie einige Vorschläge, die unsere Kollegen heute in dieser Debatte gebracht haben, annehmen können. Außerdem hoffen wir, daß das Preisregelungsgesetz kompetenzmäßig bereinigt werden kann — denn jetzt sind ja die „Schwarzen“ unter sich, wenn ich den Ausdruck gebrauchen darf —, und zwar so bereinigt

Dr. Staribacher

werden kann, daß eine wirksame Bekämpfung des Preisauftriebes, des ungerechtfertigten Preisauftriebes, durch den Herrn Innenminister Platz greifen kann. Das erwartet die österreichische Bevölkerung. (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Als nächstes Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Mitterer das Wort.

Abgeordneter Mitterer (ÖVP): Meine Damen und Herren! Ich möchte mich zu einigen Fragen des Kapitels Inneres zum Worte melden und möchte vor allem — und Sie werden das sicher mit Freude quittieren — mit dem Ceterum censeo beginnen, das ich bei diesem Kapitel immer gebracht habe, nämlich mit dem Dorotheum. Ich kann mich sehr kurz fassen. Das ist auch gar keine parteipolitische Frage, aber ich glaube, daß es angemessen war, daß sich der Herr Innenminister nun mit der Frage befaßt, daß eine andere Geschäftsordnung Platz greifen muß, um zu verhindern, daß dort Dinge geschehen, die uns allen nicht passen können. (*Präsident Wallner übernimmt den Vorsitz.*)

Die Wohlfahrtseinrichtung, die wir bejahen, in Ehren, aber heute ist das ein relativ kleiner Sektor, der größere Teil befaßt sich mit den Belehnungen von sehr hochwertigen Gütern, und hier ist eine Laxheit, um es höflich zu sagen, eingetreten, die man nicht mehr vertreten kann. Es werden hochwertige Photoapparate, Schmuck, Pelze und so weiter belehnt, und zwar jedem, der hineinkommt, und wir haben festgestellt, daß man einer Raumpflegerin zwei Waldmüller-Bilder innerhalb von 48 Stunden belehnte. Jeder von Ihnen weiß, daß so etwas nicht mehr in Besitz von jedermann ist, sondern fast nur mehr in Sammlungen zu finden ist. Man hat hier eine Methode eingeführt, die wir alle nicht billigen können.

Ich bin also sehr erfreut darüber, daß hier nun eine Änderung eintreten soll. Aber ich möchte nun hier noch einmal sagen, nach dem Grundsatz „Steter Tropfen höhlt den Stein“: Es war im „Kurier“ ein Artikel, wonach einer Autobesitzerin das Auto aufgebrochen wurde und ihr Schmuck und ihr Photoapparat und alles gestohlen wurden. Am nächsten Tag morgens war bereits die ganze Ware im Dorotheum. Sie wurde treu und brav belehnt, selbstverständlich, obwohl die Polizeikurrente bereits dort war — zuerst hat man behauptet, sie war noch nicht dort — und aufgelegen ist. Und nun mußte die Besitzerin das nachweisbare Diebgut wieder zurückkaufen, weil beim Dorotheum das Privileg besteht, daß dieses Diebgut, wenn es belehnt ist und nicht nachgewiesen werden

kann, daß es schon bei der Belehnung als Diebgut anzusehen war, wieder zurückgekauft werden muß.

Ich glaube, meine Damen und Herren, das gibt es doch in der ganzen Welt nicht. Jede Firma, die so etwas macht, wird nicht nur gezwungen, die Ware gratis zurückzugeben, sondern muß auch noch eine entsprechende Strafe gewärtigen. Ich würde also sehr bitten, daß man möglichst rasch in dieser Frage weiterkommt und daß wir endlich auch hier eine Situation vorfinden, die wir alle vertreten können.

Ich habe schon einmal gesagt: In der Bevölkerung ist der Gedanke wachgeworden, daß es sich um eine Art von Hehlereivorschub handelt. Das kann man für eine staatliche Institution nicht zulassen. Was die Ertragslage des Dorotheums anbelangt, das immerhin die bescheidene Quote von fast 20 Prozent Zinsen berechnet, wenn man alles zusammenzählt, muß man staunend hören, daß das nicht mehr die Kosten deckt. Auch hier sollte Mister Parkinson befragt werden. Man könnte eine Reihe von Reorganisationsmaßnahmen vornehmen.

Nun zur zweiten, auch gar nicht parteipolitischen Frage. Ich glaube, Sie haben sich schon bereit gesetzt, Herr Kollege Dr. Staribacher. Ich werde dann zu dem Kapitel, das Sie angeschnitten haben, reden. Ich möchte auf die Verkehrssituation zu sprechen kommen. Aus einer Anfrage des Herrn Abgeordneten van Tongel ist hervorgegangen, daß verschiedene Mißstände obwalten, die geändert werden könnten, ohne daß große Beträge investiert werden müssen. Es hat keinen Sinn, und es wäre auch ungerecht, dem einzelnen kleinen Polizisten Vorwürfe zu machen, warum er dort oder da steht und dieses oder jenes macht. Aber die Einteilung von oben her kann doch nicht richtig sein. Sie alle, meine Damen und Herren, die Sie in Wien mit dem Fahrzeug herumfahren müssen, werden feststellen: An automatisch beampelten Kreuzungen stehen zwei oder drei Posten, die diese Kreuzung zusätzlich regeln, an anderen neuralgischen Stellen gibt es überhaupt keinen Verkehrsposten. Das ist nicht die Schuld des Verkehrspostens, denn er muß dort Dienst machen, wohin ihn die Obrigkeit stellt. Am Schwarzenbergplatz kann man nur mehr mit Glück sein Leben retten. Wenn Sie diese Verkehrsordnung oder -mißordnung kennen, werden Sie das bestätigen. Wenn Sie vom Parlament kommen und in die Löwelstraße einbiegen wollen, ist es nur mehr Glückssache, wenn Sie durchkommen.

Nun weiß ich, daß die Aufstellung der Ampeln und Verkehrszeichen Aufgabe der

Mitterer

jeweiligen Länder beziehungsweise Städte ist. Aber ich glaube, wir alle zusammen sollten den Herrn Innenminister bitten, zumindest von der Verkehrspolizei aus jene neuralgischen Stellen festzustellen und zu versuchen, dort eine Besserung herbeizuführen, weil man sonst ganz umsonst immer wieder sagt: Das Leben hat Vorrang, wir wollen weniger Verkehrstote! Wie aber soll das geschehen, wenn dort, wo wirklich neuralgische Punkte sind und wo ununterbrochen Unfälle passieren, praktisch kein Verkehrspolizist anzutreffen ist, dort aber, wo der ruhende Verkehr kontrolliert wird, genügend Posten vorhanden sind? Diese Polizisten gehen ununterbrochen herum, sie machen einen Kreidestrich und kontrollieren, ob der Betreffende vielleicht den Wagen vorgeschoben hat, oder andere Dinge mehr. Das ist alles sehr schön und gut, aber wenn wir so viel Polizei haben, dann bitte auf die neuralgischen Stellen! Ich wäre sehr froh, wenn man das so regeln könnte, daß nicht zusätzlich zu der in der ganzen Welt vorhandenen Verkehrsmisere in Wien und in Österreich noch eine besondere Misere um sich greift. An der Umfahrung des Matzleinsdorfer Platzes steht ein Polizist nur am Rand und regelt den Verkehr nicht, weil er verhalten ist, nur am Rand zu stehen und für Ordnung zu sorgen. Währenddessen stauen sich die Kolonnen. Das, glaube ich, könnte man mit gutem Willen vermeiden.

Nun darf ich mich dem Gebiet zuwenden, das heute schon einige Male sehr intensiv behandelt wurde, das ist die gesamte Frage der Löhne und Preise. Der Kampf gegen den Preisauftrieb ist weltweit, meine Damen und Herren! Sie können die Gazetten der ganzen Welt lesen und werden überall dieselben Argumente finden, überall dieselben Schwierigkeiten, überall das Bestreben, diese Entwicklung einigermaßen zu bremsen. Wieso? Es ist der steigende Lebensstandard, es sind die steigenden Tarife der öffentlichen Hand, die wieder ihrerseits große Aufgaben zu erfüllen hat, es sind auch die steigenden Unkosten aller Art, nicht nur der Tarife und der Löhne, sondern auch eine ganze Reihe von Unkosten, die sich ununterbrochen im Steigen befinden und selbstverständlich die Unkostenposition der einzelnen Betriebe ins Uferlose ausweiten. Es sind aber auch die steigenden Löhne, die einen sehr wesentlichen Anteil an der Kostenentwicklung haben, und das insbesondere in den Dienstleistungsbetrieben, also im Handel, in der Distribution, im reinen Dienstleistungsbetrieb und ähnlichem mehr, wo die Lohnquote bekanntlich einen sehr entscheidenden Faktor darstellt. Die Vollbeschäftigung und der Wohlstand, die nun langsam in allen Ländern des Westens

eingezogen sind, vermehren die Nachfrage, sie verteuren selbstverständlich, wie dargelegt, die Kosten und führen damit, ob wir es wahrhaben wollen oder nicht, auch zu steigenden Preisen. Die Preise sind ja nicht etwas, was irgendwo bestimmt wird, wie immer so schön gesagt wird, sondern sie ergeben sich aus den Unkosten plus einem entsprechenden Ertrag. Die wachsenden Staatsausgaben, die überall festzustellen sind, ein expandierendes Budget, weil die Forderungen immer größer werden, und die öffentliche Hand als Triebfeder dieser Entwicklung kommen natürlich dazu.

Es wird dann immer die Frage gestellt: Was kommt zuerst, der Lohn oder der Preis? Ich glaube, das ist die gleiche Frage wie die, ob die Henne oder das Ei zuerst kommt. Einmal treiben die höheren Preise die Lohnforderungen, dann die Lohnforderungen die höheren Preise. Letzten Endes sind es die ständig steigenden Unkosten, die die Preise nicht zur Ruhe kommen lassen. Selbstverständlich ist es das Recht des Arbeitnehmers, an einer steigenden Produktivität, am Zuwachs an Produktivität Anteil zu nehmen, und selbstverständlich macht er von diesem Recht Gebrauch.

Es wurde heute schon darauf hingewiesen, jetzt wäre es an der Zeit, nicht mehr davon zu reden, daß die Lohnforderungen produktivitätskonform sein sollten, sondern daß Lohnforderungen mehr oder weniger unabhängig von der Produktivität behandelt werden sollten. Ich glaube, das ist eine volkswirtschaftlich nicht haltbare These, denn von irgendwoher muß es ja kommen. Wenn die Löhne in einem sehr starken Maß ansteigen, dann wird man doch nicht bestreiten können, daß das Steigen der Löhne selbstverständlich auf der Preisseite einen entsprechenden Widerhall finden muß. Ich werde der Statistik nur ein paar Worte widmen und nur ein paar Ziffern wiedergeben.

Es ist Tatsache, meine Damen und Herren — und das ist reine Statistik —, daß folgende Zahlen berücksichtigt werden müssen: Im Jahre 1960 betrug die Verbraucherpreisindexsteigerung 1,9 Prozent, ohne Saisonprodukte 1,5 Prozent. Die analogen Ziffern lauten für 1961 3,6 und 4,2 Prozent, für 1962 4,4 und 2,9 Prozent, für 1963 2,7 und 2,8 Prozent, für 1964 3,8 und 5,3 Prozent und für 1965 5 Prozent respektive 3,4 Prozent. Ich glaube, das gibt einen sehr klaren Hinweis auf die Situation, wie wir sie wirklich haben, und nicht, wie sie vielleicht ein paar Erzählungen darstellen könnten.

Ich werde Ihnen weiter gar nichts vorlesen, aber ich muß noch eine Zahl bringen, die zu einer ernsten Diskussion notwendig ist.

910

Nationalrat XI. GP. — 13. Sitzung — 20. Juni 1966

Mitterer

Ich spreche jetzt über etwas, was vorhin schon Kollege Dr. Staribacher angetönt hat. Es ist selbstverständlich nicht so — ich darf das bei Gott auch für mich in Anspruch nehmen —, daß wir nicht haben wollten, daß hier diskutiert und geredet wird. Eine ernste Diskussion, die sich nicht entweder immer wieder wiederholt oder ins Lächerliche abgleitet, wird jeder echte Demokrat begrüßen, denn Demokratie heißt Diskussion. Ich bin also weit davon entfernt, zu sagen: das ist nichts, und das, was wir sagen, ist richtig. Das bessere Argument soll siegen und gewinnen. Gestatten Sie mir also, daß ich meine Argumente zum Vortrag bringe.

Was die Wachstumsrate des Bruttosozialproduktes und der Verdienste der Arbeitnehmer in der Industrie anlangt, verhalten sich die Zahlen von 1960 bis 1965 wie 8 zu 3 und 8 zu 8. Sie haben sich immer weiter verändert. Interessant ist die Relationsziffer des Jahres 1965. Die reale Wachstumsrate des Bruttosozialproduktes betrug im Jahre 1965 3 Prozent, die Verdienste in der Industrie sind um 8,9 Prozent gestiegen. Es ist nun nicht so, wie man vielleicht sagen könnte, daß wir das jemandem nicht gönnen. Wir müssen uns aber darüber klar sein, daß ein Auseinanderklaffen der Produktivität und der Einkommen der Arbeitnehmer selbstverständlich eine Wirkung auf die Preise haben muß, weil die Rationalisierungsmaßnahmen, die man aus den Zahlen ersieht, einfach nicht mehr folgen konnten. Es ist nicht richtig, zu sagen, die Rationalisierung fängt alles auf. Außerdem, meine Damen und Herren, fängt die Rationalisierung im Erzeugungsprozeß mehr auf als in den Dienstleistungsprozessen, weil in den Dienstleistungsgruppen das Auffangen durch Rationalisierung und Modernisierung wesentlich schwieriger ist, was jeder Nationalökonom bestätigen wird.

Die Statistik sagt, daß einem Anstieg der Verdienste in der Industrie von 34,2 Prozent in den Jahren 1961 bis 1965 eine Erhöhung des Verbraucherpreisindexes im gleichen Zeitraum von 16,9 Prozent gegenübersteht. Das ist eine Tatsache, meine Damen und Herren. Sie können jetzt sagen, Papier ist geduldig, Statistiken stimmen nicht. Wenn Statistiken anerkannt und als Argument in die Waagschale geworfen werden, dann muß man sie nach beiden Richtungen anerkennen. Das war eine solche öffentliche Statistik, und ich stelle sie Ihnen gern zur Verfügung. Ich glaube, man soll die Dinge so ernst nehmen, wie sie wirklich sind. (Abg. Rosa Jochmann: Fragen Sie die Hausfrauen, die werden Ihnen die Antwort geben!) Gnädige Frau, ich sagte schon, entweder man anerkennt die Statistik oder man

vertritt den Grundsatz, es gibt drei Lügen: die Notlüge, die Gesellschaftslüge und die Statistik (Abg. Rosa Jochmann: Das ist keine Notlüge!) — dann ist das ein Scherzwort —, oder man kann die Statistik anerkennen. Wenn man sie aber anerkennt, dann geht es nicht an, die Statistik nur beim Preisindex anzuerkennen, beim Realeinkommen aber zu sagen: Das ist eine Sache, an die ich nicht glaube, die Hausfrauen werden uns antworten. Selbstverständlich muß man nüchterne Zahlen nach beiden Seiten hin anerkennen, oder man kann über solche Dinge überhaupt nicht diskutieren. (Abg. Ing. Häuser: Nur Gleiches mit Gleichem vergleichen!) Selbstverständlich, ich habe Gleiches mit Gleichem verglichen. (Abg. Ing. Häuser: Daher können Sie nicht die Erhöhung im Jahre 1965 mit der Entwicklung der Löhne im Jahre 1965 vergleichen, weil sie auf 1964 zurückgehen! Ich habe hier in diesem Haus von der Phasenverschiebung gesprochen!) Ich habe Ihnen die Ziffern vorgelesen, sie stimmen, Herr Kollege! Sie können nicht deshalb sagen, sie stimmen nicht, weil sie Ihnen nicht passen. So weit geht die Diskussionsmöglichkeit nicht. (Abg. Ing. Häuser: Gibt es eine Phasenverschiebung bei den Löhnen und Gehältern?) Ich habe Ihnen eine Statistik von fünf Jahren vorgelegt und nicht etwa die eines Zufallsjahres, und die spricht eindeutig für meine Argumentation.

Was die Frage, die sehr aktuell geworden ist, nämlich die der Baupreise, anlangt: Meine Damen und Herren! Wir dürfen uns darüber nicht wundern, wenn wir selber die Bauwirtschaft dadurch, daß immer mehr Wohnungsbau gefordert wird, anheizen. Wenn wir immer mehr die Konjunktur in der Bauwirtschaft überspannen, dann darf es uns nicht wundern, daß das zu entsprechenden Konsequenzen führt. (Abg. Rosa Jochmann: Die Leute brauchen Wohnungen!) Denn, meine Damen und Herren, die öffentliche Hand heizt die Bauwirtschaft an, indem sie plötzlich eine große Zahl von Wohnungen in Auftrag gibt. Selbstverständlich hat das Folgen auf der Preisseite, und zwar deswegen, weil die Bauarbeiter wissen, daß nur eine limitierte Zahl von Fremdarbeitern zur Verfügung steht und weil sie daher — wie wir es jetzt sehen — massive Lohnforderungen stellen. Es ist eine Illusion, zu glauben, daß im gleichen Augenblick, da Lohnforderungen von etwa einer Million Menschen, die jetzt zur Diskussion stehen, in der Bauwirtschaft und in anderen Branchen gestellt werden, die Preise nicht auch in Bewegung kommen.

Hier wurde gesagt: Der Preisuntermausschuß der Paritätischen Kommission hat manchmal entschieden, und die Betriebe haben sich nicht

Mitterer

darnach gehalten. Darauf muß ich Ihnen antworten, daß Preisanträge mitunter sieben bis acht Monate unbeantwortet und unerledigt bleiben und man von einem Unternehmer nicht erwarten kann, daß er sechs, sieben und acht Monate wartet. Wenn sich aber Betriebe trotz rascher Erledigung nicht daran halten, dann bestehen genügend Möglichkeiten. Ich brauche einem Mann wie Dr. Staribacher nicht zu sagen, welche Möglichkeiten hier noch immer bestehen. Außerdem, meine Damen und Herren, entscheiden nicht ein paar, die über die Stränge schlagen, die gesamte Situation. Aber daß zum Beispiel eine so massive Lohnforderung der Bauwirtschaft keine Änderung des Preisgefüges mit sich bringen wird, das glaubt doch kein Mensch. Jeder Nationalökonom wird es Ihnen bestätigen.

Dazu kommt noch etwas, meine Damen und Herren! Ganz offen und mit Recht wird gesagt: Eine so starke Steuerlast, wie wir sie heute in Österreich haben, drückt auf die Arbeits- und Leistungsfreude. Daher wird es unsere Aufgabe sein, in der gesamten Problematik Lohn- und Einkommensteuer etwas zu tun. Wir müssen uns klar sein, daß es dem einzelnen letzten Endes darauf ankommt, mehr zu verdienen. Es arbeitet niemand aus Altruismus, das ist von niemandem zu erwarten, ob das nun Arbeitgeber oder Arbeitnehmer sein mag.

Das Preistreibereigesetz besteht seit vielen Jahren. Ich möchte feststellen, daß 20 Jahre Sozialisten das Innenministerium verwalteten und daß Anzeigen nach dem Preistreibereigesetz nur in einer ganz kleinen Zahl erstattet wurden. Wenn uns die Sozialisten schon zumuten, daß wir immer nur für die Kapitalisten eintreten, was völlig falsch ist, aber wenn sie es uns schon unterstellen, dann frage ich: Warum haben denn die Innenminister durch 20 Jahre hindurch nicht jenes Wunder vollbracht, das Sie nun, meine Damen und Herren, in einigen Monaten vom Innenminister der ÖVP verlangen?

Das Rezept mit den wirtschaftlichen Maßnahmen ist, glaube ich, doch das bessere. Denn, meine Damen und Herren, wir haben ja in anderen Ländern gesehen, und wir haben in einer sehr unguten vergangenen Ära gesehen, daß Sie mit den schärfsten Maßnahmen nicht das erreichen können, was man durch ökonomisch richtig gezielte Maßnahmen viel besser erreichen wird. Zunächst sind es ökonomische Maßnahmen, ich werde darauf noch zu sprechen kommen. Aber es ist auch die Vernunft und die Einsicht auf beiden Seiten notwendig und nicht nur auf einer Seite.

Die Preisentwicklung in Österreich, meine Damen und Herren — auch das muß man aus-

sprechen —, ist durchaus nicht so, daß wir an der Spitze marschieren. Ich möchte nicht das sagen, was manchmal in Zeitungen steht oder gesagt wird, weil es falsch ist: Wenn die eine oder andere Partei am Ruder ist, dann steigen die Preise. Wenn man aber sagen sollte: „... dann steigen die Preise!“, dann muß ich Ihnen sagen: Die Statistik Europas spricht gegen Sie. Denn die ärgsten Preissteigerungen sind in Dänemark, Italien, Norwegen und Großbritannien festzustellen, Österreich liegt im guten Mittelfeld. Man kann also nicht behaupten, daß dort, wo Sozialisten sind, die Preise niedrig sind, und dort, wo die Bürgerlichen sind, die Preise hoch sind, das stimmt nicht. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Rosa Jochmann: Das sagen Sie alles den Hausfrauen! — Abg. Weikhart: Aber in Norwegen haben wir Bürgerliche!*) Ja, aber erst seit ein paar Monaten, Herr Staatssekretär. Sie werden zugeben, die Statistik kann die letzten drei Monate nicht berücksichtigen. Ich habe auch nicht behauptet, wo Ihre Parteifreunde sind, wird es sehr teuer. Ich hoffe, daß Sie nicht so demagogisch sein und sagen werden (*Abg. Ing. Häuser: Frankreich: 131!*): Dafür aber wird es dort, wo Ihre sind, teurer. In Wirklichkeit marschieren, wie ich Ihnen vorgelesen habe, die sozialistisch regierten Länder in der Preissteigerung an der Spitze, was mich persönlich nicht veranlaßt, zu sagen: Das ist die Preistreiberei ... (*Abg. Ing. Häuser zeigt eine Aufstellung und ruft: Spanien: 137! Das ist unwahr, was Sie sagen!*) Ich zeige Ihnen hier die Statistik, Sie können sie dann einsehen. (*Abg. Ing. Häuser: Da haben Sie die Statistik!*) Darf ich Ihnen sagen: Für mich ist Ihr Buch noch lange nicht die Bibel. (*Abg. Peter: Jetzt brauchen wir einen Statistikunterausschuß!*) Sicher, ich habe nicht behauptet, daß das alles falsch ist, aber gestatten Sie, daß ich Statistiken von allen möglichen Seiten herbeibringe. Ich habe sie nicht erfunden, ich habe sie auch nicht gezeichnet. Sie liegen hier auf, Sie können jederzeit Einblick nehmen und sie korrigieren.

(*Abg. Zeillinger: Jedem Abgeordneten seine eigene Statistik! — Abg. Ing. Häuser: Zitieren Sie richtig!*)

Ich möchte feststellen, daß voriges Jahr ein besonderes Jahr der Katastrophen war. Selbst in der Schweiz, die weiß Gott ein konsolidiertes Wirtschaftssystem aufweist, haben die Preissteigerungen über 5 Prozent betragen. (*Abg. Rosa Jochmann: Nur verdienen die mehr in der Schweiz!*) Gnädige Frau, ich rede jetzt von den Preissteigerungen, man kann nicht immerfort alles mischen, ich rede von Preissteigerungen, und Prozentsätze bleiben Prozentsätze; ob die mehr oder weniger verdienen, ist gleich. Das hat damit überhaupt

Mitterer

nichts zu tun. Nicht nur die Kälte war schuld, es war nicht nur die Katastrophe in Österreich schuld, meine Damen und Herren, sondern es war ein Katastrophenjahr in allen wichtigen Zentren Europas. Dieses Katastrophenjahr hat deshalb eine so enorme Verteuerung ausgelöst, weil auch die anderen Länder, die sonst als Lieferanten auftreten, eine ungeheure Preissteigerung mitgemacht haben. (*Abg. Probst: Haben wir Schweizer Löhne? Da schweigen Sie!*) Ich rede nur von Preissteigerungen in Prozenten und nicht von absoluten Preisen. Diese Zwischenrufe sind sehr demagogisch, und ich glaube nicht, daß man damit eine ernsthafte Diskussion auslösen kann. (*Zwischenruf der Abg. Rosa Jochmann.*) Vom Herrn Kollegen und nicht von Ihnen, das habe ich nicht gesagt.

Was nun die Frage der Kosten anlangt: einige Redner haben sie schon einige Male angeschnitten. Meine Damen und Herren! Die Kosten der Vermarktung — Sie wissen, das ist die Marktreifstellung — sind leider rasant gestiegen, aber nicht deshalb — ich werde auch auf die Einkommensverhältnisse ganz klar und deutlich zu sprechen kommen —, weil der eine oder andere zuviel verdient, sondern weil die Vermarktungskosten weltweit gestiegen sind.

Ein kleines Beispiel, das Sie selbst alle aus Ihrem eigenen Leben genau kennen. Sie wissen, daß heute ein Teil des Obstes auf dem Baum verfault, weil Sie niemanden mehr finden, der das Obst pflückt. Es gibt auch keine Beerenpflücker mehr. Früher haben sie auf dem Land Erdbeeren und Himbeeren bekommen, aber heute geht jeder Bub auf den Tennisplatz, dort verdient er als Ballklauber viel mehr. Wir haben doch heute eine Reihe von Zubringerdiensten nicht mehr, die früher sehr billig zu haben waren. Wozu noch kommt, daß zum Beispiel nach der Wiener Marktordnung die Kosten — ich muß fast sagen — künstlich verteuert werden. Wenn Sie heute als Greißler vis-à-vis den Großhandelstand haben und mit Ihrem kleinen Wagen dort einkaufen, müssen Sie sich eines Markthelfers bedienen. Es wird Ihnen aufgefallen sein, daß die noch nie von Streik geredet haben; sie sind nämlich so besoldet, daß sie wissen, daß es sehr gut ist, nicht davon zu reden.

Aber das kostet natürlich, meine Damen und Herren! Und auch der Gärtner hat heute ein Personal zu zahlen, das ungemein mehr kostet, weil sich niemand mehr findet, der diese unangenehme Arbeit vollbringen will.

Und den Verderb, meine Damen und Herren, bitte ich auch nicht zu vergessen. Es ist sehr schön, wenn Sie am Tage X vorrechnen können, was der Betreffende verdient. Aber wenn am

nächsten Tag das Obst verfault ist, dann gibt ihm kein Mensch etwas dafür, oder wenn die Erdbeeren davonlaufen, wenn er Steige um Steige bekommt — ich kann Ihnen das nachweisen und nicht nur behaupten —, die kaputtgehen, die natürlich kalkuliert werden müssen, denn von irgendwo muß er ja praktisch sein Leben entsprechend soutenieren!

Nun zu der Frage des Salates. Auch hier muß ich Ihnen ganz offen sagen: Normalerweise braucht der Salat vier Wochen in den großen Salatgebieten, bis er sukzessive abgeerntet ist. In diesem Jahr hat diese ganze Zeitspanne sage und schreibe eine Woche gedauert, verursacht durch warme Regen und durch eine sehr warme Witterung. Der Salat, der sonst normalerweise innerhalb von vier Wochen anfällt, ist in einer Woche angefallen. Und wenn Sie nun bedenken, daß auf dem Salat, wenn er heute nach dem Westen transportiert wird, eine sehr große Transportquote liegt, so werden Sie verstehen, warum sich niemand mehr findet, der das Risiko des Verderbs zu der Transportquote dazunimmt, wenn er gar nicht weiß, ob er den Salat an dem Tag, an dem er ihn nach dem Westen bringt, auch noch verkaufen kann.

So einfach, meine Damen und Herren, wie Sie sich das vorstellen, ist es leider nicht! Aber niemand spricht davon, daß die Gemüsepreise, die Obstpreise und die Eierpreise derzeit unter dem Niveau von 1964 liegen und nicht etwa auf dem Niveau 1965 oder nur um einen kleinen Prozentsatz zurückgegangen sind. Das wird als selbstverständlich quittiert, kein Mensch redet mehr davon. Aber es ist eine Tatsache, und man soll doch auch die Tatsachen anerkennen und nicht darüber hinwegschweigen, weil einem das einfach politisch nicht paßt.

Und wenn Sie nun sagen: Warum ist in der Fleischwarenindustrie ... (*Dem Redner wird ein Papiersäckchen und eine Rechnung gebracht und auf das Rednerpult gelegt.*) Danke vielmals. (*Rufe bei der SPÖ: Da ist ein Salat drinnen!*) — Nein, nein, kein Salat. (*Zwischenrufe und Heiterkeit bei der SPÖ.*) Lachen Sie erst ein bissel später, dann wird es Ihnen vielleicht zuwiderer werden: Es ist vom Konsum! (*Abg. Weikhart: Das ist ein Fleisch um 40 S! Her mit dem Fleisch um 40 S!*) Nein, nein. Das können Sie jederzeit haben. Ich lade Sie ein, mit mir morgen hinzufahren. (*Abg. Weikhart: Aber ich gehe morgen mit Ihnen!*) Das können Sie haben. Sie können das morgen sofort machen. (*Abg. Weikhart: Auf das bin ich neugierig!*) Sofern Sie nicht dann plötzlich die Abstimmung fordern und einer zuwenig da ist. Auf so etwas lasse ich mich nicht ein. (*Heiterkeit.*) So etwas haben wir schon einmal woanders erlebt!

Mitterer

Wir haben über den Fleischpreis gesprochen und über die Kosten des Fleisches, einerseits, wenn es der Bauer liefert, und andererseits, wenn es der Konsument kauft. Ich frage Sie: Wenn das wirklich ein so großartiges Geschäft ist, wie Sie es darstellen: das Fleisch vermarkten, das Fleisch verkaufen, warum haben Sie denn dann die Wiflag in Wien verkauft? Die Gemeinde Wien hat sie verkaufen müssen, weil sie nicht mehr drausgekommen ist! (*Beifall bei der ÖVP.* — *Abg. Dr. Staribacher:* Da müssen Sie die Landwirtschaftskammer fragen!) Herr Kollege Staribacher, das stimmt, aber die werfen es mir ja nicht vor, sondern Sie werfen es mir vor, und daher muß ich Ihnen antworten. (*Heiterkeit bei der ÖVP.* — *Abg. Dr. Staribacher:* Wenn Ihnen die Landwirtschaft die Preise nicht vorwirft: Uns wirft sie sie vor!)

Meine Damen und Herren! Diese Frage kann man nicht so allgemein und generalisierend behandeln, das muß man genau überlegen und prüfen. Der Preis des Schweinefleisches war voriges Jahr besonders niedrig. Das hat dazu geführt, daß die Landwirtschaft selbstverständlich die Schweinezucht reduziert hat, denn sie wird ja nicht etwas produzieren, wo sie überhaupt keine Preise mehr bekommt. Man kann Tiere nicht so produzieren, heute ja, morgen nein, das erfordert ja einen langen Anlaufprozeß. Und nun sind wir in echte Engpässe gekommen. Meine Damen und Herren! Die Importe von Fleisch — das wird Ihnen Herr Kollege Dr. Staribacher allein sagen, vor mir wird er natürlich „nein“ brüllen (*Heiterkeit*), er wird es Ihnen aber bestätigen — führen leider keinen Preisausgleich herbei, weil die Fleischpreise im ganzen Ausland sehr hoch liegen und daher solche Importe zwar das Angebot an sich vermehren, aber leider nicht in dem Maße preisdrückend wirken, wie wir es wünschen würden. Das ist auch eine Tatsache, meine Damen und Herren, über die Sie nicht hinwegdiskutieren können, sondern das ist nun einmal so.

Wenn Sie vom Kraut gesprochen haben — ich hätte Ihnen gewünscht, Sie hätten das Kraut nicht erwähnt. Ich habe nicht vorgehabt, die alten Dinge aufzuwärmen. Aber gerade vom Kraut hätte ich an Ihrer Stelle nichts gesagt (*Abg. Rosa Jochmann: Kraut ist besser, wenn es aufgewärmt ist!*), denn in Klagenfurt hat der Konsum das Importkraut mit 130 Prozent Gewinn verkauft! (*Pfui-Rufe bei der ÖVP.* — *Abg. Skritek:* Das ist eine wissentliche Unwahrheit, die längst widerlegt ist! — *Abg. Dr. Staribacher:* Es ist bereits festgestellt worden von einer Kommission, daß das eine Unwahrheit ist!) Nein, das ist keine Unwahrheit.

Nun darf ich Ihnen also sagen: Sie haben bezüglich der Kartoffeln hier Klage geführt und haben gesagt — ich weiß nicht, wer von den Damen und Herren es war —, daß der Konsum ohnedies so billig ist. Ich möchte gar nichts gegen den Konsum sagen. Er ist heute ein bei Gott kapitalistischer Betrieb, er ist weiß Gott nicht mehr so ein kleines Unternehmen. (*Abg. Preußler:* Er zahlt ganz gute Handelskammerbeiträge! — *Ruf bei der SPÖ:* Er ist ein guter Steuerzahler!) Ja, ich sage ja gar nichts, er ist ein sehr kapitalistischer Betrieb, wunderbar, alles in Ordnung! Beim Konsum kosten die Kartoffeln, die dem Bauern, wie Sie sagen, 50 Groschen bringen (*Abg. Rosa Jochmann: 60!*), oder 60, bitte, gnädige Frau, ich glaube, es wird Ihnen nicht mehr darauf ankommen, wenn ich Ihnen jetzt den Preis nenne ... (*Abg. Rosa Jochmann:* Das ist ohnehin wenig genug!) Also 60 Groschen haben Sie gesagt, stimmt das? Ja. Dann haben Sie immerhin einen ganz gesunden Nutzen gehabt, denn der Konsum kauft ja wahrscheinlich nicht beim bösen Zwischenhandel und beim bösen Großhandel, im Konsum kostet ein Kilogramm Kartoffeln — Sie werden es vielleicht nicht glauben, ich habe mir einen Zettel mitgeben lassen, damit Sie es sehen — 3 S! Da haben Sie ein paar davon! (*Der Redner nimmt das Papiersäckchen und die Rechnung und hält sie in die Höhe.* — *Pfui-Rufe bei der ÖVP.* — *Abg. Mayr:* Das ist ein Großverdiener, der Konsum! Was sagen da die sozialistischen Generaldirektoren vom Konsum? — *Abg. Glaser:* Was sagt der Dr. Staribacher jetzt dazu? — *Abg. Mayr:* Und noch dazu keine Steuer! Der Konsum zahlt nur einmal Umsatzsteuer! — *Abg. Weikhart:* Was kostet ein Kilogramm Kartoffeln woanders? — *Abg. Dr. Staribacher:* Es ist festgestellt worden, daß das eine Unwahrheit war!)

Präsident Wallner (*das Glockenzeichen gebend*): Bitte die Zwischenrufe einzustellen!

Abgeordneter Mitterer (*fortsetzend*): Hoffentlich werden Sie das nicht bestreiten! Da stehen die Kartoffeln, da liegt der Zettel, um Gottes Willen, das werden Sie doch hoffentlich glauben! (*Abg. Kern:* Herr Dr. Staribacher, schauen Sie sich das an!) Schauen Sie es sich an, Sie können es ja hier lesen, es steht ja zur Verfügung. Die Kartoffeln gehören dann mir, aber Sie können den Zettel haben!

Meine Damen und Herren! Sie haben von dem Käuferstreik gesprochen. Wir haben Ihnen von der Konsumentenberatung aus — die Frau Kollegin Weber wird es mir bestätigen — x-mal gesagt ... (*Abg. Minkowitsch:* Sie kann es nicht mehr erwarten! — *Abg. Minkowitsch* bringt der Abg. Rosa Jochmann die Rechnung vom Rednerpult. —

Mitterer

Abg. Benya: Was kosten sie beim Händler? Das würde uns interessieren! Das kommt noch! Was die Kartoffeln am 20. Juni beim Handel gekostet haben! Sie werden schon schauen! Darf ich jetzt dann einmal reden, meine Damen und Herren? — Gnädige Frau, ich gebe Ihnen eine Photokopie, Sie bekommen es im Original! (*Abg. Prinke: Wir geben Ihnen eine Photokopie!* — *Abg. Rosa Jochmann: Ich kann schreiben!*)

Meine Damen und Herren! Sie haben bezüglich des Käuferstreikes gesagt, er wäre gut und wir sollen das nicht heraufbeschwören. Frau Kollegin Weber und ich sitzen in der Konsumentenberatung und haben x-mal gesagt, wir sollten doch den Leuten sagen: Kauft nicht immer die teuren Sachen, kauft doch nicht immer die Primeurs, kauft nicht immer die Dinge, die teuer sind! Aber darf ich Ihnen hier antworten, meine Damen und Herren: Wir haben ja auch kein Interesse daran, daß gerade das, woran Mangel ist, besonders verlangt wird. Und was war die Folge? Wenn wir den Leuten gesagt haben: Kauft diese oder jene Waren jetzt nicht, sie sind zu teuer, dann haben sie genau diese Waren gekauft, und es war ihnen völlig gleich, ob sie teuer oder billig waren. Das ist die Realität.

Und nun möchte ich doch darauf hinweisen, daß sich die Landwirtschaft in der Frage einer liberalen Importpolitik sehr vernünftig verhalten hat. Wir haben in den letzten Monaten von der Landwirtschaft eine große Zahl von Freigaben für Importe bekommen, mit denen immer wieder versucht wurde, den Preis zu drücken. Man kann also nicht sagen ... (*Abg. Rosa Jochmann: Herr Abgeordneter, nur eine Frage: Sind das geschälte Kartoffeln, oder sind sie mit der Schale?*) Gnädige Frau, die Schalen sind noch darauf. Es nützt Ihnen alles nichts. (*Heiterkeit.* — *Abg. Prinke: Sie sind schon gekocht!*) Sie sind auch nicht vorgebacken. Es sind ganz normale Kartoffeln. (*Abg. Scheibenreif: Die sind natura!* — *Abg. Rosa Jochmann: Vielleicht nützt es mir doch etwas!* — *Anhaltende Zwischenrufe und Heiterkeit.*)

Nun bitte, möchten Sie mich doch sprechen lassen, ich habe Ihnen ja auch zugehört. Man merkt, wie kulant Sie im Zuhören sind. Es ist unmöglich, sich verständlich zu machen.

Präsident **Wallner** (*das Glockenzeichen gebend*): Ich bitte um Ruhe, damit die Verhandlungen in Ordnung fortgeführt werden können.

Abgeordneter **Mitterer** (*fortsetzend*): Nun hat die Landwirtschaft und das Landwirtschaftsministerium im weiten Maße Einfuhr-lizenzen erteilt beziehungsweise ihnen zu-

gestimmt, damit eine Preisdämpfung eintreten möge. Nun sagen Sie: Sowohl die Landwirtschaft als auch — und das insbesondere — der Lebensmittelhandel und diese Betriebe haben noch und noch verdient, und das ist die Folge.

Jetzt stelle ich eine andere Frage an Sie, meine Damen und Herren: Wie erklären Sie es sich, daß, obwohl wir uns angeblich in einer so wunderbaren Situation befinden und eine großartige Einkommensbasis haben, scharenweise die Kinder von Bauern und von Selbständigen davonlaufen, weil sie nicht mehr bereit sind, von vier Uhr früh bis sieben Uhr abends zu arbeiten und sich dann noch das Einkommen, das sie haben, vorwerfen zu lassen? Ich glaube, das sollte man auch einmal aussprechen. Teilen Sie einmal das Leben eines Greißlers, dann werden Sie vielleicht anders reden und nicht finden, weiß Gott, was der verdient, weil er einen bestimmten Prozentsatz aufschlagen kann. Er hat ja auch Kosten, und er hat heute eine Arbeitszeit zu erfüllen, von der Sie überhaupt keine Ahnung mehr haben! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es ist richtig, daß es, wie die Frau Kollegin Wondrack gesagt hat, einige Gruppen gibt, die sehr im Konjunkturschatten sind. Jawohl, das stimmt. (*Abg. Gertrude Wondrack: Und die auch arbeiten!*) Jawohl. (*Abg. Gertrude Wondrack: Und die auch arbeiten, von der Früh bis am Abend, Herr Abgeordneter Mitterer, im Akkord!*) Ja, Sie brauchen es mir gar nicht zehnmal zu sagen, ich bin weder taub noch schon verblödet. Ich weiß es schon. (*Heiterkeit.*) Ich weiß ganz genau, daß es eine ganze Reihe von Gruppen gibt, die heute im Konjunkturschatten leben. Ich weiß es ganz genau. Aber, meine Damen und Herren, Sie können aus den wenigen Gruppen, die heute noch in schwieriger Position sind, nicht alles ableiten. Es sind allerdings jene Gruppen, die viel weniger Forderungen stellen als jene Gruppen, die bei Gott heute gut bezahlt sind und die ein gutes Auskommen haben. Man kann also nicht daraus, daß es einige Gruppen in diesem Staate gibt, die ein relativ kleines Einkommen haben, ableiten, wie schlecht es allen gehe und wie berechtigt die Lohnforderungen seien.

Nun darf ich Sie bitten, daß Sie sich einmal die Steuerstatistik ansehen. Sie werden dann sehen, wie unglaublich diese Einkommen sind, und werden sich dann auch fragen müssen, ob es nicht richtig wäre, sich einmal sachlich mit diesen Fragen auseinanderzu-setzen und nicht nur Behauptungen aufzu-stellen, die letzten Endes nicht aufrechterhalten werden können.

Mitterer

Ich möchte also bitten, daß Sie doch ein bißchen Gerechtigkeit walten lassen und nicht so demagogisch sagen: Was kostet die Kirsche am Baum, und was kostet sie beim Händler? Na, bringen Sie sie einmal vom Baum zum Händler, dann werden Sie ja sehen, was Sie an Kosten haben. Aber von diesen Kosten wird überhaupt nicht gesprochen.

Und dann wird gesagt: Der betreffende Arbeiter hat soundsoviel, und der Betrieb zieht einen Nutzen von dem, was der Arbeiter verdient. Natürlich hat er den, denn, meine Damen und Herren, er muß ja auch seinen Betrieb aufrechterhalten, er muß Werkzeug zur Verfügung stellen, er muß ja Steuern zahlen, er hat seine Unkosten, er hat seine Angestellten! Ja glauben Sie, das kann von der Luft bezahlt werden? Natürlich hängt an jeder Arbeitsstunde eines Arbeiters auch eine Quote von Betriebskosten, und das werden Sie mit noch so großem Aufwand an Stimmen und Behauptungen nicht ändern können.

Die Preisentwicklung war heuer wesentlich ruhiger als voriges Jahr. Das werden Sie doch wohl nicht bestreiten können. Ich glaube, der Herr Innenminister ... (Abg. Jungwirth: Herr Kollege Mitterer, wie erklären Sie sich das, daß in Wien das Kilogramm Ananaserdbeeren 12 S und in Innsbruck 24 bis 28 S kostet?) Leider Gottes oder Gott sei Dank ist das so, je nachdem, ob Sie in Innsbruck oder in Wien wohnen. Ich habe Ihnen aber gerade gesagt: Wenn Sie Erdbeeren transportieren, wissen Sie genau, was nach sechs oder acht Stunden passiert. In der Nähe von Wien sind die großen Erdbeeranbaugebiete. Nach Innsbruck haben Sie mindestens einen Tag zu fahren, und niemand nimmt das Risiko auf sich, diese leicht verderblichen Früchte zu transportieren. (Abg. Jungwirth: Aber 14 S Unterschied?) Das ist doch eine Tatsache, das können Sie doch nicht wegleugnen! Das ist doch ganz verständlich. Die Fische kosten doch auch am Meer weniger als im Landinnen! (Abg. Glaser: Nehmen Sie Erdbeeren, transportieren Sie sie nach Innsbruck, und dann werden Sie sehen, wie viele noch gut sind!)

Ich möchte also nochmals sagen, meine Damen und Herren — das ist von einer Reihe von Instituten festgestellt worden —, daß der Preisauftrieb heuer zwar noch vorhanden, aber gegenüber dem Vorjahr wesentlich ruhiger geworden ist. Dem Herrn Innenminister, der erst seit einigen Monaten dieses Amt verwaltet, kann aus diesem Grund weiß Gott kein Vorwurf gemacht werden. Es ist wahrscheinlich auch notwendig — und wir sind ja dabei —, die Berechnung des sogenannten Einkaufskorbes zu ändern, weil ja heute darin Konsumgewohnheiten enthalten sind, die es in Wahrheit gar nicht mehr gibt.

Und wie viele Preise unverändert geblieben sind, ja niedriger geworden sind, meine Damen und Herren, davon redet kein Mensch. Daß wir zum Beispiel auf dem Elektrosektor die große Aktion „Zu Nettopreisen zurück“ gestartet haben, gegen die Rabattitis, davon redet heute kein Mensch mehr. Sie ist aber durchgeführt worden, und wir von der Konsumentenberatung haben uns sehr bemüht. Wenn uns das noch immer nicht zur Gänze gelungen ist, so soll man doch wenigstens die Bemühungen anerkennen und nicht sagen: Nichts ist geschehen, alles ist teurer geworden!, wenn das Gegenteil richtig ist.

Über den Konsum haben wir schon gesprochen, ich brauche nicht mehr darüber zu sagen. Im übrigen ist es mir vollkommen klar: Auch der Konsum hat Spesen, auch der Konsum muß selbstverständlich kalkulieren, und da er heute eine sehr mächtige Institution geworden ist, eine sehr große Wirtschaftsorganisation, die sehr schöne Erträge abwirft, ist es begreiflich, daß er auch nichts mehr verschenken kann. (Abg. Ing. Scheibengraf: Er bezahlt auch seine Bediensteten entsprechend!) Ja, sicher, er bezahlt die Bediensteten. Wir bekommen sie ja auch nicht geschenkt, sonst würden sie schon davongelaufen sein, Herr Kollege, das ist ja auch klar! (Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.— Abg. Ing. Scheibengraf: Sie laufen Ihnen ja ohnehin davon! Sie jammern doch dauernd!)

Was die koordinierten Maßnahmen anbelangt: Ich bin völlig Ihrer Meinung, daß es vielleicht möglich sein wird, noch besser, noch richtiger zu koordinieren. Aber eines muß ich Ihnen dazu sagen: Erfordern würde das, daß auf beiden Seiten ein guter Wille vorhanden ist und nicht das Bestreben, dem ehemaligen roten Innenminister alles wegzunehmen an Schulden und zu sagen, der schwarze Innenminister ist an allem schuld. Meine Herrschaften, von diesen Ideologien ausgehend werden wir zu keiner Einigung und zu keiner Besserung kommen! (Beifall bei der ÖVP.— Zwischenrufe bei der SPÖ.) Wir haben nicht behauptet, daß alles, was Sie gemacht haben, schlecht war, und ich bitte Sie, auch unseren Ministern nicht grundsätzlich zu unterstellen, sie machen es schlecht, falsch und unrichtig und Ihre haben alles wunderbar gemacht. Wenn dem nämlich so wäre, dann wäre es vielleicht nicht zu einer solchen Änderung gekommen, denn ganz dumm ist ja der Wähler auch nicht, der uns und nicht Ihnen die Mehrheit gegeben hat! (Beifall bei der ÖVP.)

Ich glaube, wir sollen auch noch etwas erkennen, meine Damen und Herren: Die Nationalökonomie und deren Gesetze kann man nicht mit der Polizei bekämpfen und auch

916

Nationalrat XI. GP. — 13. Sitzung — 20. Juni 1966

Mitterer

nicht mit drakonischen Maßnahmen, denn diese Maßnahmen und diese Polizeiaktionen haben nicht einmal in diktatorischen Staaten des Ostens zum Erfolg geführt. Es ist sehr interessant, daß heute noch in Rußland 90 Prozent der Gemüseanlieferung für Moskau aus den winzigen kleinen Privatbetrieben erfolgt und nur 10 Prozent aus den Kolchozen. Das zeigt also, daß man selbst dort, wo man vor drastischen Mitteln nicht zurückschrekt, keine Lösungen gefunden hat.

Und noch etwas: Es gibt sicher da und dort schwarze Schafe. Der Herr Kollege Staribacher hat gesagt: Ja, Sie werden das sagen! Natürlich gibt es die! Die gibt es überall, meine Damen und Herren: beim Arbeitnehmer, beim Arbeitgeber, bei Rot und Schwarz und allen möglichen Farben! Es ist gar nichts dagegen zu sagen, wenn Sie dort, wo Sie glauben, daß etwas Ungesetzliches geschieht, die Anzeige machen und das Gericht entscheiden lassen, was hier Rechtens war oder nicht. Aber fällen Sie keine Pauschalurteile, die den Unschuldigen verletzen und beleidigen! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich glaube also, daß wir mit gemeinsamen Anstrengungen von allen Seiten ohne Demagogie und ohne andere zu beschuldigen und zu sagen: dieser ist schuld und jener ist schuld!, versuchen und überlegen sollten, diesem Problem, das heute die ganze Welt beschäftigt — ob Sie nun amerikanische, englische, französische Zeitungen lesen, es ist überall daselbe —, an den Leib zu rücken. Ich bin überzeugt, daß es gelingen wird, sicher nicht einen totalen Stillstand herbeizuführen, weder bei Löhnen noch bei Preisen, aber jene Entwicklung einzuleiten, die es möglich macht, diese Steigerungsrate auf ein Minimum herabzudrücken, auf ein erträgliches Maß zurückzuführen.

Nun, meine Damen und Herren, noch einen ganz kurzen Hinweis auf eine Frage. Es ist ein sehr heißes Eisen, ich hoffe, Sie werden es mir nicht übelnehmen, wenn ich sie beantworte. Ich beantworte sie nur, ich möchte das deutlich sagen. Es war ja heute relativ ruhig, ich bitte Sie also, jetzt nicht gleich wieder allergisch zu werden. Wir sind es ja auch nicht geworden, als Sie davon geredet haben.

Die Ausstellung eines Reisepasses, meine Damen und Herren, ist keine Sympathiekundgebung, wie der Herr Bundeskanzler sehr richtig gesagt hat, sondern ein Verwaltungsakt, gestützt auf Recht und Gesetz und auf den Spruch eines Gerichtes. Und außerdem, meine Damen und Herren, Sie sagen immer: Jetzt hat er den Paß, jetzt stellt er die finanziellen Ansprüche! Ja, meine Damen und Herren: Finanzielle Ansprüche können Sie

vom Inland und vom Ausland aus stellen, das hat damit überhaupt nichts zu tun.

Und noch etwas: Wenn er nun den Anspruch stellt, so haben wir deutlich gesagt, daß nach unserer Meinung kein Anspruch berechtigt ist. Mehr können wir nicht sagen. Wenn jemand — ganz egal, ob das nun Dr. Habsburg ist oder irgend jemand anderer — glaubt, einen Rechtsanspruch an den Staat zu haben, so steht es ihm frei, zu Gericht zu gehen und diesen Anspruch geltend zu machen. Wenn das Gericht ihn ablehnt, dann ist er abgelehnt. Wenn das Gericht den Anspruch anerkennt, dann ist er anerkannt! Denn eines gilt hier noch in Österreich: Recht muß Recht bleiben, ob für Habsburg oder irgend jemand anderen, das hat damit überhaupt nichts zu tun! (*Beifall bei der ÖVP. — Rufe: Die Erdäpfel! — Abg. Mitterer nimmt das Säckchen mit Erdäpfeln vom Rednerpult. — Abg. Peter: Nehmen Sie doch dem Zeillinger nicht die Erdäpfel weg, Herr Mitterer! — Heiterkeit.*)

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Zeillinger. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Zeillinger (FPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Nachdem in der fünften Stunde der Budgetdebatte über das Kapitel Inneres auf Grund des Beweismaterials der Kartoffeln etwas Leben in die Debatte gekommen ist, möchte ich als Sprecher der Freiheitlichen hier noch zu zwei Themen Stellung nehmen: erstens zu dem Kapitel, um das es wieder etwas stiller geworden ist, zum Zivilschutz, und zweitens zu dem Kapitel, über das sich jetzt die Gemüter erregen, zu den Preissteigerungen.

Zur Frage des Zivilschutzes haben sich interessanterweise die Sprecher beider Parteien auf das bitterste beklagt, daß für den Zivilschutz in Österreich nur eine Art Trinkgeld von 7,7 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt wird.

Der Sprecher der ÖVP hat die Frage aufgeworfen, warum ausgerechnet in Österreich nicht mehr dafür ausgegeben wird. Ich darf Ihnen, Herr Kollege Regensburger, auf diese Frage antworten: Weil Ihre Regierung, weil der Herr Finanzminister nicht bereit war, mehr als 7,7 Millionen Schilling für den Zivilschutz in Österreich auszugeben.

Von sozialistischer Seite wurde der Vorwurf erhoben, daß in diesem Budget nur 7,7 Millionen Schilling hiefür enthalten sind. Sie haben dabei, meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei, übersehen, daß die Volkspartei als Alleinregierung ja nur einem Fehler aus der Vergangenheit zugestimmt hat, dem Sie ein Jahrzehnt Ihre Zustimmung gegeben

Zeillinger

haben. Es ist einfach in Österreich üblich geworden, den Zivilschutz mit einem Trinkgeld abzuspeisen. Die Volkspartei setzt die schlechte Tradition der gemeinsamen Regierung mit der Sozialistischen Partei fort.

Bedenklich sind die Zahlen, die wir heute auch schon gehört haben: Die Staaten rund um Österreich geben das 10-, 20-, 60-, 100fache dessen aus, was Österreich pro Kopf der Bevölkerung für den Zivilschutz ausgibt. Die Schweiz, die von beiden Seiten dieses Hauses so gerne in der Frage der Neutralität und der Landesverteidigung zitiert wird, gibt etwa das Siebenfache für den Zivilschutz, für die Sicherheit ihrer Bevölkerung aus. Warum nimmt sich die Regierung jetzt und warum nahm sich die Regierung in der Vergangenheit nie in dieser Frage an der Schweiz ein Vorbild? Die Bundesrepublik gibt fast 100 S pro Kopf der Bevölkerung, also fast das 100fache dessen aus, was man in Österreich dafür auszugeben bereit ist.

Meine Damen und Herren! Wir sind hier drei Parteien. Ich muß sagen: Es muß für einen Minister geradezu ein Vergnügen sein, zuzuhören, wie die Volkspartei den Sozialisten, die Sozialisten der Volkspartei die Schuld gibt, wenn sie bei den Fragen des Zivilschutzes wie bei den Fragen des Preises feststellen, was alles schlecht ist und wie sie es besser machen wollen. Aber keiner von ihnen ist bereit, irgend etwas zu machen, um die Zustände zu ändern. Wir haben doch die Mehrheit, wir 165 Abgeordnete stellen fest, daß es ein Skandal ist, daß man bei uns, in einem Land Europas, wo jeder Staat ein 50- bis 100faches unserer Aufwendungen für die Sicherheit seiner Bevölkerung ausgibt, nur 7,7 Millionen Schilling dafür übrig hat. Und keiner der Sprecher — weder der der Regierungspartei noch der der zweiten Oppositionspartei — ist bereit, seine Stimme dafür herzugeben, daß dieser Betrag von 7,7 Millionen Schilling geändert wird.

Es wird zu spät sein, wenn im Ernstfall hunderttausende Opfer anklagen, daß wir heute keine Vorsorge für den Zivilschutz getroffen haben. Es wird zu spät sein, wenn dann festgestellt wird, daß die heutige Regierung für alles, für die Verwaltung, für alle Ausgaben, Geld gehabt hat, nur nicht für das Leben und für die Sicherheit der Staatsbürger. Das Klagen vor dem Mikrophon, Herr Kollege von der Regierungspartei, damit es die Rundfunkhören hören, nützt gar nichts! Ihre Partei ist jetzt so schuld, wie es in der Vergangenheit die Koalition war, daß in Österreich für den Zivilschutz kein Geld zur Verfügung gestellt wird und daß wir einem kommenden Krieg schutzlos preisgegeben werden. Das ist die Anklage, die die freiheitliche Opposition seit

einem Jahrzehnt in diesem Hause erhebt, wo Sie immer nur Worte des Bedauern gefunden haben, aber nie bereit waren, auch nur einen Schilling mehr für den Zivilschutz, für das Leben und für die Sicherheit der Staatsbürger auszugeben.

Ähnlich ist es mit der zweiten Frage, mit der Frage der Preissteigerungen. Beide Parteien in diesem Hause klagen an, beide Parteien stellen in völliger Übereinstimmung mit uns fest, daß das Leben in Österreich immer teurer geworden ist.

Aber, Herr Kollege Mitterer, in einem Punkte muß ich Ihnen entgegentreten: Es ist für den österreichischen Konsumenten ein schlechter Trost, daß es sozialistische Staaten in Europa gibt, wo das Leben noch teurer ist als in Österreich. Es wäre viel schöner, wenn wir uns nach jenen Staaten orientieren würden, wo es billiger ist.

Beide Parteien klagen die Preissteigerungen an, beide Parteien finden Schuldige. Sie von der Sozialistischen Partei sagen, der Händler, der Zwischenhändler sei schuld, während die Sprecher der Regierungspartei — allerdings waren jene des Arbeiter- und Angestelltenbundes bei diesem Kapitel etwas ruhiger — sagen, die ständig steigenden Lohn- und Gehaltsbelastungen seien schuld. Beide finden einen Schuldigen, aber niemand ist bereit, hier der Regierung die Schuld zu geben. Eigentlich, muß ich sagen, ist der Innenminister in der Diskussion sehr gut weggekommen. Denn es ist der Zwischenhandel schuld, es sind die Löhne der Arbeiter schuld, aber niemals findet man die Schuld bei der Regierung, die in der Vergangenheit alles getan hat, wie sie in der Gegenwart alles tut und wahrscheinlich auch in der Zukunft alles tun wird, um die Preise in Österreich steigen zu lassen. Die gestiegenen Preise sind doch nicht das Produkt irgendeines wildgewordenen Zwischenhändlers, genausowenig wie sie das Produkt irgendeiner Lohnforderung sind, sondern sie sind eben das Produkt einer jahrzehntelangen Regierungsarbeit, an der Sie, meine Herren von der Sozialistischen Partei, aber genauso schuld sind wie die Volkspartei. Es ist ja nicht nur seit dem 6. März teurer geworden, es gab vor dem 6. März genauso ständige Preissteigerungen in Österreich, wie es nach dem 6. März um nichts besser geworden ist, seitdem die Volkspartei allein die Mehrheit in Österreich hat.

Sie haben in der Vergangenheit alle preissteigernden Maßnahmen gemeinsam beschlossen. Ich darf nur an die Beförderungssteuer erinnern. Sie ist von der Volkspartei und von der Sozialistischen Partei gemeinsam beschlossen worden.

918

Nationalrat XI. GP. — 13. Sitzung — 20. Juni 1966

Zeillinger

Heute wurde von Volkswirtschaft und volkswirtschaftlichen Gesetzen sehr viel gesprochen. Es ist doch selbstverständlich, daß dann, wenn wir Beförderungssteuern einführen, der Transport der Konsumgüter teurer wird. Genauso wird er dann teurer, wenn wir die Bahn oder die Postfracht verteuern. Dann darf man sich heute nicht darüber beklagen.

Als Salzburger sind wir genauso betroffen wie Sie in Tirol oder in Vorarlberg, wenn die Konsumgüter in den westlichen Bundesländern, soweit sie aus dem Osten, aus Wien und aus Ostösterreich, kommen, teurer geworden sind. Hier kann nur der mit Recht kritisieren, der in der Vergangenheit gegen die preissteigernden Maßnahmen gestimmt hat, und das waren allein die Freiheitlichen. Sie von der Sozialistischen Partei haben genauso wie Sie von der Volkspartei dagegen geredet, aber aus Koalitionstreue jedes preistreibende Gesetz gemeinsam mit der ÖVP beschlossen. Jetzt ist es natürlich seit zwei Monaten anders. Jetzt hat die Volkspartei allein die Mehrheit, jetzt hat sie allein die Verantwortung, jetzt wird sie die bisherige Tradition, das, was sie früher gemeinsam mit den Sozialisten gemacht hat, allein fortsetzen. Die Benzinsteuer, die vor kurzem eingeführt worden ist, wird natürlich auch auf die Preise geschlagen, natürlich wirkt sie ebenfalls preissteigernd. In Kürze werden die Bahnpreise erhöht werden, natürlich wird das zu weiteren Preissteigerungen führen. Ich darf Ihnen hier nur einige Beispiele bringen.

Wir haben heute sehr viel vom Fleischpreis gehört. Wir haben soeben in unserem Lande, in Salzburg, auch Verhandlungen darüber gehabt. Ich muß mit Bedauern feststellen, daß auch die sozialistischen Vertreter der Arbeiterkammer — ich habe den Kollegen Staribacher schon darauf aufmerksam gemacht — einer Erhöhung des Schweinefleischpreises um 6 S bis 8 S pro Kilo für diese Saison unter der Bedingung zugestimmt haben, daß dafür der Rindfleischpreis nicht steigt, also eine solche Kopplung ... (Abg. Dr. Staribacher: Das stimmt auch wieder nicht!) Herr Kollege, das stimmt. Ich mache Sie aufmerksam, das ist in der Zeitung gestanden. Da hat Ihre Partei genausowenig opponiert. Es ist bereits veröffentlicht worden, es war das Ergebnis von Verhandlungen. Nicht die Fleischhauer, nicht die Bauern sind schuld, auch nicht die Vertreter der Arbeiterkammern, die letzten Endes dort zugestimmt haben, Herr Kollege, sind schuld, sondern das ist eben das Ergebnis. Sie brauchen nicht, Herr Kollege Staribacher, immer dann mit der Hand abzuwinken, wenn es Ihnen unangenehm ist. Das Fleisch kostet 80 S; es kostet beim roten Fleischhauer genauso viel wie beim schwarzen, und es ist beim

sozialistischen Fleischhauer nicht billiger, also kann es an dem Fleischhauer allein nicht liegen. (Abg. Probst: Wie ist es bei den freiheitlichen? Gehen wir dorthin! — Abg. Weikhart: Bei den „Blauen“!)

Herr Kollege, ich verweise noch einmal auf die Vereinbarung, die zum Beispiel im Bundesland Salzburg getroffen worden ist. Ich möchte noch einmal sagen: Ich mache deshalb den Vertretern der Arbeiterkammern, die zugestimmt haben, keinen Vorwurf. Sie haben es als einen Erfolg angesehen, daß sie — wenn es wahr ist — wenigstens den Rindfleischpreis für diese Saison noch einmal auf der gleichen Höhe halten konnten. Sie mußten zustimmen, weil es einfach rechnerisch nachgewiesen worden ist. Dank der Politik, die Sie in der Vergangenheit getrieben haben, sind die Spesen derartig gestiegen, daß die Preise nachgezogen werden mußten. Aber, Herr Kollege, jetzt darf man nicht vor dem Mikrophon sagen: Wir Sozialisten sind dagegen, denn die Sozialisten sind genauso für die Preissteigerungen verantwortlich. Ich möchte auf das Beispiel, das mein Vorredner gebracht hat, verweisen; ich muß es unterschreiben. Ich bin ein Mensch — vielleicht kann es mir der eine oder der andere bestätigen —, der jede Woche auf den Markt, in Geschäfte und in den Konsumverein geht, um sich die Preise anzuschauen.

Wenn der private Handelstreibende wirklich solch ein Gauner und Verbrecher wäre, daß er für das Salathäuptel, für das der Bauer nur 10 Groschen bekommt, 1,50 S und 2 S verlangt, dann dürfte das Salathäuptel im Konsumverein ja nur 20 Groschen kosten. Ich darf Ihnen versichern, Herr Kollege, daß — ich besuche in Wien und in Salzburg die Konsumgeschäfte genauso wie die privaten Geschäfte — die Preisdifferenzen minimal, manchmal fast nicht feststellbar sind. Ich habe Preise festgestellt, die im Konsum sogar höher waren als im privaten Handel. Wenn alle diese Vorwürfe gegen den Handel und den Zwischenhandel stimmen, muß ich Sie fragen: Wieso verlangen die Konsumvereine, die ja unter wesentlich günstigeren Bedingungen einkaufen, die wesentlich billiger kalkulieren können, die steuerlich begünstigt sind, genauso viel wie der Handel, der mit all den Vorteilen, die Sie ihm zum Vorwurf gemacht haben, ausgestattet ist? Danach muß ja der Konsumverein wesentlich mehr verdienen als der private Handelstreibende, Herr Kollege Staribacher, oder er müßte wesentlich billiger sein. Wenn das Salathäuptel nur 10 Groschen kostet, dann muß ich sagen: Nennen Sie mir den Konsumverein, wo man es um 20 Groschen bekommt, ich kenne keinen. (Ruf bei der SPÖ: 45 Groschen!) Stimmt! Ich weiß wohl: 2 Salathäuptel um

Zeillinger

90 Groschen zu einer Zeit, in der ich in einem anderen Geschäft für das Salathäuptel 50 Groschen bezahlt habe. Warum der arme Rentner oder die alleinstehende Frau 2 Salathäuptel kaufen müssen, damit sie sich 5 Groschen ersparen, das sind, meine Herren, kapitalistische Grundsätze (*Heiterkeit*), nämlich zu sagen: „2 Häuptel 90 Groschen, 1 Häuptel 50 Groschen“! (Abg. Mondl: *Für kinderreiche Familien!*) Ich würde es, wenn ich Sozialist wäre, strengstens ablehnen, solche Geschäfte zu machen.

Ich muß Ihnen also noch einmal sagen: Mich können Sie erst dann überzeugen, wenn Sie mir sagen: Wir haben dort, wo wir einen Einfluß haben, wo Betriebe unter sozialistischer Führung stehen, nachgewiesen, daß wir um 50, 40, 30 oder nur 20 Prozent billiger arbeiten als die anderen Wirtschaftstreibenden.

Es ist so billig, in diesem Haus immer nur zu sagen: Der Wirtschaftstreibende, der Zwischenhandel ist schuld. Genauso billig ist es aber auf der anderen Seite, zu sagen: Die dauernden Lohnforderungen der Arbeitnehmer sind schuld. Die Lohnforderungen sind ja auch wieder nur eine Folge der mittlerweile gestiegenen Preise. Sie müssen natürlich auch bewilligt werden, weil ja tatsächlich die Preissteigerungen immer weiter fortgeschritten sind. (Abg. Gertrude Wondrack: *Dann lassen wir alles beim alten und sind wir zufrieden, daß wir die hohen Preise bezahlen!*) Frau Collega, ich habe Ihren Zwischenruf nicht gehört. (Abg. Gertrude Wondrack: *Dann lassen wir alles beim alten!*) Frau Kollegin! Ich möchte gleich sagen: Alles beim alten möchte ich deswegen nicht lassen, weil das Alte gar nicht so gut war, es war immer nur noch besser, nachdem alles teurer wird. Frau Collega! Ich muß noch einmal sagen: Die Wurzel liegt ja nicht ... Ich glaube, ich bin der letzte, der die Regierungsmehrheit in diesem Hause verteidigt, das möchte ich in aller Offenheit hier sagen. (Abg. Dr. Pittermann: *Beruf ist Beruf, Zeillinger!*) Herr Vizekanzler Pittermann! Das hat nichts mit Beruf zu tun, das hat nur etwas mit meiner Überzeugung zu tun. Ich wäre dann überzeugt, wenn es bis zum 6. März gelungen wäre, die Preise irgendwie stabil zu halten. Ich gebe zu, daß Anzeichen dafür vorhanden sind, daß jetzt die Preise etwas rascher steigen, als sie in der Vergangenheit gestiegen sind. Für den Konsumenten sind sie in der Vergangenheit gestiegen. Und nur für den Konsumenten machen wir die Politik und nicht für irgend jemand anderen!

Wir müssen schauen, daß wir die Preise stabil halten, denn, Frau Kollegin, Sie können nicht sagen, daß die Preise, solange die Sozialistische Partei in der Regierung war, stabil

waren und daß sie seit dem 6. März explodiert sind und alles teurer geworden ist.

Wir haben eine seit vielen Jahren andauernde Preissteigerungswelle in Österreich. Sie war vor dem 6. März, sie war nach dem 6. März festzustellen. (Abg. Kranebitter: *So wie in allen anderen Staaten!*) Nein, Herr Kollege, das ist ein Irrtum! Es ist interessant. Man sagt immer wieder: So wie in allen Staaten! Herr Kollege Kranebitter! Warum zitieren Sie nicht andere Staaten im Zusammenhang mit dem Zivilschutz, bei dem es um Ihr Leben und um das Leben Ihrer Kinder geht? Man hörte, daß in der Schweiz 65 S und in Österreich nur 1 S pro Kopf hiefür ausgegeben wird. Das Leben ist Ihnen gleichgültig. Sie sind bereit, für andere Dinge hunderte Millionen Schilling, hunderte Millionen für die Beamten zu bewilligen, Herr Kollege Kranebitter! Bleiben wir bei der offenen Politik! Sie zitieren nur jene Staaten, die Ihnen bequem sind.

Sicherlich wird es sozialistische Staaten geben, in denen die Lebenshaltungskosten noch höher sind als in Österreich. Die Sozialisten werden nachweisen können: Es wird christliche Staaten geben, wo das Leben noch teurer ist als in Österreich. Wenn zum Beispiel bei uns keine Wohnungen gebaut werden, sagen wir: Es gibt in Afrika Staaten, wo noch weniger Wohnungen gebaut werden. Aber wir meinen, daß wir uns endlich ein Beispiel an Regierungen und an Staaten nehmen müssen, wo es besser ist als in Österreich. Herr Kollege Kranebitter! Das ist der Unterschied zwischen der Auffassung der Volkspartei und der der Freiheitlichen. Wir orientieren uns nach Staaten, wo es besser ist als in Österreich, und Sie ziehen immer jene Staaten zum Vergleich heran, in denen es noch schlechter ist als in Österreich. Das ist die Politik, die Sie hier mit Ihrem Zwischenruf noch verteidigt haben.

Früher waren die Volkspartei und die Sozialistische Partei gemeinsam für alles verantwortlich. Heute sagt die Sozialistische Partei mit Recht, daß die Volkspartei allein verantwortlich ist. Aber an der Tatsache der Preissteigerungen hat sich nichts geändert. Für den Konsumenten ist alles gleich geblieben. Wir Freiheitlichen stehen auf dem Standpunkt: Ursache und Schuld an den Preissteigerungen ist nicht nur dieses Budget, sondern schuld waren auch jene Budgets, die in der Vergangenheit von der Mehrheit dieses Hauses beschlossen worden sind, früher von der Volkspartei und von der sozialistischen Mehrheit, und heute mit kaum geänderter Besetzung von der Volkspartei allein. Wer dem Budget zugestimmt hat, war in der Vergangenheit für die Preissteigerungen verantwortlich, und wer jetzt

920

Nationalrat XI. GP. — 13. Sitzung — 20. Juni 1966

Zeillinger

dem Budget zustimmt, wird es in Kauf nehmen müssen, unausweichlich auch wieder nach volkswirtschaftlichen Grundsätzen, Herr Kollege Mitterer, daß spätestens in einem halben Jahr die Lebenshaltungskosten in Österreich um 4 bis 5 Prozent gestiegen sein müssen.

Und weil wir das nicht verantworten können, werden wir Freiheitlichen gegen dieses Budget und daher auch gegen dieses Kapitel stimmen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Wallner: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Wünscht der Herr Spezialberichterstatter das Schlußwort? — Das ist nicht der Fall.

Damit ist die Aussprache über die Gruppe IV beendet.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über die Gruppe IV. Diese umfaßt Kapitel 9, Inneres.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Kapitel in der Fassung der Regierungsvorlage unter Berücksichtigung der allen Abgeordneten zugegangenen Druckfehlerberichtigung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Angenommen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den zu dieser Gruppe eingebrachten Entschließungsantrag der Abgeordneten Jungwirth und Genossen, betreffend die Befreiung vom ordentlichen Präsenzdienst für die in Schulausbildung stehenden provisorischen Gendarmerie- und Polizeibeamten und die kostenlose Beistellung von Verpflegung und Quartier. Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustim-

mung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit. Abgelehnt.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den zu dieser Gruppe eingebrachten Entschließungsantrag der Abgeordneten Jungwirth und Genossen, betreffend Erleichterungen für den Zugang zum Chargenkurs für dienstführende Beamte der Wachkörper der Sicherheitswache und die Vermehrung der Dienstposten in W 2. Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit. Abgelehnt.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den zu dieser Gruppe eingebrachten Entschließungsantrag der Abgeordneten Steininger und Genossen, betreffend Anschaffungsprogramm für Kraftfahrzeuge und Nachrichtenwesen der Bundesgendarmerie. Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit. Abgelehnt.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Ich breche die Verhandlungen ab.

Die nächste Sitzung berufe ich für morgen, Dienstag den 21. Juni um 9 Uhr ein. Tagesordnung: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (15 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1966 (79 der Beilagen). Spezialdebatte Gruppe IX: Handel, Gewerbe und Industrie und Bauten, Gruppe III: Äußeres.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schlufß der Sitzung: 19 Uhr